Die Revolution ist großartig, alles andere ist Rama!



INTERIM

Vierzehntägiges Berlin-Info

1,70 Euro

Nr. 549

1.5.2002

Inhaltsverzeichnis

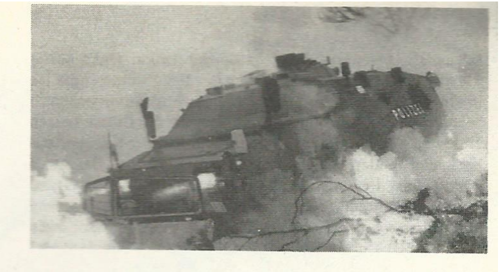
teil a Der 1. Mai 2002

teil b Die Militanz-Debatte



Dies ist eine Sondernummer zum 1. Mai. Sie enthält einige zusammenfassende Texte und Diskussionsbeiträge zum 1. Mai und zur Diskussion um Militanz. Es sind überwiegend Texte, die hier und in dieser Form das erste mal erscheinen, einige wenige Beiträge kennt ihr aber vielleicht auch schon aus anderen linken Zeitschriften oder aus dem Internet.
Egal, denn das ist die Idee dieser Zeitung. Die „Interim" ist alle 14 Tage für 1,70 Euro in linken Buchläden zu bekommen und steht dem linksradikalen Spektrum offen. Jede und Jeder kann und soll Beiträge einschicken, zu Themen, die sie oder ihn interessieren. In erster Linie wollen wir ein Diskussionsforum für Themen und Positionen sein, die im Medien-Mainstream untergehen - für Meinungen aus der autonomen, antirassistischen und Antifa-Bewegung.
Je nachdem, wie viel Material uns bis zum Montag erreicht, sind die donnerstags darauf erscheinenden Ausgaben mehr oder weniger vielfältig und interessant. Manchmal gibt es auch einen inhaltlichen Schwerpunkt, den wir einige Hefte vorher ankündigen. Was aus Platzgründen oder weil die jeweilige Redaktion damit große inhaltliche Probleme hat, nicht im Heft erscheinen kann, kommt in einen Ordner, der an drei Stellen in Berlin öffentlich einsehbar ist. Die Zeitung wird von verschiedenen Gruppen reihum hergestellt. Wir freuen uns immer über zugeschickte Schokolade, denn die macht uns das Arbeiten leichter.
Vorsicht allerdings bei Erklärungen zu Aktionen: Es sind schon öfters Texte abhanden gekommen, weil die Bullen ein Auge auf uns haben. Vermeidet deshalb Fingerabdrücke! Unsere Adresse lautet: **Interim e.v. - Gneisenaustr. 2a - 10961 Berlin**
Seid Ihr in Berlin, könnt Ihr die Sachen auch persönlich in unseren Briefkasten im Mehringhof werfen. Aber auch hier gilt: Vorsicht vor Bullen!

IMPRESSUM:
Herausgeberin: Interim e.V.
V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz, Gneisenaustr. 2 a, 10961 Berlin



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

ihr haltet heute ein besonderes Heft in den Händen. Der Anlaß dafür: ein besonderes Datum, der 1. Mai nämlich. Am 1. Mai 2002 feiert die Interim ihren 14. Geburtstag. Uns einen happy Birthday! Das hat ein Sonderheft verdient! Zumal dieses Jahr eine besondere Situation da ist. Die Szene präsentiert sich in diesem Jahr so zerstritten wie kaum zuvor. Mit diesem Heft wollen wir versuchen, diese gegensätzlichen Positionen als Vielfalt zu begreifen und sie abzubilden, in der Hoffnung, damit die Diskussion zu fördern. Zum 1. Mai lassen wir beispielhaft die Protagonisten der diesjährigen Vorbereitung selbst zu Wort kommen, zum Teil in einer Form, die es bei uns im Heft leider nur selten gibt: dem Interview. Neben der AAB dokumentieren wir auch den Aufruf des Gegeninformationsbüros, das (mit anderen) die alternative alternative 1.Mai-Demo in Abgrenzung zum Personenbündnis organisiert. Ein Interview ist leider nicht zustandegekommen.
Weil wir jetzt schon soooo viele Kreuzberger Maifestspiele hinter uns haben und weil der 1. Mai für die Berliner Szene ein ganz spezieller Tag ist, drucken wir einen Überblick über die Geschichte des 1. Mai. Wichtig für alle, deren Erinnerungen langsam verblassen oder die zu jung sind, um damals dabei gewesen zu sein.

Was aber wäre der Blick zurück und die inhaltliche Debatte zur Bedeutung des 1. Mai ohne die Praxis der Gegenwart? Auch die findet sich deshalb in dieser Ausgabe wieder. Die Innenseiten dieses Heftes bieten euch eine Orientierungshilfe für den diesjährigen 1. Mai: Wer macht was? Wo starten die Demos? Wo bekommt Ihr weitere Infos her? Ebenfalls zu unserer Praxis gehört seit je her die Beschäftigung mit Repression. Wir haben einiges wichtige Infos noch einmal zusammengefaßt und bitten um unbedingte Beachtung.

Aufgabe und Sinn dieser Zeitung ist es aber nicht nur, auf aktuelle Ereignisse und Termine zu reagieren, für Aktionen zu mobilisieren oder sie nachzubereiten. Es geht uns auch um die Abbildung und Förderung von Diskussionen, die sich in der radikalen Linken entwickeln und in anderen Medien nun einmal keine Berücksichtigung finden. Dazu gehört natürlich auch die Auseinandersetzung mit den Formen der eigenen Politik. Wie wichtig sind militante Aktionen? Eine Grundfrage, die wir hier sicher nicht abschließend beantworten können. Aber wir dokumentieren einige Texte, die sich mit dieser Frage ausführlich auseinandersetzen.

Und weil die Notwendigkeit linksradikaler Politik nicht am 2. Mai endet, legen wir euch die Vorbereitung auf den Besuch von US-Präsident Bush in Berlin ans Herz. Am 21. und 22. Mai kommt der angeblich wichtigste Mann der Welt in die Stadt. Und bis dahin gibt es sicher noch eine ganze Menge zu tun. Leider gibt es dazu noch nichts in dieser Nummer, aber wer auf dem laufenden bleiben will oder die Nachbereitung des diesjährigen 1. Mai auf keinen Fall verpassen will, der oder dem empfehlen wir einen Blick in unsere nächsten Ausgaben. Diese bekommt ihr bundesweit in linken Buchläden, in Berlin zum Beispiel im Buchladen Schwarze Risse (im Mehringhof).
Die Interim Nr. 550 erscheint am 9. Mai 2002.

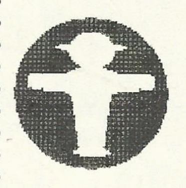
Zunächst aber gilt im Sinne der Tradition vom Spreewaldplatz:

HERUS ZUM ERSTEN MAI!

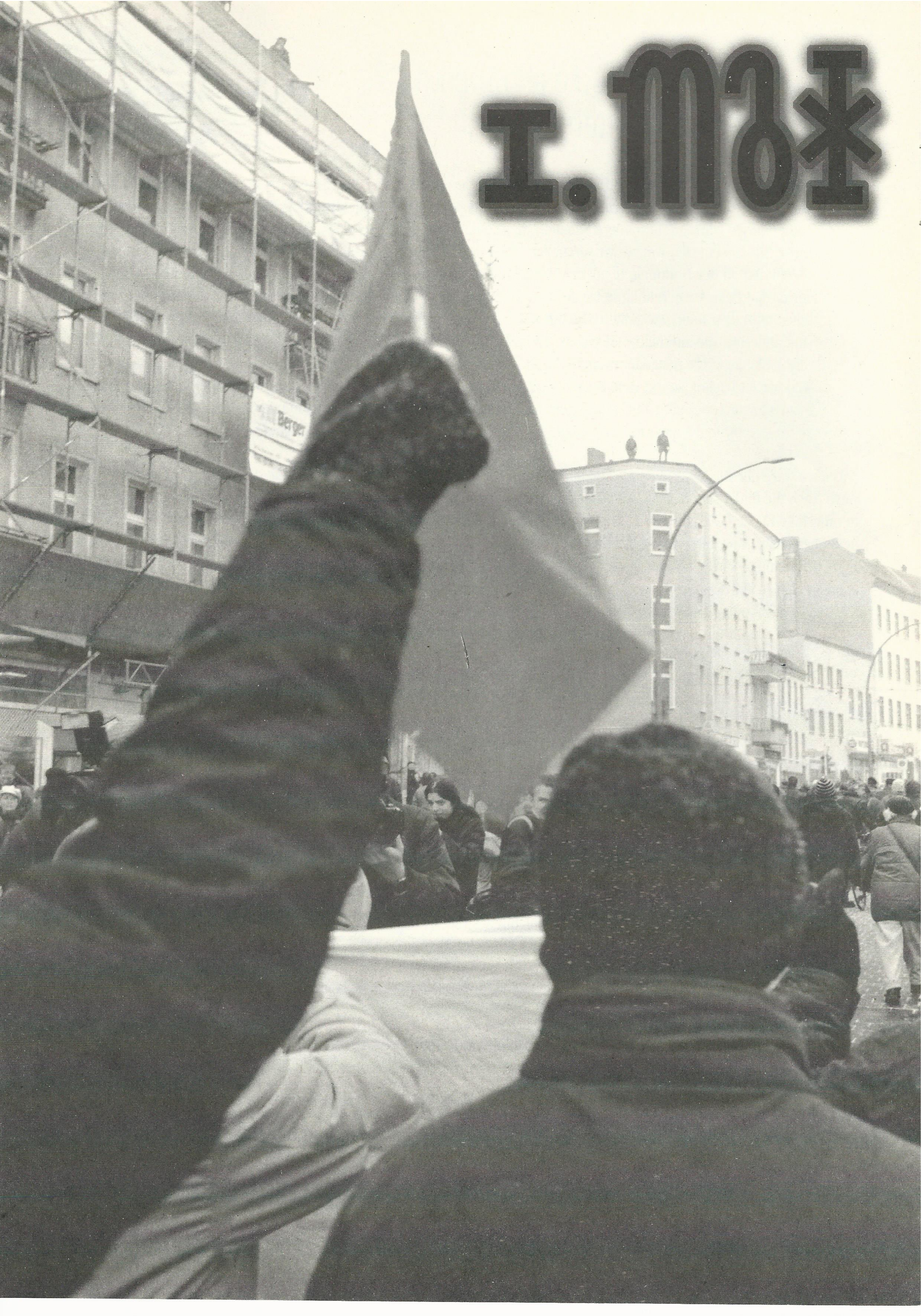
STÖREN-BLOCKIEREN-VERHINDERN

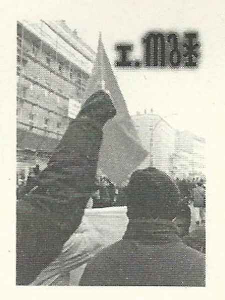
Naziaufmarsch am 1. Mai

Wieder mal hat die NPD für den 1. Mai 2002 eine Demonstration angemeldet, um 11 Uhr wollen die Nazis vom Ostbahnhof zum Alexanderplatz demonstrieren und dabei ihrer faschistischen Gesinnung auf der Straße lauthals Ausdruck verleihen. Laut eigenen Angaben werden bis zu 1500 Nazis erwartet. Es ist zu erwarten, dass der Innensenat an dem bisherigen Polizeikonzept festhalten wird, welches Nazidemonstrationen gegen jeglichen Protest mit tausenden Polizisten abschirmt, antifaschistischen Protest unterbindet oder behindert, und sich damit den Nazimarschierern gemein macht. Aus diesem Grund rufen wir dazu auf, sich direkt an den Schleusungspunkten, an der Auftaktkundgebung, der Demonstrationsroute und am Abschlusskundgebungsort einzufinden. Wir wollen, dass dieser Naziaufmarsch über den gesamten Zeitraum von protestierenden AntifaschistInnen begeleitet wird und hoffen, eine Lücke im Bullenkonzept zu finden und zu nutzen.



Besorgt euch ein Handy
Denkt euch was aus
Nutzt das Infotelefon
0177/ 477 03 86


1. Mai
Berger



Die Grenze verläuft zwischen oben und unten, nicht zwischen Reform und Revolution!

Zur 16.00 Uhr Demonstration am 1.Mai 2002 ....

- Eine Stellungnahme des Gegeninformationsbüros

„Denk Mai Neu!" ist keine eigentliche Erfindung oder spektakuläre Idee des Personenbündnisses oder von Herrn Grottian. Es ist ein Interventionsprojekt und es steht in einer Reihe diverser zivilgesellschaftlicher Konfliktlösungsstrategien: Die Regierenden/ Kapitalisten wissen, daß sich die Widersrpüche zuspitzen, denn Krieg bedeutet de fakto, daß sich die Widersprüche im Inneren zuspitzen. Für eine dauerhafte Zustimmung sind auch dauerhafte Modelle, die die permanente Gewalt durch Krieg nach Innen deeskalieren bzw. verhandelbar machen, notwendig. Denn immer noch wird um die Zustimmung zum Krieg, um den Konsens im Inneren gerungen.

Zum Stand der Dinge: Als das Personenbündnis mit seinem „Denk Mai Neu!"-Konzept auf den Plan trat, bezog sich die Kritik vieler zunächst auf die Vorgehensweise wie z.B. die flächendeckenden Anmeldungen und das vorgesetzte Konzept, mit dem sie vielen vor den Kopf geschlagen haben und berechtigten Widerspruch dagegen auslösten. Die Verwirrung über das Konzept ist besonders groß, weil der Vorschlag „Denk Mai Neu!" oder „Kreuzberg Bullenfrei!" scheinbar aus den eigenen Reihen oder doch zumindest aus den Reihen wohlwollender reformistischer Kreise zu kommen schien. Es wurde sich in der darauffolgenden kritischen Auseinandersetzung jedoch lediglich auf die **Schachzüge** des Personenbündnisses konzentriert. Nur logisch, daß durch das Zurücknehmen der Anmeldung einiger Bühnen große Verunsicherung entstand, und alle damit beschäftigt waren und sind, die Bedeutung dieses Schachzuges zu erklären bzw. zu bewerten. Doch die Kritik, die zur 16.00 Uhr Demo führte, ist viel grundsätzlicher. Wir sind mit dieser Kritk nicht offensiv umgegangen, was nicht zur Klärung beigetragen hat und unser Vorgehen interpretierbar machte.

Wenn wir uns also nicht länger in dem WIE (d.h., wie ist das Personenbündnis vorgegangen) verzetteln wollen, müssen wir die Frage nach dem WAS (was ist und was will das Personenbündnis mit dem Konzept „Denk Mai Neu!") aufwerfen. Denn das WIE ist letztlich nur ein Ausdruck dessen, WAS das Projekt ist und will: ein zivilgesellschaftliches Interventionsprojekt von außen. Das dazugehörige Außen ist nicht im Irgendwo. Es ist angekoppelt an eine bestimmte Vorstellung von Staat, an eine bürgerliche Definition von Gesellschaft.

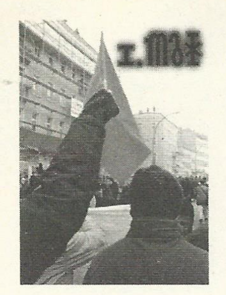
„Denk Mai Neu" ist keine spektakuläre Idee: Dahinter steckt eine vermeindliche „Utopie" von Gesellschaft, von ziviler Konfliktlösung innerhalb der Gesellschaft, die **keine eigentliche Erfindung oder spektakuläre Idee** des Personenbündnisses oder von Herrn Grottian ist. Es wird lediglich auf das zurückgegriffen, was schon lange in der Diskussion ist und als Strategie angewandt wird.

Die Regierenden/Kapitalisten wissen, daß sich die Widersrpüche zuspitzen, denn Krieg bedeutet de fakto, daß die sozialen Widersprüche mit Gewalt aufrechterhalten werden. Eine Variante, um gegen den darin entstehenden Protest/Widerstand im Inneren vorzugehen, sind Repression/repressive Maßnahmen. Eine andere Variante ist die Suche nach zivilgesellschaftlichen Konfliktlösungsstrategien. Eine gesellschaftliche Integrationsfähigkeit muß erzeugt werden. Für eine dauerhafte Zustimmung sind auch dauerhafte Modelle, die die permanente Gewalt durch Krieg nach Innen deeskalieren bzw. verhandelbar machen, notwendig.

„Teile und Hersche": Hier im Inneren wird der permanente Krieg zum ganz normalen Teil des inneren Friedens erklärt.Die Zustimmung zum Krieg, der Konsens im Inneren ist wegen der sich verschärfenden Widersprüche notwendig.Und er ist in den Metropolen nicht allein durch repessive Maßnahmen herzustellen. Eine Art innere Kolonialisierung muß her, um ihn zu erreichen, denn es wird immer noch um diesen Konsens gerungen und die Ideologie der Zivilgesellschaft ist darin zentral. Mit dem historischen Wissen das Zustimmung weniger effektiv durch Repression als durch Einbindung zu erreichen ist, was nichtsdestotrotz Repression/ repressive Maßnahmen gegen all jene die nicht mehr integrierbar sind einschließt - getreu dem Prinzip: „Teile und Herrsche". Es ist die gleiche Ideologie der Zivilgesellschaft mit der uns Rot/Grün - begleitet von innerer Zerrissenheit - glauben machen wollen, sie interveniere - quasi notwendigerweise bewaffnet - im Kampf um die Menschenrechte in der ach so „unzivilisierten" Welt. Das Ringen um die innere Zustimmung mündet dementsprechend im Sinne einer eindämmenden Zivilgesellschaft in Kampagnen und Slogans wie: dem „Aufstand der Anständigen" oder „Eine andere Welt ist möglich!".

Der Staat stellt für diese Entwicklung im Inneren Ressourcen zur Verfügung. So hatte der Antrag der Grünen in der BVV neben der Begrüßung des Konzeptes „Denk Mai Neu!" einen wesentlichen Grund: Gelder vom Senat dafür locker zu machen. Dementsprechend gibt es auch das Seminar am OSI (Otto-Suhr-Institut der FU) im Wintersemester2001/2002 (Politik- und Sozialwissenschaft) von Herrn Grottian: „Zivilgesellschaftliche Problemlösungsstrategien für den 1.Mai 2002 in Berlin-Kreuzberg - ein wissenschaftliches und politisches Interventionsprojekt".

„Denk Mai Neu!" ist **ein** Interventionsprojekt und es steht in einer **Reihe** diverser zivilgesellschaftlicher Konfliktlösungsstrategien. Diese sind schon im Ansatz so angelegt, daß sie gesellschaftliche Widersprüche ausblenden, indem mit VertreterInnen politischer Positionen und Gruppen bis zur Konsensfindung (im Dialog nach oben) diskutiert und verhandelt werden soll. Dieser Begriff der Zivilgesellschaft enspricht einer bürgerlichen Definition von Gesellschaft, die sich ebenso in den sog. Mediationsverfahren für Schulen und Jugendeinrichtungen wie auch in einem Bündnis für Arbeit, in einem Bündnis für einen „neuen" 1.Mai oder der Arbeit eines Quartiersmanagements ausdrückt und bestehende „Konflikte" eindämmen soll. Es wird die Hoffnung geweckt, eine Veränderung sei per Dialog nach oben möglich! Widerstand quasi unnötig. Es geht dabei um Partizipation, um das Elend zu verwalten, denn die Widersprüche sind da und sie verschärfen sich: Arbeitslosigkeit, Armut, Renten- und Gesundheitsversorgung, repressiver Druck, Migrationspolitik, patriarchales Rollback, zunehmender Rassismus, Aggression,



Aufrüstung und Krieg nach Außen für wirtschaftliche und kapitalistische Expansion.

Diese **Ideologie** der Zivilgesellschaft geht von **„Gleichen"** aus - nur die Interessenslage ist *irgendwie* (das wie und wieso bleibt im Dunkenl verborgen) unterschiedlich. Man tauscht sich aus und der Konflikt ist - quasi dank der Zivilgesellschaft - auflösbar. Alles ist möglich! Die inhaltliche Begleitmusik geht sogar bis hin zur Thematisierung der Gewalt und des Steineschmeißens - **alles** wird beredet. Lauter „Gleiche" treffen sich und argumentieren und gewinnen sich kraft Überzeugung. Das ist pure Imagination!

Die Zivilgesellschaft wird zu einer Gesellschaftsutopie, zu einem positives Ziel an sich erklärt, die sich der Staatsmacht scheinbar entgegenstellt, ihre Notwendigkeit und die kapitalistischen Verhältnisse aber nicht in Frage stellt. Rassismus, patriarchale „Zustände", soziales Elend und sonstige „Zustände" sind natürlich auch Angriffe auf die zivilgesellschaftliche Konzeption und es sind die „Problemfelder", an denen die Widersprüche aufbrechen und die Utopie der Gleichen ins Wanken gerät. Sie werden von daher auch thematisiert und als bekämpfbare Vorurteile oder Folgen falscher Politik aufgefasst und mit der Hoffnung auf den Dialog unter „Gleichen" kaschiert. Statt Organisierung von Widerstand, der moralische Apell an die „Täter".

Diese Ideologie soll die tieferliegenden Gründe für zunehmenden Rassimus/Sexismus/Armut in der Gesellschaft verschleiern. Demzufolge: zivilgesellschaftliche Konfliktintervention schließt nicht nur grundsätzliche Infragestellungen **nicht ein**, sie schließt sie vor allem **de facto aus**. Daß es strukturelle Ursachen gibt, ist gar nicht vorgesehen. Und für all jene, die diese angreifen, die nicht integrierbar sind, gibt es die „andere" Pallette: staatliche Gewalt/ Repression. Was im Rahmen des Zivilgesellschaftskonzepts gleich mit **legitimiert** ist. Schließlich hätten die Armen das Angebot ja annehmen und ihren Hunger wegdiskutieren können. Und das bedeutet eben auch, während die einen gemütlich im polizeifreien Raum ihr Würstschen essen, kriegen die anderen die Köppe eingeschlagen. Und wie immeReform?r bleibt dann tatsächlich alles beim alten.

Eine Bühne von vielen...: Der 1.Mai war und ist nur **eine** Bühne von vielen, auf denen das Konzept der zivilgesellschaftlichen Konfliktlösung per Intervention auftritt. Das alleinige wegziehen von ein paar Bühnenplätzen in Kreuzberg ändert nichts daran, daß diese Konzepte bestehen - 365 Tage im Jahr! Es geht um das, was hinter dieser Initiative steht, und es geht um **die Vielzahl dieser Interventionen dort, wo sich Widerstand regt**. Das heißt auch, die ausschließliche Focusierung auf den 1.Mai an diesem Punkt aufzuheben.

Da wäre zum einen die Antiglobalisierungsbewegung, in der die Funktionäre von attac eine nicht unbedeutende Rolle spielen. Dazu gehören jene NGO´s, die in diesem Sinne aufgebaut werden. Denn die sozialen Bewegungen sollen sich nicht verselbständigen. Soziale Bewegungen haben sehr wohl Einfluß, und dieser soll staatstragend integriert werden. Aus dem Interesse einer effektiven zivilgesellschaftlichen Integration wird die Initiative von attac-deutschland begrüßt, und so verfüg(t)en die Initiatoren in Verden immerhin über einen Jahreshaushalt von 267.000,- DM für das Gründungsjahr 2001! Es werden Corporate Identity´s kreiert und sogenannte „BewegungsarbeiterInnen" mit Lohntüten angeworben. (vgl. Protokolle/Haushaltsplan der ersten Sitzungen/Gründungsphase). Das alles verbunden mit einem klaren Ziel: Der Intervention in soziale Konflikte mittels Initiierung und/oder Unterstützung „sozialer Bewegungen". Gestützt unter anderem auf das „Movement Action Success Strategy" kurz MASS-Papier, welches ausgewerteten Bewegungserfahrungen mit einem wissenschaftlichen Ansatz der Analyse von Bewegungsdynamiken und gesellschaftlichen Konfliktlösungsstrategien verknüpft. In wissenschaftlicher Begleitung dokumentiert in „Forschungsergebnisse und Essays in der Working Papers Reihe ´Soziale Bewegungen und politischer Konflikt´". (vgl. Stellungnahmen zur Idee und Zielsetzung der Bewegungswerkstatt!). „attac" ist lediglich die dazugehörige **Kampagne**! Und die InterventionistInnen begreifen auch im Kern ihren Auftrag, denn soziale Bewegungen sind per se kein Widerspruch zur kapitalistischen Gesellschaft. Sie beinhalten sogar ein gewisses innovatives Potential, das es abzuschöpfen und einzubinden gilt. Die KämpferInnen von gestern als ModernisiererInnen für morgen.

Folgendes Zitat bringt es auf den Punkt: „Das Gefährliche an attac ist nicht so sehr ihr Minimalreformismus. Das hat es schon öfter gegeben. Neu ist die Dimension des NGOismus und der dahinterstehenden Ideen von Zivilgesellschaft und Global Governance. Attac ist **ein** weiterer Schritt dahin, das Beteiligungsrechte ausgehebelt, Selbstbestimmung zerstört und gleichzeitig eine sogenannte Beteiligung der Zivilgesellschaft über ausgewählte, zu VetreterInnen der Zivilgesellschaft konstruierten NGO´s gibt. Attac ist die erste deutsche Organisation, die dieses Profil abgibt. Daher ist es eine verkürzte Kritik, ihnen falsche ökonomische Anlalysen nachweisen zu wollen. Attac irrt nicht, die wissen, was sie tun. Attac ist nicht unser Gegner in ökonomischen Analysen (die widersprechen dir einfach nicht). Attac ist eine Strategie. Die der totalen NGOsierung politischer Opposition. (...) Es ist völlig wurscht, ob die Tobin Tax, Rot-Weiß Essen soll in die Champions League oder mehr Petersilie in die Bockwurst fordern. Entscheidend ist, daß damit ein Super-NGO (attac-Netzwerk) geschaffen wird, der legitimiert SCHEINT (!!!), die Zivilgesellschaft, also auch UNS in der vermittelnden Bedeutung dieses Wortes zu vertreten (...). So lange die Debatte aber um **Reform und Revolution** oder sowas geht, trifft sie diesen Punkt nicht. Es geht mal wieder um Herrschaft!".

Ebenso gehören auch sog. Mediationsverfahren wie z.B. bei den Auseinandersetzungen - aktuell - an der Startbahnwest/FFM dazu. Die BI (BürgerInitiative gegen die Flughafenerweiterung) hat das abgelehnt, weil die Verhandlung um den neuen Bau im Mediationsverfahren zwar in der Tat ergebnisorientiert! aber nicht wie von den Mediatoren behauptet ergebnisoffen ist - es geht nur darum das **wie** des Startbahnbaus zu moderieren.

Oder nehmen wir Gorleben - den Widerstand gegen die Castortransporte - aktuell - und das neue „Konfliktmanagement", von Seiten der Polizei, die sich - ähnlich wie das AHA-Konzept hier - als Konfliktmanager erweisen sollten. Es sollten darüberhinaus vor Ort Menschen/gesellschaftliche Gruppen gewonnen werden, die für eine friedliche Konfliktlösung eintreten - Foren wurden dafür geschaffen und liefen ins Leere, bzw. scheiterten bisher an dem nicht finden der gesellschaftlichen Gruppen und der Ablehnung der CastorgegnerInnen. Wenn die Polizei selbst in Gestalt des Konfliktmanagers auftritt, fällt es vielen noch leicht die Tür zuzuschlagen, bei den entsprechenden „BewegungsarbeiterInnen" wird´s da schon komplizierter.

Oder nehmen wir die Antikriegsgruppen. Von Bielefeld bis heute gab und gibt es den Konsens innerhalb der Antikriegsgruppen, den Widerstand gegen den Krieg außerparlamentarisch, unabhängig und selbstbestimmt zu organisieren, um genau den Zugang der zivilgesellschaftlichen Interventionstruppen zu verhindern. Für die Grünen nicht Türöffner zu sein, zurück zu „ihrer" verlorengegangen Basis. Das bedeutet erstens kein Bündnis mit Rot-Grün und zweitens auch dafür zu sorgen, daß sie nicht locker vom Hocker dort, wo sich linker Widerstand regt, aufspringen können.

Entgegen altbekannter Counterinsurgency-Strategien bietet die Zivilgesellschaft - aus der Mitte der Gesellschaft kommend - ein höheres Maß an Integrationsfähigkeit und reproduziert sich in ihrem eigenen Glauben an den „guten", „zivilisierten" Staat permanent selbst. Und mehr oder weniger sind wir selbst darin verfangener Teil. Die soziale und ökonomische Situation spitzt sich zu, und es liegt auf der Hand, daß das Konflikte mit sich bringen und Widerstand entste-

hen wird. Dem will der Staat nicht allein mit Repression entgegentreten. Die Fähigkeit, das Potential und Instrumentarium ist da und auch die gesellschaftlichen Kräfte, die das Konzept der Zivilgesellschaft mittragen: von Grüne über SPD und Lafontaine bis CDU und Daniel Cohn Bendit. Und es wurde die Erfahrung gemacht: wenn sich ein Konflikt in einer Radikalisierung einmal verselbständigt hat, ist er nicht mehr integrierbar. Bevor die Protestierenden ein eigenes Selbstverständnis formuliert haben, bevor sie sich eine Form der Organisierung gegeben haben, muß und wird präventiv eingegriffen.

Zurück zum 1.Mai selbst: Das Konzept „Denk Mai Neu!" steht, wenn auch nur als kleine Dublette, im Kontext der zivilgesellschaftlichen Intervention an „Konflikfeldern". Und als solches wollen wir es auch behandeln. Denn es ist auch ein Angriff gegen die Organisierung von unten, gegen eine grundsätzliche Gesellschaftskritik, die nach Ursachen und Strukturen fragt. Die alljährlichen Auseinandersetzungen am 1. Mai finden auf dem Hintergrund der gesellschaftlichen Verhältnisse in diesem Land statt. In Berlin mit seiner neuen Hauptstadtrolle. In einem Land, das im Inneren die Ruhe und Sicherheit braucht, die Zustimmung zum Sozialabbau, zu Kürzungen und Privatisierung, um nach Außen die „neuen vitalen Interessen" kriegerisch durchzusetzen. Es muss im Dunkeln verborgen bleiben, dass die Auseinandersetzungen rund um den 1.Mai in den bestehenden Verhältnissen begründet liegt. Hier müssen Drahtzieher am Werk sein: ein paar ausgemachte angereiste Chaoten, gewaltbereite Jugendliche, „Krawallmacher" und diese ewig revolutionären NörglerInnen, die man voneinander isolieren muss. Die Regierenden und Teile der bürgerlichen Kreise sowie ihr studentischer Nachwuchs suchen eifrig nach Lösungsansätzen; nicht um die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern, sondern um diese unschöne Angelegenheit, diese Unruhe im Inneren zu beenden, zu isolieren oder wenn das nicht gelingt, die soziale Unzufriedenheit zu moderieren und zu kanalisieren.

Wer dieses Jahr im ersten Anlauf auf den Bühnen des „Denk MaiNeu"-Konzeptes diskutieren sollte, und wo Herr Grottian seine Imagination hernimmt: „Wer sich nicht erneut auf die etablierte Gewalt-Logik zum Kreuzberger 1.Mai einlassen will, bedarf der Imagination wie es anders sein könnte. Am 1.Mai 2002 werden alle Plätze und Straßen Kreuzbergs von ca. 80.000 Menschen friedlich besetzt. Sie tragen alle bunte Tücher als Zeichen der Gewaltlosigkeit. In den Straßen tanzen und feiern Gruppen, mehrere Volksfeste finden statt - aber auf den Kreuzungen und Plätzen kommt es primär zu einer Repolitisierung des 1. Mai: Zu Gewalt, Stadtteilprojekten, dem neuen - alten Senat, den Möglichkeiten regelverletzenden Protests, dem jugendpolitischen Aufbruch und Ausbruch wird debattiert und politische Selbstorganisationsprozesse initiiert" (Auszug aus dem kommentierten Vorlesungsverzeichnis des OSI an der Freien Universität) ... konnten wir uns bisher nicht so recht vorstellen - allerdings wird sich und verändert sich bereits die Sozialstruktur in Kreuzberg durch das Konzept des **Quartiersmanagement.** Im Rahmen einer Umstrukturierung von Kreuzberg - d.h. Veränderung der Sozialstruktur - werden tatsächlich betuchtere BürgerInnen nach Kreuzberg ziehen und gleichzeitig die Konflikte nach innen - individualisiert - verlagert, gegenüber dem Nachbar der ein teures Auto hat, eine schönere sonnige Wohnung, mehr vom mageren Wohlstandkuchen. Wie hat er/sie das nur hingekriegt in einer Welt in der alles möglich ist?

Der 1.Mai selbst ist darin deshalb so umkämpft - von allen Seiten - und deshalb so interessant für diese und vergangene „Interventionen", weil verhindert werden soll, daß es tatsächlich gelingt, einen relevanten Bezug unter all jenen, die - nicht nur - zum 1.Mai kommen, die 365 Tage im Jahr da sind und ihren Unmut auf die vielfältigste Art und Weise bemerkbar gemacht haben (ob z.B. bei der Bahnhofsbesetzung der Obdachlosen, am Kempinski oder beim Aktionstag der von Schließung betroffenen Jugendzentren oder Aktionen der Frauen-/Mädchenprojekte) herzustellen, sowie - weit über die Linke hinaus - einen relevanten inhaltlichen und praktischen Bezug zu den Auseinandersetzungen am 1.Mai selbst zu wagen. Und Körting verkündet dementsprechend im Bezug auf das Konzept „Denk Mai Neu!" des Personenbündnisses hoffnungsvoll: „Wir hätten schon viel erreicht, wenn wir die Leute, die Krawall machen wollen, stärker von ihren Sympathisanten isolieren könnten" (taz Berlin/lokal). In ständiger Sorge und Hoffnung voller quälender innerer Zerrisenheit vereint mit Herrn Grottian, der auch nicht so richtig weiß, wie man das Problem mit den Steineschmeißern in den Griff bekommen soll, und dazu erklärt: „Wir können nicht auschließen, dass jemand einen Stein wirft" um dann zu dem simplen Schluß zu kommen: „Jeder der Randale will, muß wissen das er isoliert ist." (Berliner Zeitung / 12.02.02). Das ist wirklich reizend.

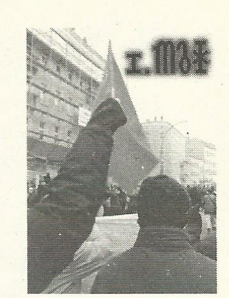
Und es geht auch um die mögliche Tatsache, daß es der Linken gerade jetzt in Kriegszeiten tatsächlich gelingen könnte, die Auseinandersetzungen rund um den 1.Mai inhaltlich und praktisch mehr zu politisieren als es „ihnen" - gerade jetzt - lieb sein kann. Darin läge auch tatsächlich eine Chance für die Linke und das auch bzw. gerade im Sinne einer Bündnispolitik. Aber nicht in einem Bündnis bei dem es im Kern um eine Inszenierung geht. Denn es besteht für uns sehr wohl ein gravierender Unterschied zwischen Zivilcourage und Ansätzen von unten auch innerhalb dieses Spektrums und „zivilgesellschaftlicher Interventionsprojekte", die zwar die Fähigkeit haben entgegen der Ansätze von unten diese Kräfte im Sinne der Zivilgesellschaft einzubinden. Dies schließt aber die Möglichkeit der Absage an diese Interventionen und den langwierigen Kampf um die Unabhängigkeit - auch im Sinne einer Bündnispolitik - noch lange nicht aus sondern macht sie notwendig. Daß die Grenzen darin nicht so geradlinig verlaufen, ist uns auch klar. Die Linke sollte aber dafür sorgen, daß sie nicht gänzlich samt eigener Inhalte verwässern. Denn es geht immer noch um die Frage: Bündnisse mit **wem und wofür?**.

Die Frage wie wir uns darin verhalten/positionieren, sollte die Antwort auf Irrungen und Wirrungen **mit**beinhalten, um überhaupt ersteinmal eine sichtbare „Alternative", im Sinne von *autonom* d.h unabhänig und selbstbestimmt aufzuzeigen. Das heißt für uns, gerade in Anbetracht der Schwäche der Linken, eine klare **Absage** an zivilgesellschaftliche Projekte, um damit die Möglichkeit und Notwendigkeit von unabhängigen, von unten organisierten Ansätzen aufzuzeigen und weiterzuentwickeln, letztlich auch um unsere eigene Selbstorganisierung dagegen zu behaupten. Es bedeutet den langwierigen Kampf um die Selbstbestimmung beizubehalten oder erneut zu beginnen - von couragierten ReformistenInnen bis radikale Linke. Denn die Grenze verläuft immer noch zwischen oben und unten und nicht zwischen **Reform und Revolution.** Die Kritik an der Ideologie der Zivilgesellschaft analysiert die Bedingungen, unter denen wir handeln. Die Frage ist, **wem** oder **was** wollen wir die Menschen entreißen, um sie für eine grundlegende Infragestellung der bestehenden Verhältnisse zu gewinnen. Daran sollte sich auch unsere Bündnispoltik ausrichten, denn es geht auch darum zu verhindern, daß sich noch mehr Linke in zivilgesellschaftliche Konzepte verirren und schließlich ihren Frieden mit dem Krieg schließen.

Es gibt 365 Tage im Jahr, an dem diese **Bedingungen** unter denen wir handeln da sind. Es gibt 365 Tage im Jahr, an denen wir diesen Bedingungen unsere Ansätze entgegen stellen, denn immer noch wird um die Zustimmung zum Krieg, um den Konsens im Inneren gerungen. In diesem Sinne werden wir auch am 1.Mai unseren Widerstand auf die Straße tragen. Gegen den Versuch die gesellschaftlichen Konflikte wegzumoderieren. Den an diesem Tag gilt ebenso wie an anderen Tagen, es geht um nichts anderes als unseren Widerstand!

Heraus zum revolutionären 1.Mai 2002! Kapitalismus zerschlagen! Kriegstreiber stoppen!

16.00 Uhr am Görlitzer Bahnhof/Ex-Bolle, für eine strake unabhängige Antikriegsdemonstration und für eine unabhänige Selbstorganisierung von unten.



»Es gibt wirklich genug Gründe...

Das Projekt „Personenbündnis", an dem ihr teilgenommen habt, ist gescheitert. Was überwiegt: Erleichterung, daß alles bleibt wie es ist", oder Frustration, weil einer der wenigen innovativen Ansätze der letzten Jahre gescheitert ist?

Martin: Das Projekt, durch öffentlichen Druck eine „polizeifreien Zone" in 36 zu schaffen, ist tatsächlich gescheitert. Wir waren allerdings nicht so naiv zu glauben, daß hier wirklich Repression gegen Linke aussen vor geblieben wäre. Von Anfang an aber die staatliche Repression zu thematisieren, die eben auch Kommunikation unter Linken kaputt macht, fanden wir eine gute Idee. Es wäre allemal eine gute Möglichkeit gewesen, auch am 1. Mai mit Linken ins Gespräch zu kommen, die sich weniger radikal fühlen, wie manche im Ghetto.

Anke: Ich bin ein wenig frustriert. Nicht weil Körting, der Ausreiseverbote gegen Linke verhängt, an diesen 1.Mai das tut, was eben Innensenatoren immer tun, sondern weil die Form der Auseinandersetzungen innerhalb der radikalen Linken durch einige „VerteidigerInnen der reinen Lehre" ein Niveau erreicht hat, daß mir wechselweise Angst macht oder jede Motivation raubt.

Dem Bündnis wurde vorgeworfen, letztlich nur Kreuzberg „befrieden zu wollen", indem die revolutionäre Gewalt der Straße kanalisiert bzw. verhindert werden sollte. Wie seht Ihr das?

Anke: Das Mariannenplatzfest hat den 1.Mai bisher nicht befriedet. Warum sollte eine Initiative, die keine einzige Demo verhindern wollte und auch nicht verhindert hätte, das tun?

Martin: Statt geschickt Räume zu nutzen und zu füllen, die durch dieses Projekt hätten entstehen können, haben einige Kreuzberger Lokalpatrioten lieber „Verschwörungstheorien" über dieses „ Staatschutzprojekt" verbreitet. Tut mir leid, ich finde zu diesen Theorien keinen rationalen Zugang.

Ist die allabendliche Randale denn nun revolutionär oder nicht?

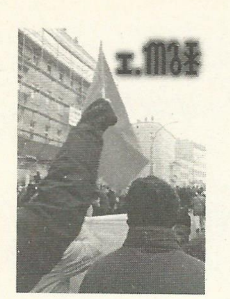
Anke: Was ist schon revolutionär....? Ich finde wichtig zu betonen, daß die militanten Auseinandersetzungen einen politischen Hintergrund haben. Da sind Menschen mit unterschiedlichem Politisierungsgrad unterwegs, manche sehen in der Militanz am 1.Mai die Artikulation von nicht vereinahmbarem Widerstand, manche wehren sich wirklich nur gegen die Prügeleinheiten der Berliner Bullen. Es gibt tatsächlich genug Gründe, Wut auf dieses Gesellschaftssystem zu haben, und diese Wut mehr oder weniger symbolisch rauszulassen.

Martin: Die Konnotation der Auseinandersetzungen ist deutlich links, auch wenn immer wieder viel Sinnloses passiert. Wir sehen es als Aufgabe, diese Bedeutung auch immer wieder gerade bei den bürgerlichen Medien in die Diskussion zu bringen. Dafür versucht uns die Staatsseite auch zu kriminalisieren.

Wann ist Gewalt aus eurer Sicht überhaupt legitim?

Martin: Ich finde diese Frage viel zu wichtig, um sie hier so lapidar beantworten zu können. Schließlich streben wir als Linke gewaltfreie Verhältnisse an. Ich denke, daß es dazu nötig ist sich genauer mit dem Gewaltbegriff zu beschäftigen, und dann in gemeinsamer linker Diskussion einen Umgang damit zu finden.

Anke: Brecht sagte mal: „Es hilft nur Gewalt, wo Gewalt herrscht".



Wenn ihr euch so positiv auf Militanz bezieht, warum ward Ihr dann Teil des Bündnisses, das doch im wesentlichen Friedlichkeit herstellen wollte?

Anke: Weil wir es nicht scheuen mit Menschen, die „Friedlichkeit“ wollen, über die unfriedlichen Verhältnisse zu debattieren, und verschieden Formen des Widerstands dagegen zu verteidigen Wer aufgibt, zu versuchen seine Vorstellungen und Aktionsformen, die vielleicht nicht immer für sich selbst sprechen, zu vermitteln, geht den Weg des hoffnungslosen Sektierers.

Ende der 80er, Anfang der 90er gab es regelmäßig Bündnisse zwischen Autonomen und bedingt an die Macht wollte. Seitdem lief nur noch wenig. Was sind für euch die Kriterien Sind Bündnisse überhaupt noch adäquat bei politischen Parteien, die eigentlich nur

. Jeder Fall muß genau betrachtet Politik muß jedes Mal aufs Neue vierig ein starres Schema, so eine abgehakt wird. Zum 1.Mai sagten eiten Bündnis kein Problem. Die it linksradikalen Gruppen organi-

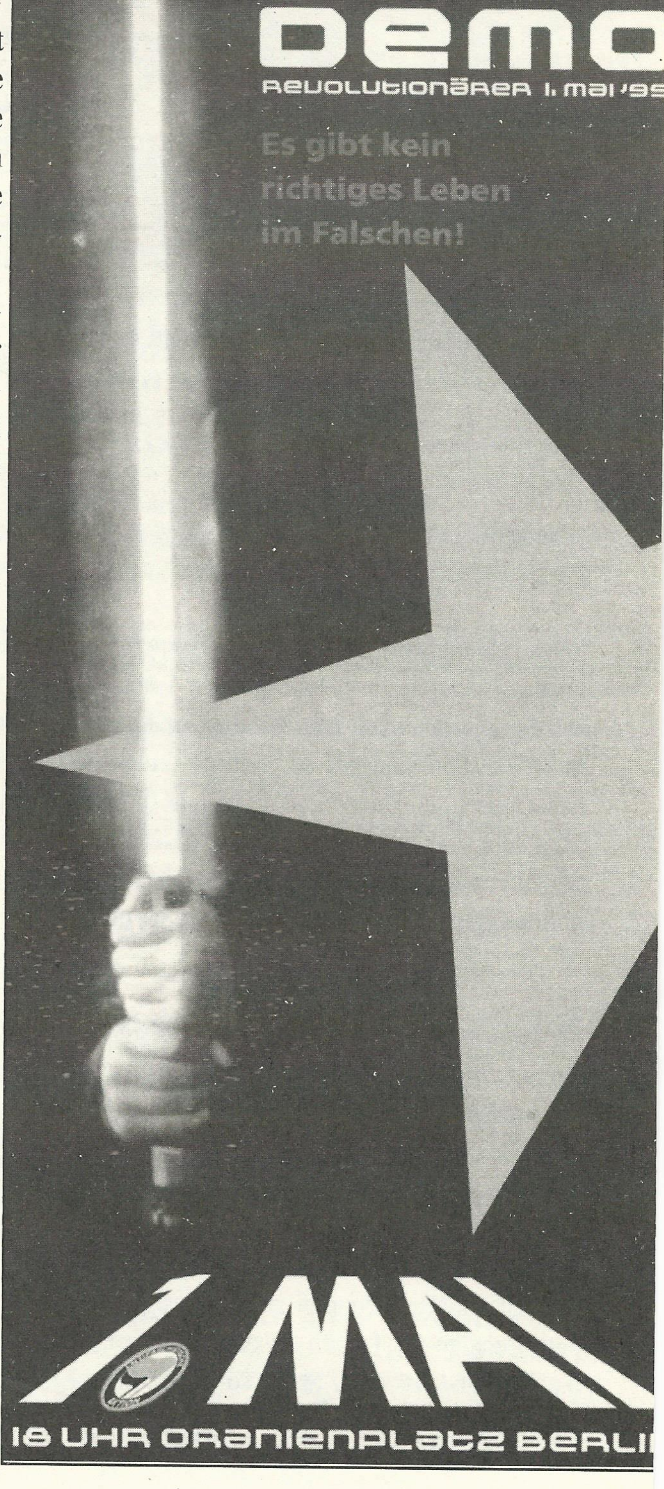
i solchen Entscheidungen skizzier der PDS, deren Positionen der eam ihrer Partei. Wenn sich soln Demo beteiligen, hat das zwei Feigenblattfunktion für ihre linke Partei, spitzen vielleicht auch zu. es. Wichtig ist für uns, daß in der ht untergeht. Und das passiert leilernen ständig dazu.

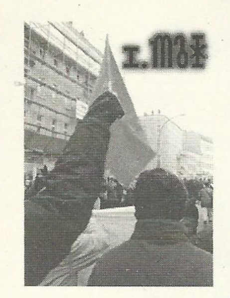
fig wie ein Elephant im Porzellanung agiert ihr dominant bis arro-

Weiter nächste Seite >>

ieses

tssystem





gant. Warum seid ihr so wenig in der Lage, euch auf andere Leute/Gruppen einzulassen, wenn ihr nicht die Führungsrolle innehabt?

Martin: Es gibt auch in der AAB Menschen, die arrogant wirken. Das scheint ja überhaupt so eine modische Attidtüde in der Linken zu sein. Aber dass es sich hier um ein Kennzeichen unserer Gruppe handelt, kann ich nicht nachvollziehen.

Anke: Eure Frage impliziert Tatsachen, die ich nicht bestätigen kann, aber Eindrücke, die ich mir erklären kann. Die meisten bei uns gehen nämlich mit Vorstellungen einer Aktion oder Demo zu Bündnistreffen und schlagen die dann vor, was viele schon als dominant empfinden. Ich hasse zum Beispiel Formulierungen wie, „ich habe Bauchschmerzen, irgendwie aber, ich weiss nicht aber, ein Stück weit schon aber". Die meisten von uns sind offen für Diskussionen, hören sich Argumente an, und lasse sich auch von anderen überzeugen. Andere Vorschläge und Kritik stoßen eigentlich immer auf offene Ohren. Einen Kommunikationsstil, der in jedem Satz diese Offenheit betont halte ich nicht für nötig, weil es selbstverständlich sein sollte. Das ist vielen zu wenig kuschelig, ich finde es richtig so.

Wäre es dann nicht angezeigt gewesen, die 18-Uhr-Demo nicht unter eurem Label, eurer Anmeldung und eurer Pressearbeit zu machen, sondern sich BündnispartnerInnen zu suchen, die ein Verbot weniger machen würden?

Anke: Wir wollten von Anfang an ein Bündnis, hatten aber beim ersten Treffen nicht damit gerechnet, daß es Leute gibt, die unsere Teilnahme am Personenbündnis zum Ausschlußgrund machen. Für die 18 Uhr-Demo gibt es jetzt ein Bündnis von relevanten Berliner Gruppen, das ist im Aufruf nachzulesen.

Martin: Die Zusammenarbeit im Vorfeld hätte sicher besser laufen können, aber es ist auch sehr problematisch, daß viele erst mal warten und gucken wie sich alles so entwickelt, bevor sie irgendwie Stellung beziehen. Und da haben wir dann schon aus der Tatsache, daß wir was machen, die Arschkarte.

Ihr neigt - bei aller Sympathie für klare Parolen - zu Phrasen, eure politische Ausdrucksfähigkeit ist verkürzt (ohne damit sagen zu wollen, daß das bei anderen anders wäre). Wäre weniger nicht manchmal mehr?

Martin: Manchmal ist weniger auch nichts mehr oder postmodern beliebig. Also bei unserem diesjährigen Motto für den 1.Mai „Macht verrückt was euch verrückt macht" würde ich persönlich mir lieber mehr Klarheit wünschen.

Anke: Parolen sind per se verkürzt und wirken je nach Empfänger als Phrasen. Das heißt aber noch lange nicht nicht, daß die Parolen falsch sind. Wer einigermaßen offen ist, achtet auch auf den Kontext, und den halte ich für wichtiger. Ich bin allerdings auch der Meinung, daß Menschen nicht überzeugt werden, indem mensch sie mit Parolen bombardiert, da ist weniger oft wirklich mehr.

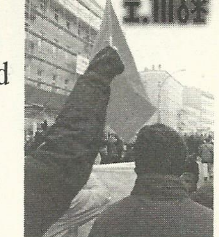


Ihr habt euch lange nicht der Tatsache gestellt, daß ein Mitglied eurer Gruppe ein Vergewaltiger war. Ein tiefere Auseinandersetzung erfolgte sehr zögerlich. Diskutiert ihr das noch? Wie beurteilt ihr die daraus folgende weit verbreietet Skepsis anderer Gruppen Euch gegenüber? Gibt es noch Kontakt zu dem Ex-Mitglied?

Anke: Also bei deiner Einleitung zu dieser Frage krieg ich 'nen Hals. Ich bin gerade in der AAB, weil sie 40% Frauenanteil hat und Frauen in der AAB eine aktive Rolle in der Politik spielen. Das haben wir mit vielen Diskussionen im Laufe der Jahre erreicht. Guck dir mal anderer Gruppen an – grausig. Wir haben uns sowohl vor dem besagtem Vorwurf, währendessen und auch danach mit patriarchalen Strukturen auseinandergesetzt. Ich bin der Meinung, daß wir das auch weniger oberflächlich gemacht haben und machen, als das in der Szene sonst so üblich ist. Es gibt mehrere schriftliche Äußerungen von uns zum Thema...

...die ägerlich bis unverschämt waren und nur wenig auf die Kritik eingegangen sind.





Wir haben uns zuletzt auf dem Antifa-Kongress öffentlich der Kritik gestellt, und wir sind auch weiter bereit darüber zu diskutieren. Schlammschlachten gehen wir aus dem Weg.

Peter Grottians Auto wurde von Unbekannten abgefackelt. Wie beurteilt Ihr den Anschlag?

Anke: Es gibt dazu kein Bekennerschreiben. Wenn der Anschlag jedoch dem Umfeld der linken Gegner des Personenbündnis zuzuordnen wäre, können wir uns dem Schreiben der „Autonomen Gruppen", das in der letzten interim dazu abgedruckt wurde, nur anschließen.
Martin: Wäre ich Verschwörungstheoretiker würde ich sagen, das müssen Nazis oder Bullen gewesen sein. Bin ich aber nicht.

Hervorgetan haben sich vor allem das Gegeninformationsbüro, die Autonomen Kommunisten und die RIM. Wie bewertet ihr deren Politik?

Martin: Was die Aktivitäten und die Agitation gegen das Personenbündnis betrifft, halte ich deren Politik für falsch und im Hinblick auf die zunehmende Irrelevanz linksradikaler Positionen in der Gesellschaft für fatal, mensch könnte auch sektiererisch sagen. Eine Politik, die sich vorwiegend in der Abgrenzung zu anderen Linken definiert, endet in der völligen Isolation oder im Fanatismus. Beides erschwert das Denken.
Anke: Ich denke, mensch kann nicht alle Gruppen, die Kritik an der Teilnahme am Personenbündnis haben, über einen Kamm scheren. Sicherlich gibt es mit einigen kaum eine Basis für Diskussionen. Ich will mich aber lieber an den herrschenden Verhältnissen abarbeiten, und Diskussionen mit denen führen, die dafür offen sind, sich anschreien lassen ist meist wenig amüsant.

Ihr wurdet aus einem Vorbereitungstreffen geschmissen, Attac-Leute bei einer Veranstaltung ausgepfiffen. Wie tief ist der Bruch innerhalb der außerparlamentarischen Linken in Berlin durch die letzten Wochen?

Anke: Meiner Ansicht nach wurde der Bruch nicht tiefer, sondern die Gräben nur mal wieder sichtbarer. Wir werden weiter mit Linken aus dem Bürgerrechtspektrum oder dem Attac-Umfeld in Kontakt bleiben, bei aller radikaler Kritik, die wir haben, aber eben auch Respekt für sie als Diskussionspartner.
Martin: Die Stimmung im 18 Uhr Bündnis ist bei allen Startschwierigkeiten sehr gut, und die Zusammenarbeit ist in offener Atmosphäre recht konstruktiv ohne alle Widersprüche glatt zu bügeln. Das stimmt mich bei allen Widrigkeiten der letzten Wochen ein wenig hoffnungsvoll.

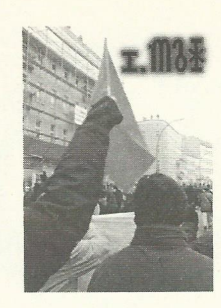
Wenn die 18-Uhr-Demo nicht zum Auswärtigen Amt darf, was werdet ihr dann tun?

Anke: Wir werden zusammen mit dem 18-Uhr-Bündnis überlegen, was zu tun ist, wenn wir nicht nach Mitte kommen, wo eben unserer Kritik symbolisch am besten aufgehoben ist. Erstmal wollen wir auf jeden Fall an der Route festhalten. Im Bündnis überlegen wir auch mit mehreren Anwälten eventuell bis zum Bundesverfassungsgericht zu gehen, wenn die Chance besteht, auf diesem Weg gegen die zunehmend repressive Auslegung des Versammlungsrechts wieder Spielräume zu gewinnen.
Martin: Sollte Mitte auch unter dem rot-rotem Senat Sperrbezirk für linken Protest werden, müssen wir dies auch als öffentliche Lektion gegen Reformpolitik nutzen.

Wir hatten an einigen Stellen Nachfragebedarf. Da das Interview schriftlich geführt wurde war uns das leider nicht möglich.

»Macht verrückt, was euch verrückt macht!«
Revolutionäre 1. Mai-Demo - 18 Uhr Oranienplatz

15 Jahre 1. Mai - eine Chronologie



© 2001 Löpa Berlin

1.Mai 1987

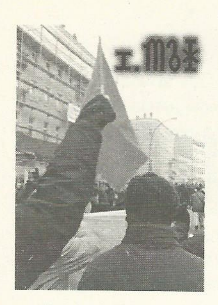
Vorher: Verschärfung des innerstädtischen Klimas durch CDU-Regierung; „750-Jahr-Feier" in Berlin; Volkszählung steht bevor, morgens Durchsuchung imMehringhof deswegen.
Demo: DGB-Kundgebung am Vormittag.
Fest: Wie seit Jahren üblich am Lausitzer Platz, getragen von v.a. linken Gruppen, breites Spektrum von Radikalen bis Reformern.
Randale: Am Nachmittag am Rande des Festes erste militante Aktionen (Polizei-Bulli umgestürzt, später erste kleine Barrikaden und Festnahmen). Für viele Leute war klar, daß es an diesem Abend im Kiez knallen würde. Die Heftigkeit überraschte dann aber alle, am meisten die Bullen, die am späten Nachmittag das Straßenfest mit Tränengaseinsatz abräumen wollten. Nach einigen Stunden des Straßenkampfes zog sich die Polizei gegen elf Uhr nachts aus dem Kiez rund um die Skalitzer Straße zurück. Es wurden über 30 Geschäfte geplündert, darunter auch der seitdem berühmte Bolle-Supermarkt an der Wiener Str., der danach ausbrannte (und auch 13 Jahre später noch als Ruine dasteht!). Überall brannte es: Autos, Baufahrzeuge, Barrikaden, Hauwagen, Müllcontainer, ein Feuerwehrfahrzeug, der U-Bahnhof Görlitzer Bahnhof; unzählige Scheiben gingen zu Bruch. Hunderte trommelten stundenlang auf den Stahlstreben der Hochbahn und auf allem, was Lärm machte. Gegen drei Uhr morgens rückten starke Polizeikräfte mit Wasserwerfern, Panzerwagen und schwerem Räumgerät in den Kiez ein. Es war der erste echte „riot", den Berlin erlebte.
Bilanz: 400 Polizisten im Einsatz. 47 Festnahmen. Über 100 Verletzte. Schäden in „Millionenhöhe".
Skandale: Die ganze Nacht an sich.
Nachher: Innensenator Kewenig entdeckte die „Anti-Berliner" als Urheber der Krawalle, die sich in „brutaler Gewalt zusammengerottet haben, um zu stören und zu zerstören". Als staatliche Antwort darauf wurde die Sondereinheit für „einsatzbezogene Lagen und Training" (EbLT) gebildet, eine gut ausgerüstete Schlägertruppe, die erstmals das inzwischen längst typische Einsatzbild der Berliner Anti-Riot-Polizei erprobte: Schutzkleidung statt Schutzschilder, schnelle und bewegliche Einheiten, dazu ein Zug mit Wasserwerfer und Panzerwagen. Ihr offizielles Ziel: „beweissichere Festnahmen"; in der Realität vor allem brutale Prügelorgien. Liberale Linke und Medien beklagten die Gewalt und wiesen auf soziale Ursachen hin. In der Folgezeit war viel die Rede von der „Zwei-Drittel-Gesellschaft", von den „sozial Schwachen", die aufbegehren. Es wurde (folgenlos) über Konzepte geredet, den 36er-Kiez zu stabilisieren. In autonomen Kreisen herrschte eine Mischung aus Euphorie und Erschrecken. Der Geist, der da aus der Flasche gelassen worden war, war manchen nicht ganz geheuer. Obwohl doch sehr viele begeistert waren von der wilden Nacht, wurden auch Exzesse beklagt: Alkoholmißbrauch, sexistische Anmache, Plünderung kleiner Geschäfte, unkontrollierte Gewalt... Es gab zahlreiche Versuche, nachträglich den Riot nach außen auch politisch zu vermitteln.

1.Mai 1988

Vorher: Mobilisierungsphase zum IWF-Kongreß im Herbst 1988. Innensenator Kewenig stößt Drohungen aus (autonome Szene bis zum Herbst abräumen... Vorgehen „mit Rigorosität und Härte"). Prügeltruppe „EbLT" aufgestellt, erstmals massiver Einsatz von Panzerwagen. Schon Tage vor dem 1.Mai starke Polizeipräsenz im 36er-Kiez, die Stadtreinigung räumt Barrikadenmaterial weg. Alle reden vom Krawall und von 1987: Neuauflage? Bullenrache?
Walpurgisnacht: Abends kleinere Auseinandersetzungen am Heinrichplatz.
Demo: Mittags am Oranienplatz erstmals die revolutionäre 1.Mai-Demo durch Kreuzberg und Neukölln, 6000-8000 Menschen. Die Demo verlief friedlich, die Polizei hielt sich zurück. Die Größe der Demo überraschte alle, und die erfolgreiche Mobilisierung außerhalb einer „Bewegungszeit" wurde als Triumph angesehen.
Fest: Bei sonnigem Mai-Wetter am Lausitzer Platz. Das Fest endete friedlich, bevor die Randale anfing.
Randale: „Traditionell" begann die Randale mit der Plünderung von Getränke-Hoffmann Manteuffelstr./Ecke Waldemarstr. Es waren etwa 300-400 Leute beteiligt, darunter viele Jugendliche und Auswärtige. Die Polizei kontrollierte die Lage weitgehend und nahm die erwartete Rache für 1987. Es wurde wild mit Tränengas herumgeballert, Panzerwagen und Wasserwerfer fegten brennende Müllhaufen weg. Mindestens 2 Kneipen wurden gestürmt. Vor allem die EbLT-Einheit zeichnete sich erwartungsgemäß durch brutalen Einsatz aus, Festgenommene wurden in den Wannen verprügelt.
Bilanz: 1500 Polizisten im Einsatz, 53 verletzt (vor allem EbLT-Bullen). Viele Zivilpolizisten im Einsatz.134 Festnahmen, davon 75 wegen Straftaten; 24 Haftbefehle, 18 Haftverschonungen, 6 Leute in U-Haft (u.a. ein „taz"-Mitarbeiter). Mindestens 50 Verletzte, eine Person mit Schädelbasisbruch, zwei Schwerverletzte vorübergehend auf der Intensivstation.
Skandale: Drei leitende Polizeiführer, darunter Polizeidirektor Manthey, Chef der „geschlossenen Einheiten" der Berliner Polizei, beobachteten den Einsatz vom Rande und wurden von Bullen verprügelt (Prellungen, Blutergüsse).
Nachher: Allenthalben wurde das Randale-Ritual beklagt und festgestellt, daß nicht autonome Gruppen, sondern Kids, Betrunkene und Touristen die Randale bestimmten und entsprechend von den Bullen niedergemacht worden seien.

1.Mai 1989

Vorher: Seit Februar erste rot-grüne Regierung in Berlin, aber auch Wahlerfolg für rechtsextreme „Republikaner". Widerstände im Apparat gegen SPD-Innenpolitik und Innensenator Pätzold. Hungerstreik der RAF-Gefangenen. Zwei Leute in Berlin wegen Amazonen-Anschlägen im Knast. Die rot-grüne Regierung hoffte, durch politische und polizeiliche Zurückhaltung den 1.Mai entschärfen zu können. Die Sondereinheit EbLT war ebenso aufgelöst worden wie die politische Abteilung der Staatsanwaltschaft. Die alternative Szene um die Grünen (damals noch „Alternative Liste") setzte darauf, Krawalle kämen aus Unmut und Opposition gegen bürgerliche Parteien zustande und seien darum mit dem Eintritt der AL in die Regierung überflüssig geworden. Demgegenüber waren viele Linksradikale nun gerade motiviert, ihre grundsätzliche Ablehnung auch eines rot-grün verwalteten Staatsapparates zu beweisen.
Walpurgisnacht: Abends Besetzung der Oranienstr.192, Plünderung bei Penny-Supermarkt Naunynstr. und Getränke-Hoffmann Manteuffelstr., Steine und Wasserwerfer-Einsatz. 16 Festnahmen. Die Polizei erklärte, das besetzte Haus vorerst nicht zu räumen.
Demo: Vormittags versammelte der DGB angeblich 50.000 Menschen (die veröffentlichte Teilnehmerzahl der DGB-Demo ist traditionell maßlos übertrieben). Die revolutionäre 1.Mai-Demo wurde von rund 20-30 Leuten aus der älteren autonomen und antiimperialistischen Szene vorbereitet. Die Vorbereitung verlief im wesentlichen nichtöffentlich. Die Vorbereitungsgruppe fühlte sich tendenziell überfordert. An der Demo durch Kreuzberg und Neukölln nahmen rund 10.000 Menschen teil. Die Polizei hielt sich anfangs völlig zurück. In Neukölln kam es aus der Demo heraus zu immer heftigeren Aktionen, Sex-Shops wurden demoliert, der Penny-Supermarkt Reuterstr. geplündert, ein Müllcontainer angezündet, schließlich das Woolworth-Kaufhaus Hermannstr. geplündert und anzuzünden versucht. Viele Menschen verließen deshalb die Demo aus Angst vor der eskalierenden Gewalt oder aus Angst vor dem zu erwartenden Eingriff der Bullen. Diese beschränkten sich aber auf ein massives Spalier auf dem letzten Teilstück der Demo. Die Demo-Leitung bemühte sich, über Lautsprecher einen geordneten und geschlossenen Verlauf zu gewährleisten und selbstgefährdende Aktionen zu unterbinden. Der Abstrom nach der Demo über den Kottbusser Damm war wiederum von zahlreichen eingeschmissenen Schaufensterscheiben begleitet.
Fest: Am Lausitzer Platz, organisiert vor allem von Linksradikalen, aber auch von linken AL- und Gewerkschaftsleuten.
Randale: Am späten Nachmittag kamen viele hundert Menschen von der Demo zum Fest, und rasch sammelten sich immer mehr Leute am Rande des Festes und begannen, die Bullen mit Steinen zu bewerfen. Wieder einmal wurde Getränke-Hoffmann Manteuffelstr. aufgemacht. Anfangs hielt sich die Polizei noch zurück („Achtung, Achtung, hier spricht die Polizei! Bitte beenden Sie das Werfen mit Steinen auf die Polizeibeamten!"). Nach etwa einer Stunde räumten die Bullen dann mit massivem Einsatz von Tränengas und Wasserwerfer den Fest-Platz und die Randale begannen. Die Tankstelle Ecke Görlitzer Str. wurde geplündert, einige versuchten, dort Benzin abzuzapfen, andere wollten sie anzünden. Die Zahl derer, die sich an der Randale beteiligten, stieg bis auf rund 1500 Menschen an, was alle überraschte. Zeitweise waren große Bulleneinheiten eingeschlossen und warfen in ihrer Not selbst mit Steinen (nach eigener Aussage hätten sie ansonsten nur noch schießen können). Ein Wasserwerfer wurde mit Motorschaden bereits aufgegeben, konnte aber nicht erobert werden. Viele Gullideckel wurden aufgestellt als Wannen-Falle. Die Gewalt richtete sich kaum gegen Geschäfte, sondern vor allem gegen die Bullen direkt, denen auch die vergangenen zwei Jahre Terror (durch EbLT und andere) heimgezahlt wurden. Bis etwa Mitternacht ging die Randale. Sie war neben der Schlacht um die Mainzer Straße im November 1990 die heftigste Auseinandersetzung in Berlin nach dem Krieg.
Bilanz: ca. 1600 Polizisten im Einsatz, 346 davon verletzt. 154 beschädigte Polizei-Fahrzeuge (Schaden: 530.000,-). 20 Festnahmen, 5 Haftbefehle, 2 Haftverschonungen, 3 Leute in U-Haft. 1,5 Millionen DM Schaden. 95 Pkw beschädigt, davon 30 ausgebrannt. 12 Geschäfte geplündert, Glasbruch bei 58 Läden, 15 Sex-Shops und Spielsalons, 6 Banken, etlichen Wohnungen, Büros und Lokalen.
Skandale: Die Äußerungen aus dem alternativen Klientel in den Tagen nach dem 1.Mai waren von Hysterie und Aggressivität gezeichnet. So wurde z.B. behauptet, Autonome hätten Tränengas auf das Fest geworfen und eine antifaschistische Ausstellung in einem Bus der Geschichtswerkstatt angezündet. Immer wieder wurde fälschlich unterstellt, eine Explosion der Tankstelle mit vielen Toten sei nur durch Glück vermieden worden – durch die Rückschlag-Sicherungsventile und die Bauweise der Zapfanlage ist eine Explosion der Tanks bei Zündelei an den oberirdischen Aufbauten aber unmöglich. Im Bestreben, alle links zu überholen, verrannte sich hingegen der Ex-Grüne T. Ebermann in der „konkret" zu der absurden Behauptung, Demo-Leitung und Fest-OrganisatorInnen (die er



fälschlich in eins setzte) hätten mit den Bullen kooperiert. Der eigentliche Skandal fand innerhalb der Sicherheitsbehörden statt: Durch Indiskretion wurde später bekannt, daß vor allem der Republikaner-nahe Polizei-Führer Ernst an diesem Tag bewußt schlampig arbeitete und Bullen verheizte, um den verhaßten SPD-Innensenator Pätzold und seine „Deeskalation" abzuschießen.

Nachher: Die „BZ" titelte am Tag danach: „Beirut? Nein, das ist Berlin!" Die Diskussion war heftig und explosiv, mit dem Unterschied zu 1987, daß linksliberale Kreise diesmal auf der anderen Seite standen und anstatt ihren politischen Nutzen aus dem Krawall zu ziehen im Gegenteil ihre Staatsloyalität mit allen Mitteln unter Beweis stellen wollten. Am 10.05.89 initiierte die Gewerkschaft der Polizei eine Bullen-Demo gegen Innensenator Pätzolds Deeskalation und die Randale. Am selben Tag fand im Mehringhof eine autonome Vollversammlung statt, wegen des großen Andrangs unter freiem Himmel im Hof. Auch hier wurde sehr kontrovers diskutiert; manchen machte der Bruch zu den liberaleren Linken Angst, andere stellten den Sinn des Krawalls oder von Gewalt an sich in Frage. Es wurde diskutiert, inwieweit ein solcher Riot überhaupt noch steuerbar und/oder politisch einsetzbar sei; ob es am Ende vor allem sich austobende Männergewalt sei... Kritisiert wurde auch, daß durch die Randale das Straßenfest gesprengt wurde. Es gab Aufrufe von „Kiezbewohnern", demnächst gewaltsam gegen Barrikadenbau einzuschreiten, und ein „Kreuzberger Manifest" aus dem AL-Spektrum, in dem die radikalen Linken beschuldigt wurden, den Kiez zu zerstören.

1.Mai 1990

Vorher: Die politische Großwetterlage war bestimmt vom Zusammenbruch der DDR und der Ratlosigkeit der Linken angesichts der nationalistischen Mobilisierung in Deutschland. Außerdem lastete der 1.Mai 1989 als Hypothek auf jeder Vorbereitung. Es war klar, daß diesmal keine polizeiliche „Deeskalation" zu erwarten war von der rot-grünen Regierung. Die „taz" tat sich besonders hervor durch eine wütende Hetzkampagne im Vorfeld, die ihren Höhepunkt in der Ausgabe vom 30.April erreichte: Die Linksradikalen wurden wahlweise und wortreich als Mafia, Grünanlagenzerstörer, Wohlstandslinke, Lügner, potentielle Mörder und Totschläger, Antisemiten, Nazis, Muttersöhnchen, Kiezzerstörer diffamiert in „Artikeln", die sich nicht einmal mehr den Deckmantel journalistischer Berichterstattung umzuhängen versuchten. Selbst die AL war der „taz" zu links und wurde beschuldigt, für den Krawall und möglicherweise auch Tote mitverantwortlich zu sein, da sie das geplante und „vernünftigerweise" verbotene Fest auf dem Gelände des Görlitzer Parks unterstützte. Das Fest sei im übrigen nichts als eine Tarnbezeichnung für geplante Randale (Den Amoklauf vom 30.April inszenierten Max Thomas Mehr, Brigitte Fehrle und die Pseudonyme „Martin Dittkamp" und „Valerie Dupont"). Für die radikalen Linken war klar, daß der diesjährige revolutionäre 1.Mai sehr gründlich vorbereitet werden mußte. Es wurde eine enge Zusammenarbeit zwischen Demovorbereitung und Fest angestrebt, zudem wurden politische Aktionstage Ende April organisiert (die aber nur wenig Resonanz fanden).

Demo: Die Vorbereitung begann diesmal, anders als 88/89, bereits Mitte Januar. Die Protokolle sowie ergänzende Texte zu den Themen Militanz und Durchführung der Demo wurden ab Anfang März in der Interim abgedruckt. Es gab anfangs einen neuen Vorbereitungskreis unabhängig von den Vorbereitungsgruppen der Jahre davor. Die Vorbereitungsgruppe war offenbar weniger von kommunistischen und mehr von undogmatisch-autonomen Kreisen als 1989 bestimmt. Außerdem war bis Mitte April eine türkisch-kurdische ML-Gruppe beteiligt, verließ das Plenum jedoch, da es zum Thema Stalinismus keine Einigung gab. Anfang April wurde der Vorschlag für den gemeinsamen Aufruf veröffentlicht. Das Motto der Demo war, passend zur bevorstehenden „Vereinigung" Deutschlands: Lieber raus auf die Straße als heim ins Reich! Die Polizei war bereits bei den Vorkontrollen zur Demo sehr massiv um den Oranienplatz präsent. Als eine Gruppe versuchte, die Vorkontrollen gewaltsam zu durchbrechen, zogen zwei Bullen ihre Pistolen. Es gab im Vorfeld 38 ASOG-Festnahmen. An der Demo nahmen rund 12.000 Menschen teil (die Polizei zählte 8000-10.000, die VeranstalterInnen 15.000), darunter auch einige hundert Menschen aus Ost-Berlin, wo zuvor eine unabhängige Ost-Demo von ca.2000 Leuten gemacht worden war. Trotz engem Polizeispalier, starken Polizeikräften in Seitenstraßen und einzelnen Steinwürfen verlief die Demo insgesamt friedlich und diszipliniert durch Kreuzberg und Neukölln und zurück zum Festplatz. In Neukölln wurde aus einem Wohnhaus mit einem Luftgewehr auf die Demo geschossen, wobei zwei oder drei Personen verletzt wurden. Die „RIM" bildete einen Block von ca. 50 Leuten und brachte einen eigenen Lautsprecherwagen mit, den sie notfalls mit Gewalt durchsetzen wollten. Er fuhr dann ziemlich am Ende der Demo vor dem Kinder-Block.

Fest: Auf dem Gelände des Görlitzer Parks wurde ein Fest vorbereitet, getragen von Autonomen bis hin zu linken AL-Leuten. Der SPD-Bezirksbürgermeister König verbot dieses Fest; Kurz vor dem 1.Mai platzte die Vorbereitungsgruppe unter dem politischen Druck und wollte das Fest absagen. Spontan bildete sich eine neue Gruppe aus Linksradikalen, die versuchten, trotz Verbots das Fest zu organisieren und durchzusetzen, was auch gelang. Das Fest war dadurch recht improvisiert und ziemlich szenedominiert.

Randale: Abends besetzte die Polizei den Kiez und sparte nicht mit provokativem Auftreten. Die Tankstelle Ecke Görlitzer Str. wurde von Wannen mit Absperrgittern gesichert. Am Lausitzer Platz sammelten sich nach und nach Leute und bewarfen die absperrenden Bullen mit Steinen, daraufhin wurde mit Tränengas der Lausitzer Platz und auch das Fest im Park geräumt. Später wurde der U-Bahn-Verkehr auf der Linie 1 eingestellt. Etwa 500 Menschen beteiligten sich an der Randale, die sich bis gegen 2 Uhr morgens hinzog. Die Polizei ging sehr brutal vor. Vermummte Zivilbullen sollen gesichtet worden sein.

Bilanz: 3800 Polizisten im Einsatz (2000-3000 in Kreuzberg), davon 230 verletzt. Geringe Sachschäden.100 Festnahmen, 7 Haftbefehle, 4 Haftverschonungen, 3 Leute in U-Haft. 200 Verletzte, darunter viele Kopfverletzungen. Ein 15jähriger wurde von den Bullen der EB41 mit Schädelbruch, eingeschlagenen Zähnen und gebrochenen Handgelenken ins Urban-Krankenhaus eingeliefert.

Skandale: Bei der nächtlichen Randale wurden zwei Pressefotografen und ein SFB-Kamerateam von Bullen geprügelt. Der Innensenator Pätzold entschuldigte sich dafür, gegen die Bullen wurden Ermittlungen eingeleitet. Die „taz" kommentierte, es habe „im Gegensatz zu früheren 1.Mai-Nächten kaum Behinderungen der Presse" gegeben – so beeinflußt der Standpunkt die Sichtweise...

Nachher: Polizeipräsident Schertz sah ein erfolgreiches Konzept der „Deeskalation und Präsenz". Die Berliner AL schloß sich dem an. Innensenator Pätzold beklagte den hohen Anteil ausländischer Jugendlicher, die sich am Krawall beteiligt hätten. Ähnlich wie beim 1.Mai 2000 wurde auch 1990 der revolutionäre 1.Mai von Regierungs- und Medienseite im Vorfeld zur Entscheidungsschlacht zwischen Zivilgesellschaft und barbarischen Horden hochgeredet, um dann nach dem Ausbleiben der großen Schlacht alles unter „ferner liefen" abzuhandeln und umso kleiner zu machen. Die „taz"-Hetze im Vorfeld des 1.Mai hatte ein Nachspiel: Am 4.Mai erschien eine Erklärung in der Zeitung, in der sich 35 „taz"-MitarbeiterInnen aus Technik und Verwaltung von den Artikeln vom 30.April distanzierten. Aus der autonomen Szene gab es einige Nachbereitungspapiere. Da die Demo noch größer als im Vorjahr gewesen war und geschlossen hatte durchgeführt werden können, und da das Fest hatte durchgesetzt werden können, wurde der Tag insgesamt als großer Erfolg gewertet. Manche befürchteten, die Integrations- und Befriedungsstrategie gegen den revolutionären 1.Mai könne auf autonome Kreise übergreifen, indem Leute den Platz einnehmen würden, der durch den Rechtsruck des AL-"taz"-Spektrums freigeworden sei (eine etwas paranoide Vorstellung, die aber in den folgenden Jahren immer wieder mal auftauchte). Andere beklagten, daß die radikale Linke nichts zu mitzuteilen hätte und den Ereignissen hinterherlaufe. Der Verlauf der nächtlichen Randale wurde überwiegend als von den Bullen gezielt herbeigeführt interpretiert.

1.Mai 1991

Vorher: Politische Begleitumstände waren die deutsche Vereinigung, die neue große Koalition aus SPD und CDU in Berlin, der kurz zuvor beendete zweite Golfkrieg der NATO gegen den Irak und die innerlinke Debatte um Stalinismus und linkes Ost-West-Verhältnis. Nach den zugespitzten Jahren 1989/90 war dieser 1.Mai etwas geruhsamer.

Demo: Anfang März begann die Vorbereitung, deren Protokolle in der Interim veröffentlicht wurden. Viele Leute aus der 89/90er-Vorbereitung waren wieder beteiligt. Türkisch-kurdische Gruppen waren spärlich vertreten (eine ML-Gruppe, eine Antifa-Gruppe), Frauengruppen gar nicht. Hauptdiskussionspunkte der Demo-Vorbereitung: Frage der Route und Stalinismus/ „RIM". Einige Ostberliner Gruppen hätten lieber eine eigene Ost-Demo gemacht, setzten diesen Gedanken aber nicht um. Die Demoroute führte letztlich vom Oranienplatz nach Friedrichshain, um die Verbindung West-Ost herzustellen und weil eine Route nach Prenzlberg ungünstig schien. Dabei spielte die besonders in Friedrichshain starke Hausbesetzungsbewegung und der Mythos 'Mainzer Straße' eine erhebliche Rolle (in der Mainzer Str. waren viele Häuser besetzt und Anfang November 1990 von den Bullen geräumt worden, dabei gab es noch heftigere Auseinandersetzungen als am 1.Mai 1989 in Kreuzberg; die rot-grüne Koalition in Berlin zerbrach daran). Aus Friedrichshain meldete sich prompt Protest gegen den 'Einfall der Horden' und befürchtete Fremd-Randale, auch der BesetzerInnen-Rat war gegen diese Demo-Route. Das Plenum besprach den „RIM"-Konflikt, der sich seit 1.Mai 1990 eher verschärft hatte, und wollte der „RIM" Lautsprecherwagen und Stalin-Transparent (die „5 Köpfe") verbieten. Die „RIM" bemühte sich durch persönliches Erscheinen darum, dies abzuwenden, jedoch erfolglos.

Bei Nieselregen kamen rund 10.000 Leute zu der Demo (Polizei: 8000, VeranstalterInnen: 20.000), mehr als zur DGB-Demo. Die Demo verlief friedlich. Wichtige Themen waren die Ablehnung der „Hauptstadt Berlin" und Solidarität mit dem Kampf in Kurdistan. Es kam zum gewaltsamen Konflikt mit der „RIM", die wieder einen eigenen Lautsprecherwagen mitgebracht hatte. Er wurde fahruntüchtig gemacht, ein Transparent mit Stalin-Bild wurde der „RIM" geklaut. Die „RIM"-Leute gingen dann am Ende der Demo. Die Polizei hielt sich während der Demo zurück. Nach der Demo kam es in Friedrichshain zu Auseinandersetzungen zwischen abströmenden Demo-TeilnehmerInnen und provozierenden Bullen. Zwei Polizeifahrzeuge wurden mit Mollis angegriffen.

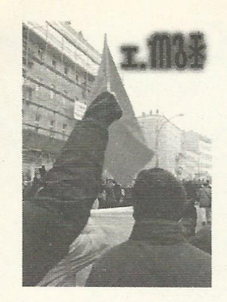
Fest: Relativ kurzfristig wurden zwei Feste vorbereitet: Am Lausitzer Platz in Kreuzberg und am Kollwitzplatz in Prenzlauer Berg. Das Fest am Lausitzer Platz fand wieder kein friedliches Ende.

Randale: Am Lausitzer Platz begann am späten Nachmittag das Spiel vom Vorjahr; Steine flogen gegen die Bullen-Absperrung an der Tankstelle Ecke Görlitzer Str., die Polizei ließ sich nicht lange bitten und räumte gegen 19 Uhr den Platz mit Tränengaseinsatz. Es ging auch so weiter wie im Vorjahr: ein paar hundert Leute, davon nur wenige aus der autonomen Szene, lieferten sich Scharmützel mit den Bullen.

Bilanz: 4500 Polizisten im Einsatz, davon 3100 in Kreuzberg und Friedrichshain. 87 Polizisten verletzt, davon einer stationär behandelt (1993 behauptete der Innensenator laut „taz", 1991 seien 233 Polizisten verletzt worden; vielleicht eine Verwechslung mit 1990). 105 ASOG-Festnahmen, 76 Festnahmen wegen Straftaten (wobei ca. die Hälfte der Festgenommenen in Ost-Berlin wohnten). 4 Haftbefehle, alle mit Haftverschonung. Geringe Sachschäden (1992 ist aber davon die Rede, der Schaden habe mehr als 1 Million DM betragen...).

Skandale: Die Polizei griff ein ZDF-Team an und stürmte das türkische Lokal 'Kösk' am Lausitzer Platz. Diese Vorwürfe wies der Polizeipräsident später zurück und entschuldigte sich für nichts.

Nachher: Innensenator Heckelmann tönte, Berlin habe die Bewährungsprobe als Regierungssitz „in aller Gelassenheit, aber konsequent" bestanden. Auch Polizeipräsident Schertz sah „Konsequenz und Augenmaß". Die AL kritisierte die Randale ebenso wie die Polizeitaktik.



1.Mai 1992

Vorher: Allgemeinpolitische Themen im Vorfeld des 1.Mai gab es wenige, eher begrenzte, z.B. die Riots in Los Angeles und die Weltausstellung Expo in Sevilla. Lokale Themen waren vor allem die Anti-Olympia-Kampagne und der Widerstand gegen die Öffnung der Oberbaumbrücke zwischen Kreuzberg und Friedrichshain für Autos. Die Zersplitterung autonomer Strukturen hatte sich fortgesetzt. Der Ost-West-Konflikt und die Debatte über den Umgang mit Stalinismus bzw. ML-Gruppen prägte auch in diesem Jahr die Vorbereitung des revolutionären 1.Mai.

Demo: Mitte März begann die Vorbereitung der Demo durch ein Koordinierungstreffen, das sich ausdrücklich nur für den technischen Ablauf der Demo, nicht aber für deren Inhalte zuständig fühlte. Darin war z.T. personelle/strukturelle Kontinuität zu den vergangenen Jahren gegeben und es überwogen 'klassisch'-autonome Kiezgruppen. Wieder war eine türkisch-kurdische ML-Gruppe in der Vorbereitung, und wieder wurde das Fernbleiben von Frauen(-Gruppen) bedauert. Motto der Demo: In die Herzen ein Feuer – unser Kampf geht weiter. Am Vormittag des 1.Mai gab es unabhängig davon einen 'Zug der Widerspenstigen aus Ost und West' zur DGB-Kundgebung. Die Vorkontrollen der Polizei mittags in Kreuzberg waren sehr massiv. Die „RIM" versuchte in diesem Jahr zum ersten Mal, durch eine frühzeitige eigene Anmeldung der Demo am Oranienplatz Fakten zu schaffen. Das klappte aber nicht. Zu Beginn der Demo eskalierte der Konflikt zwischen türkisch-kurdischen ML-Gruppen. Die Gruppe 'Partizan' griff 'Bolschewik Partizan' an, andere ML-Gruppen verhielten sich absprachewidrig, die „RIM" nutzte das Chaos und prügelte sich und ihrem Lautsprecherwagen einen Weg in die Mitte der Demo. Es gab zahlreiche Verletzte, einige davon schwer. Die Schlägerei zog sich bis zur Ecke Adalbertstr. hin, wo die Bullen ein Hinausdrängen der „RIM" verhinderten. Etwas später wurde der „RIM"-Lautsprecherwagen beschädigt und verließ die Demo nach etwa der Hälfte der Strecke. Die Schlägereien hatten zur Folge, daß in der Mitte der Demo eine sehr große Lücke entstand, so daß es faktisch zwei Demos hintereinander waren. An der gesamten Demo, die vom Oranienplatz durch Mitte und Neukölln führte, nahmen 12.000-15.000 Menschen teil. Es kam während der Demo zu einzelnen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Ein Computerladen wurde geplündert, ein Wachschutzwagen angezündet, eine Bullenwanne beinahe. Das letzte Stück der Demo auf dem Kottbusser Damm bis zum Kottbusser Tor eskalierte zunehmend.

Fest: Keines. Nachdem in den Vorjahren jedes Fest im Tränengas geendet hatte, fand sich diesmal keine Vorbereitungsgruppe.

Randale: Gegen Ende der Demo versuchte die Polizei Festnahmen. Es flogen Steine auf Schaufenster und auf die Bullen, die wiederum Tränengas und Wasserwerfer einsetzten. Schon am späten Nachmittag wurde der U-Bahn-Verkehr der Linie 1 eingestellt. Die Taktik der Polizei bestand darin, mehr Wasserwerfer und Tränengaseinsatz als Prügeleinsätze zu machen und massiv aufzufahren. Sie kontrollierte die Lage weitgehend. Wiederum beteiligten sich viele Kids aus dem Kiez oder auch von anderswo an der Randale, während viele Altautonome kopfschüttelnd danebenstanden. Abends gab es im Kollwitz-Kiez in Prenzlauer Berg unter dem Motto „Der Osten schlägt zurück" eine kurze und heftige Demo von ca.1000 Leuten mit Barrikadenbau, Steinen gegen BGS und Plünderungen; in Friedrichshain wurden diverse Schaufenster eingeworfen.

Nazis: Nachmittags sammelten sich am Thälmannpark in Prenzlauer Berg einige dutzend FAP-Nazis zu einer Demo, von BGS-Einheiten geschützt. Rund 200 spontan mobilisierte Antifas griffen sie trotzdem erfolgreich mit Steinen bis in die S-Bahn hinein an.

Bilanz: 5000 Polizisten (davon 500 BGS) im Einsatz, davon 127 verletzt, einer stationär behandelt. 294 Festnahmen, davon 142 wegen Straftaten, 23 Haftbefehle, 15 Haftverschonungen, 8 Leute in U-Haft. Bei 52 Läden gingen Scheiben zu Bruch, es gab 6 Plünderungen, 57 Autos wurden beschädigt.

Skandale: Ein RTL-Kamerateam wurde vom Wasserwerfer weggespült. In ein Lokal wurde eine Tränengasgranate geschossen, wofür der Polizeipräsident sich entschuldigte.

Nachher: Innensenator Heckelmann lobte das umsichtige Vorgehen der Polizei und teilte mit: „der Sachschaden liegt im Gegensatz zum Vorjahr deutlich unter der Millionengrenze". Auch die Gewalt habe deutlich abgenommen (oder gar „deutlichst"? eine der skurrilen Wortschöpfungen Heckelmanns). Die Rede war von „äußerster Zurückhaltung bei gleichzeitigem entschiedenen Zugriff bei Angriffen". Etwas später intrigierte der notorische Scharfmacher Polizeidirektor Kittlaus gegen Polizeipräsident Schertz: Alles sei viel schlimmer gewesen und werde schöngeredet. Er fand aber keine Unterstützung. Der „taz"-journalist Nowakowski hatte für sein Blatt die jüngere Vergangenheit bewältigt und kritisierte, die offizielle Tiefstapelei sei Schönfärberei für die Hauptstadt-Debatte, das Polizeikonzept sei auf Bürgermeister Diepgens Geheiß hin „Schluß mit der Deeskalation und draufgehauen" gewesen. Die Nachbereitung in der Interim beschäftigte sich ganz überwiegend kritisch mit dem Verhältnis zu ML-Gruppen, insbesondere der „RIM". Deren brutales Vorgehen auf der Demo hatte viele schockiert. Es gab aber auch Kritik am undifferenzierten Verhalten der Autonomen. Die abendliche Randale wurde mehr am Rande abgehandelt; begrüßt wurde, daß es militante Aktionen in Kreuzberg, Prenzlberg und Friedrichshain gegeben hatte; ein politischer Inhalt der Kreuzberg-Randale wurde kaum gesehen.

1.Mai 1993

Vorher: Die politischen Begleitumstände ähnelten denen von 1992: Große SPD-CDU-Koalition, Hauptstadt Berlin... Der nationalistische Wiedervereinigungs-Taumel, die rassistischen Pogrome von Hoyerswerda und Rostock und der Aufwind für Nazi-Gruppen bestimmten das Klima. Daneben trat die Anti-Olympia-Kampagne in ihre heiße Phase. Die Spaltung der radikalen Linken hatte sich 1992 erheblich verstärkt, vor allem die Berliner autonome Szene zerfiel zunehmend in 'Bewegungsautonome', 'kommunistische Autonome' und Antifa-Szene.

Demo: Im Februar begann die Demo-Vorbereitung, die Plenums-Protokolle wurden in der Interim veröffentlicht. Nach den ungelösten Konflikten v.a. der Jahre 1991/92 beteiligten sich viele Gruppen nicht (mehr) daran: 'Bewegungsautonome', Frauengruppen, MigrantInnen, Ost-Linke... so wurde die Vorbereitung dominiert von 'kommunistischen Autonomen', die versuchten, eher reformistische Gruppen wie die 'Kritischen GewerkschafterInnen' in die Vorbereitung miteinzubeziehen. Der versuchte Spagat zwischen dem 'Brückenschlag' zu weniger radikalen Kreisen und eigenen Ansprüchen, dazu die kritische bis destruktive Haltung vieler Linksradikaler dem Plenum gegenüber, führten zu einer Lähmung. Obwohl zu Anfang erklärt worden war, der revolutionäre 1.Mai müsse nun mehr inhaltlich als formal diskutiert und gefüllt werden, ging es schon nach kurzer Zeit fast nur noch um den innerlinken Konflikt, um Route, Zusammensetzung und Verantwortlichkeit der Demo. Es gab endlose Debatten über Routenvorschläge und Verhältnis zur „RIM". Gruppen aus Ostberlin beklagten sich, nicht einbezogen zu sein. Dem Vorbereitungsplenum wurde der Vorwurf gemacht, von ML-Gruppen dominiert zu sein. Der Brückenschlag zu den 'anderen gesellschaftlichen Kräften' scheiterte letztlich, sie zogen sich zurück; gleichzeitig erklärten diverse linksradikale Gruppen, die Demo so nicht mittragen zu wollen. Wenige Wochen vor dem 1.Mai platzte dann eine Vollversammlung an der Frage der Haltung zu „RIM" bzw. 'Stalinismus', und es bildete sich ein zweites, 'autonomes' Plenum zur Demo. Zwischen beiden Plena gab es starke Konkurrenz. Die schließlich erarbeitete Demo-Route vom Oranienplatz nach Prenzlauer Berg wurde von einigen Ost-Gruppen abgelehnt mit der Kritik, hier wollten sich Westler an die Ereignisse des letztjährigen 1.Mai im Kollwitzkiez anhängen; zuletzt wurde beschlossen, die Demo nur bis zum Rosenthaler Platz zu führen.

Zur Demo kamen knapp 10.000 Menschen (die Polizei sprach von 5500). Das erste 1.Mai- Plenum bildete die Demo-Spitze, die aber nur aus wenigen hundert Menschen bestand (v.a. ML-Gruppen). Dahinter kam der um ein vielfaches größere Block des 'autonomen' Plenums. Zu Beginn der Demo kam es wie 1992 zum Konflikt zwischen „RIM" und Teilen der Demo. Leute versuchten, die „RIM" daran zu hindern, dicht hinter dem Kern des Autonomen Blockes einzuscheren. Diese prügelte sich daraufhin den Weg frei. Die chaotische Schlägerei zog sich bis zur Ecke Adalbertstr. hin, wo die „RIM" nicht mehr weiterkam. Die „RIM"Leute setzten vor allem Holzlatten ein, während ihre GegnerInnen weitgehend unbewaffnet waren. Es gab viele unkontrollierte Flaschen- und Steinwürfe. An der Ecke Adalbertstr. drangen Bullen in die Demo ein und holten die „RIM" samt Lautsprecherwagen gewaltsam aus der Demo. Dazu gab es von einigen Umstehenden lauten Beifall. Die Demo ging dann weiter, begleitet von häufigen Auseinandersetzungen mit der massiv präsenten Polizei. Einmal eskalierte die Situation mit Tränengaseinsatz und Molli-Würfen, beruhigte sich aber wieder. Immer mehr Leute verließen die Demo. In der Nähe der Olympia-GmbH (Breite Str.) sprengte die Polizei schließlich die Demo mit Einsatz von Knüppeln und Wasserwerfern, sie mußte um 17 Uhr aufgelöst werden. Es gab viele Festnahmen und Verletzte.

Fest: Am Helmholtzplatz (Prenzlauer Berg), vorbereitet von Ost-Gruppen in bewußter Abgrenzung vom West-1.Mai.

Randale: Abends im Anschluß an das Fest am Helmholtzplatz im dortigen Kiez Barrikaden und Steine gegen Wasserwerfer und Panzerwagen. In Kreuzberg vergleichsweise wenig: Ein paar Sitzblockaden auf der Straße führten bereits zum Wasserwerfer-Einsatz, es gab vereinzelte Steinwürfe auf die Polizei, die den ganzen Kiez besetzt hielt.

Nazis: In Berlin-Friedrichsfelde machten 100 FAP-Nazis eine Demo, die von den Bullen geschützt wurde. Viele mobilisierte Antifas wurden an Sperren abgefangen, 40 wurden festgenommen; nur etwa 30 erreichten den Schauplatz, es gab einzelne kurze Auseinandersetzungen mit Nazis. Am Vorabend hatte ein junger Nazi einen ZDF-Reporter niedergestochen.

Bilanz: 4000 Polizisten im Einsatz (darunter 1000 BGS), (davon 1500 in Kreuzberg), 19 davon verletzt. 169 Festnahmen (über 60 schon bei der Demo), davon 115 wegen Straftaten, 24 Haftbefehle, 13 Haftverschonungen, 11 Leute in U-Haft. Viele Verletzte, nach der Demo 5 Menschen im Krankenhaus.

Skandale: Gegen 00.30 Uhr lief eine BGS-Truppe in Formation durch die Oranienstr.; ein Betrunkener im Eingang einer Mini-Pizzeria grölte dazu provokativ den Anfang des 'Horst-Wessel-Liedes'. Daraus entstand das Gerücht, die BGS-Leute hätten das Nazi-Lied gesungen. Einige OhrenzeugInnen erstatteten Anzeige, Staatsschutz und BGS ermittelten ein paar Wochen lang halbherzig deswegen und stellten dann das Verfahren ein; es fanden sich keine weiteren Beweise, die Bullen unterstellten „bewußtes Singen von Störern".

Nachher: Innensenator Heckelmann, Polizeipräsident Saberschinsky und Bürgermeister Diepgen äußerten die bekannten Sprüche danach: Die Polizei sei „zurückhaltend", „schnell" und „konsequent" vorgegangen gegen „sattsam bekannte seit vielen Jahren nicht mehr". Die Medien bemerkten einmal mehr den immer mehr wachsenden Anteil von deutschen und ausländischen Jugendlichen bei der Randale. In der Interim drehte sich die Nachbereitung neben der Kritik an den ritualhaften Krawallen und der inhaltlich sich entleerenden, auch ritualisierten Demo (analog zu 1992) weitgehend um den „RIM"-Konflikt, um das Verhältnis Autonome vs. KommunistInnen (inkl. ML– Gruppen, 'Stalinisten'...) und um die Demo-Vorbereitung. Die Spaltungen im Vorfeld setzten sich bruchlos fort. Konstruktive Ansätze waren selten; auch wenn die Beiträge oft so eingeleitet wurden, wurde meist gegenseitig abgekotzt. Am Abend des 1.Mai eskalierte die Spaltung der türkisch-kurdischen ML-Gruppe DevSol am Kottbusser Damm, ein Mann wurde erschossen.

1.Mai 1994

Vorher: Die Spaltung der radikalen Linken aus den Jahren 1991-93 hielt unvermindert an, außer Antifa gab es kein gemeinsames Thema. Auch aus dem Osten kamen keine neuen Impulse mehr. Das nach dem 1.Mai 1993 weiter bestehende Autonome Plenum plädierte für einen Autonomie-Perspektiven-Kongreß, der aber zum 1.Mai 1994 nicht organisierbar war, auf den Herbst 1994 verschoben wurde und schließlich zum 1.Mai 1995 stattfand.

Demo: Nach dem Desaster des revolutionären 1.Mai 1993 fand sich diesmal keine Gruppe zur Vorbereitung der Demo zusammen.Auch der DGB konnte in diesem Jahr – bei kühlem Wetter – nur wenige Menschen (ca.5000) mobilisieren. Dabei gingen die Bullen gegen kurdische TeilnehmerInnen vor wegen Zeigens von kurdischen bzw. PKK-Symbolen.Die „RIM" meldete als „Revolutionärer 1.Mai-Bündnis" unverdrossen eine Demo um 13 Uhr am Oranienplatz an, zu der sie seither jedes Jahr mit demselben Flugblatt (bei aktualisiertem Datum) aufruft. Die Demo führte zum Brandenburger Tor, es nahmen anfangs knapp 1000, später nur noch einige hundert Menschen daran teil. Die Bullen waren sehr massiv an der Demo dran und nahmen am Ende etliche Menschen fest, u.a. wegen Abspielen des Slime-Liedes „Deutschland" (mit dem Refrain „Deutschland verrecke") und Aufruf zu Straftaten aus dem Lautsprecherwagen. Abends mobilisierte die Kreuzberger Lokalpartei KPD/RZ zur „Mutter aller Demonstrationen" vom Marheinekeplatz in Kreuzberg zum Kottbusser Tor. Das Motto „Gegen nächtliche Ruhestörung und sinnlose Gewalt" lockte rund 2500 Menschen zur seit Jahren lautesten und fröhlichsten Mai-Demonstration („Deutsche Polizisten – Gärtner und Floristen!"). Kurz vor dem Kottbusser Tor griffen die Bullen auch diese Demo an und lösten sie auf.

Fest: Auf dem Oranienplatz wurde ein „internationalistisches Straßenfest" organisiert mit einigen tausend Leuten und guter Stimmung bis zum Abend.

Randale: Abends löste die Polizei wegen angeblicher Steinwürfe und der versuchten Öffnung des Plus-Supermarkts am Oranienplatz das Fest gewaltsam auf. Es gab auch Wasserwerfer-Einsatz. Die Polizei hielt den Kreuzberger Kiez besenrein besetzt und kontrollierte die Situation.

Nazis: Die FAP wollte mittags in Berlin-Treptow demonstrieren, wo aber bereits 500 Antifas auf sie warteten bei einer angemeldeten Kundgebung. Die Polizei hatte die FAP-Demo wegen „polizeilichem Notstand" verboten, was vor Gericht aber nicht durchkam. Später versammelten sich die Nazis in Prenzlauer Berg zu einer Spontandemo, wobei 25 von ihnen festgenommen wurden. Die kurzfristige Antifa-Mobilisierung dorthin kam zu spät, zahlreiche Antifas wurden eingekesselt und nach ASOG festgenommen.

Bilanz: 4000 Polizisten im Einsatz, davon 34 verletzt. 139 Festnahmen, davon 40 wegen Straftaten. Ein Mann wurde schwer verletzt, als er aus einer Wanne flüchtete und dabei von einem Lastwagen angefahren wurde. Der Fahrer beging Fahrerflucht.

Nachher: Kaum Nachbereitung. Innensenator und Polizeipräsident sagten dasselbe wie jedes Jahr: Alles war ein großer Erfolg.

1.Mai 1995

Vorher: Überregional spielte neben den 'allgemeinen' Themen der zugespitzte Krieg in Kurdistan eine Rolle. Lokale Begleitumstände waren der 'Fall Kaindl', der die linksradikale Szene in Atem hielt durch Verhaftungen, Aussagen und politische Spaltung, sowie kurz vor dem 1.Mai der 'Fall KOMITEE' mit dem gescheiterten Bombenanschlag auf die Baustelle des neuen zentralen Berliner Abschiebeknastes in Köpenick. Auch dieses Jahr gab es keine Demo-Vorbereitung, stattdessen einen bundesweiten „Autonomie-Kongreß" in Berlin, der im wesentlichen von 'Bewegungsautonomen' getragen war.

Walpurgisnacht: Am Vorabend des 1.Mai feierten – wie seit Anfang der 90er Jahre üblich und jedes Jahr mehr – Menschen am Kollwitzplatz die Walpurgisnacht. Als die Bullen das Feuer auf dem Platz löschten und das Fest sprengten, wurden aus ein paar hundert rasch rund 2000 Menschen, die sich gegen die rund 600 Bullen zur Wehr setzten mit Steinen und Barrikaden. Einige Stunden lang knallte es im Kollwitz-Kiez heftig. Später stellte sich heraus, daß die Bullen unter anderem deswegen vor Ort waren, weil ein Mitglied der „Anwohner-Initiative" beim Bezirksamt den Schutz des neuen Rasens auf dem Platz vor Zerstörung angemahnt hatte...

Demo: Die „RIM" machte ihre 13-Uhr-Demo mit anfangs rund 2000 TeilnehmerInnen, beim Verlassen des Kreuzberger Kiezes blieben die Neugierigen und Mitläufer zurück, einige hundert blieben übrig. Die Polizei war wieder massiv präsent und griff u.a. wegen Zeigens von PKK-Symbolen die Demo an. Zum Abschluß des Autonomie-Kongresses gab es eine Spontandemo von einigen tausend Leuten zum Abschiebeknast Kruppstraße, auf der die Solidarität mit den wegen des KOMITEE-Anschlages Gesuchten gezeigt wurde.

Fest: In Prenzlauer Berg am Humannplatz (in sicherem Abstand zu Kollwitz- und Helmholtz-Kiez).

Randale: Angefeuert durch die Randale der Walpurgisnacht, zog es abends viele Schau- und Wurflustige in den Kollwitzkiez. Diesmal standen aber nur wenige 100 Menschen einer großen Bullenübermacht gegenüber.

Bilanz: Insgesamt rund 100 verletzte Polizisten, davon 4 „schwer". 160 Festnahmen, 5 Leute sollten dem Haftrichter vorgeführt werden.

Nachher: Innensenator Heckelmann meinte, „die geringsten Sachschäden seit 1987" seien Beweis dafür, „daß der 1. Mai für die Bürger Berlins seinen Schrecken verloren hat"...

1.Mai 1996

Vorher: Die innerlinke Diskussion im Vorfeld des 1.Mai lief in die Richtung, daß die autonome Bewegung und 'ihr' revolutionärer 1.Mai aus den Jahren 1987-1991 nicht mehr existiere, daß der Versuch, das totgelaufene Modell zu erhalten, 1992/93 in der Spaltung geendet habe und deswegen mehr eine Neu- als eine Wiederbelebung anstünde. Dabei war vor allem die Antifaschistische Aktion Berlin (AAB) aktiv. Aus dem Osten gab es wiederum heftige Kritik an einer Demo durch Prenzlauer Berg.

Besondere politische Kristallisationspunkte gab es nicht, abgesehen von den defensiven Themen wie Antifa, Antirassismus, staatliche Repression (wie 1995/96 gegen die Zeitschrift „radikal") und dem Feindbild Innensenator Schönbohm („Mit mir wird es keinen revolutionären 1.Mai geben").

Walpurgisnacht: Der Vorabend des 1.Mai in Prenzlauer Berg stand unter ähnlich schwierigen Vorzeichen wie der 1.Mai 1988 in Kreuzberg: Wiederholung der Randale oder nicht? Tausende Menschen kamen zum Kollwitzplatz, wo ein teil-kommerzielles Fest organisiert worden war; dazu gab es die Sicherheitspartnerschaft" der Anwohner-Initiative mit der Polizei, 90 Zivilbullen auf dem Platz (zu DDR-Zeiten hieß das dann „positive gesellschaftliche Kräfte"), keine Uniformierten in der Nähe, 4 genehmigte Feuer. Ab 1 Uhr nachts gab es auch ungenehmigtes Feuer, die Zivis zogen ab (waren auch viel angepöbelt worden). Dann folgten kleine Scharmützel rund um den Platz, die Bullen stürmten quer über den Platz hinweg, es gab 25 Festnahmen. Die VeranstalterInnen waren von der Polizei „enttäuscht".

Demo: Im Februar begann die Demo-Vorbereitung. Sie wurde stark von Menschen aus der AAB und anderen, die die Vorbereitungsphasen und Konflikte Anfang der 90er nicht direkt miterlebt hatten, getragen. Der Konflikt mit ML-orientierten Gruppen war aber dennoch sehr präsent und nicht auflösbar. Auch um ihm aus dem Weg zu gehen, wurde schließlich zu zwei getrennten Demos mobilisiert, die sich am Ende treffen sollten, (13 Uhr Rosa-Luxemburg-Platz und Oranienplatz, zum Kollwitzplatz). Bei der DGB-Demo am Vormittag waren linksradikale Gruppen sehr lautstark präsent und pfiffen die Redner aus. Die Demo am Rosa-Luxemburg-Platz ging mit rund 10.000 Menschen vor allem aus dem Antifa- und undogmatisch-autonomen Spektrum weitgehend friedlich zum Kollwitzplatz. Dagegen gab es bei der deutlich kleineren Demo (3000 Leute) ab Oranienplatz, die von deutschen und türkisch-kurdischen kommunistischen Gruppen geprägt war, Streß. Die beiden zutiefst verfeindeten Dev-Sol-Fraktionen lieferten sich eine Schlägerei, und kurz vor Erreichen des Kollwitzplatzes wurde die Rest-Demo von den Bullen eingekesselt, da es am Endplatz „unfriedlich" sei. Dort flogen auch wirklich bereits die ersten Steine gegen Bullen.

Fest: Am Humannplatz (Prenzlauer Berg) fand ein vor allem von linken Gruppen getragenes Fest statt.

Randale: Die Wut auf die Innenpolitik des Scharfmachers Schönbohm und aktuell die Einkesselung der zweiten Demo hatte die Stimmung angeheizt, so daß es im Kollwitzkiez im Anschluß an die große Demo fast unmittelbar krachte. Die Auseinandersetzung mit Barrikaden und Wasserwerfereinsatz dauerte ein paar Stunden, blieb aber personell und örtlich relativ begrenzt.

Nazis: NPD- und JN-Nazis führten in Marzahn mit 300 Leuten eine Demo durch, die von den Bullen geschützt wurde vor der relativ bescheidenen Antifa-Mobilisierung.

Bilanz: 4500 Polizisten (auch BGS) im Einsatz, davon 48 verletzt, eine Polizistin „schwer". 201 Festnahmen, davon 96 wegen Straftaten, 19 Haftbefehle, 6 Haftverschonungen(?), 13 Leute in U-Haft(?).

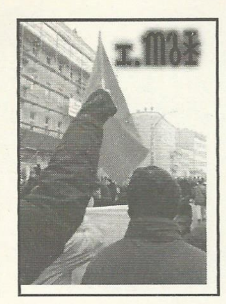
Nachher: Der Innensenator Schönbohm sprach von „differenzierten Maßnahmen"; die „offensichtlich unvermeidbaren" Gewalttätigkeiten durch „entschlossenes" Handeln schnell beendet worden." Die CDU entdeckte wieder viele beteiligte Jugendliche und bescheinigte ihnen „Lust an der Randale", „Werteverfall" und „fehlenden Respekt vor fremdem Eigentum". In der undogmatischen radikalen Linken wurde die große Demo als Erfolg, wenn auch relativ oberflächlich betrachtet. Die AAB wurde - nicht zum ersten und nicht zum letzten Mal - für ihre phrasenhafte Politsprache kritisiert, hinter der wenig stecke. Kommunistische Autonome unterstellten irrtümlich, die 'andere' Demo sei ihnen absichtlich nicht zur Hilfe gekommen bei der Einkesselung.

1.Mai 1997

Vorher: Wiederum heftige Konflikte um die Demo-Route (Ost-West) und unverminderte Spaltung zwischen undogmatischem und ML-Spektrum; Feindbild Innensenator Schönbohm und Hauptstadt...

Walpurgisnacht: Der Kollwitz-Kiez wurde von der Polizei total besetzt, es gab 200 Platzverweise, 59 Festnahmen, geschlossene Kneipen und ein paar Steinwürfe. In der Nacht zum 1.Mai brannten im Rahmen der 'Wagensport-Liga' 19 Nobelkarossen.

Demo: Das AAB-Spektrum bemühte sich, eine gemeinsame Demo möglich zu machen. Die Gegensätze zwischen undogmatischen Autonomen und ML-orientierten Gruppen waren aber unüberbrückbar, die einen wollten nur ohne die anderen und umgekehrt. So gab es wieder zwei Demos mit gleichem Beginn wie im Vorjahr, diesmal aber ohne gemeinsamen Endplatz. Die Kritik linker Ostgruppen an der Route durch Prenzlauer Berg wurde diesmal respektiert, die große Demo sollte zum Rosenthaler Platz führen. Bei der DGB-Demo am Vormittag mit ca. 5000 Menschen ging die Polizei wieder gegen kurdische TeilnehmerInnen vor wegen Zeigens von PKK-Symbolen. Nachmittags zogen 8000-10.000 Leute durch Mitte, begleitet von ständigen Provokationen und Angriffen



durch ein großes Polizeiaufgebot. Zuletzt noch etwa 5000 Menschen erreichten den Endplatz. An der Demo vom Oranienplatz nahmen ca. 2000 Menschen teil.
Fest: Erstmals gab es zwei große Feste, nämlich wieder am Humannplatz (Prenzlauer Berg) und am Mariannenplatz (Kreuzberg}, beide von einem breiten linken Spektrum bis hin zu PDS/Grünen besucht. Das Fest am Mariannenplatz wurde abends kurz vor dem regulären Ende von den Bullen mit Tränengaseinsatz geräumt.
Randale: Abends kurz vor 21 Uhr gab es direkt neben dem Mariannenplatz-Fest, an der Ecke Muskauer Str., eine kurze und heftige Aktion, bei der ein paar Autos und eine Telefonzelle angezündet und anrückende Bullen mit Steinen eingedeckt wurden; die Beteiligten flüchteten beim Anrücken der Verstärkung auf das Fest, das daraufhin von den Bullen abgeräumt wurde. Es folgten im Kiez (wie auch rund um den Humannplatz) einzelne Scharmützel mit der Bullen-Armada.
Nazis: Die NPD wollte zentral in Leipzig demonstrieren, was aber erfolgreich verboten wurde. 5000 Polizisten in Leipzig setzten das Verbot durch. Diverse Ersatzveranstaltungen in ganz Deutschland wurden überwiegend von Bullen und/oder Antifas verhindert. In Hannoversch-Münden (Niedersachen) sammelten sich ca. 300 Nazis und 50 Gegendemonstranten. Es gab 120 Festnahmen (meist Nazis) und einen verletzten Polizisten. In Grimma (Sachsen) marschierten rund 200 Nazis.
Bilanz: 5000 Polizisten im Einsatz (davon 1400 BGS), davon 7 verletzt. 325 Festnahmen (davon allein 59 Walpurgisnacht und 70 während der Demo in Mitte), darunter 98 mutmaßliche Straftäter. 20 Haftbefehle. 5 Autos und eine Telefonzelle brannten, 19 Schaufensterscheiben gingen zu Bruch, insgesamt gab es 34 Sachbeschädigungen.
Skandale: Die Eskalationspolitik der Polizei führte zu einigem Wirbel. TV-Bilder zeigten einen vermummten Zivilbullen bei der Demo, abends wurden in Kreuzberg (nachträglich) gar 50 vermummte Zivis vermutet, aus dem Bullenfunk schien ein gezielter Polizeiangriff am Humannplatz hervorzugehen, die Interim sichtete gar vermummte Zivilbullen als Provokateure beim Steineschmeißen auf Wasserwerfer während der Demo. Nur der erste dieser vier Vorwürfe ließ sich belegen, wobei hier der klar als Zivilpolizist erkennbare Mann sich zum Schutz vor fotografierenden DemonstrantInnen lediglich kurzfristig eine Haßkappe übergezogen hatte, also nicht als 'agent provocateur' in Frage kam. Der Landesschatzmeister der Grünen, Werner Hirschmüller soll nach eigenen Angaben von Polizisten geschlagen und stundenlang eingesperrt worden sein. Die Polizei weist die Vorwürfe zurück. Ein Neuseeländer wurde am 2.Mai wegen eines angeblichen Flaschenwurfs festgenommen. Rund 30 Vermummte griffen ein dreiköpfiges Fernsehteam an, ein Kameramann mußte wiederbelebt werden. Einer der Journalisten äußerte den Verdacht, daß Zivilpolizisten daran beteiligt gewesen sein könnten, was Schönbohm zurückwies.
Nachher: Innensenator Schönbohm und Polizeipräsident Saberschinsky waren – natürlich – zufrieden mit ihrem Konzept des „sofortigen und konsequenten Eingreifens" und der „flächendeckenden Präsenz", wodurch die Eskalation „verhindert" worden sei. Durch jahrelange Erfahrung mit den „Störern" sei die Berliner Polizei inzwischen eine der besttrainierten Truppen Europas. Innerhalb der Linken wieder mal die Kritik am Ritual- und Konsumverhalten. Einmal mehr gab es die Forderung, zu den Zentren der Macht zu gehen. Es wurde – wie schon im Vorfeld – deutlich, daß die Demo an sich zum Politikum geworden ist, an dem sich verschiedene Konflikte (Ost-West, Undogmatisch-ML, Linksradikale-Innensenator) entzünden.

1.Mai 1998

Vorher: Neben politischen Dauerbrennern wie Innenpolitik und Nazis war ein wichtiges Thema die Jugoslawien-Krise und der mögliche Krieg unter deutscher Beteiligung. Auch die Auflösungserklärung der RAF fiel in diese Zeit.
Walpurgisnacht: Die Polizei war im Kollwitzkiez stark präsent, sperrte aber nicht so massiv ab wie im Vorjahr. Einige hundert Leute wollten trotzdem feiern und wurden gegen 2 Uhr morgens von der Polizei weggeprügelt, es gab Festnahmen.
Demo: Die Demo-Vorbereitung wurde wie im Vorjahr von Leuten aus dem AAB-Spektrum dominiert, allerdings war die Vorbereitung wenig transparent für Außenstehende. Die Route sollte wie 1996 vom Rosa-Luxemburg-Platz zum Kollwitzplatz führen; dies wurde von der Polizei verboten und stattdessen als Endplatz der Senefelder Platz auferlegt. Im Gegensatz zu den anderen Auflagen (wie etwa der Aufteilung der Demo in Marschblöcke mit Zwischenräumen) wurde dies vom Verwaltungsgericht bestätigt. An der DGB-Demo am Vormittag nahmen ca. 7500 Menschen teil. Mittags demonstrierten wie üblich die ML-Gruppen am Oranienplatz mit 1500-2000 Leuten. Die Polizei bedrängte die Demo mit massivem Spalier und Fahrzeugen und nahm 13 Leute fest. Wegen der Antifa-Mobilisierung gegen die NPD-Demo in Leipzig wurde die revolutionäre 1.Mai-Demo erstmals auf den Abend verlegt, um aus Leipzig zurückkommenden Leuten die Möglichkeit der Teilnahme zu geben, darum ging die Demo schließlich auch mit erheblicher Verspätung los (einige Busse waren bei der Rückkehr aus Leipzig angehalten und die 174 InsassInnen nach ASOG festgenommen worden). 10.000-12.000 Menschen (die Bullen meldeten 6000) nahmen daran teil. Als Lautsprecherwagen wurde erstmals ein Sattelschlepper mit großer Musikanlage eingesetzt. Gleich zu Beginn der Demo wurde eine Bulleneinheit, die sich direkt an der Demo postiert hatte, mit Steinen und Flaschen beworfen, die Lage beruhigte sich aber wieder. An der Demo-Spitze kam es jedoch immer wieder zu Auseinandersetzungen mit dem Bullen-Spalier, die schließlich an der Ecke Kastanienallee/Oderberger Str. eskalierten. Ein Müllcontainer wurde angezündet, die Bullen setzten Wasserwerfer und Tränengas ein und wurden heftig beschmissen, woraufhin die Demo von den VeranstalterInnen für aufgelöst erklärt wurde.
Fest: Wie im Vorjahr gab es ein Fest am Humannplatz (Prenzlauer Berg) und eines am Mariannenplatz (Kreuzberg), die beide friedlich zu Ende gingen.
Randale: Die Auseinandersetzung ab ca. 21 Uhr im Bereich Kastanienallee eskalierte rasch zu einem mittleren Krawall, die Bullen wurden kurzzeitig zurückgeschlagen (oder zogen sich zurück), ein Computerladen wurde geplündert. Bis gegen Mitternacht knallte es heftig im umliegenden Kiez. Polizeiführer war hier Buchholz, der bereits in der Walpurgisnacht 1996 unrühmlich in Erscheinung getreten war.
Nazis: Die NPD mobilisierte bundesweit nach Leipzig und brachte 3000 Nazis auf die Straße (statt wie angekündigt bis zu 15.000). 6000 Bullen beschützten ihre Kundgebung, umgeben von Tausenden Antifas, die relativ erfolgreich und offensiv die Straße behaupten konnten. Es kam zu Auseinandersetzungen mit den Bullen, auch etliche Nazis kriegten etwas ab.
Bilanz: 5000 Polizisten im Einsatz, 17 davon verletzt (nach Angaben des GdP-Chefs aber 100). 407 Festnahmen, 31 Haftbefehle und 2 Unterbringungen. Mindestens 32 Verletzte. 46 beschädigte Autos, 4 demolierte Polizeifahrzeuge, Glasbruch bei Geschäften und einer Bank, mindestens ein geplünderter Laden.
Skandale: Der SFB berichtete, Konkurrenz zwischen zwei Abteilungen der Bereitschaftspolizei habe zum Chaos am Abend geführt, bei dem die Bullen sich kurzfristig zurückzogen. Polizeipräsident Saberschinsky versuchte, das als „sportliche Konkurrenz" zu verniedlichen. Nachher: Innensenator Schönbohm meldete wie immer Erfolg. Der 1.Mai sei friedlicher verlaufen als in den letzten Jahren, es habe „friedliche und fröhliche" Feste gegeben und der Polizeieinsatz sei im Rahmen der „Verhältnismäßigkeit" verlaufen. Gleichzeitig kündigte er eine schärfere Gangart gegen die Demo an; sie solle verboten oder nur an abgesperrten Plätzen zugelassen werden. „Es gibt doch kein Grundrecht auf Krawall und Zerstörung" (dieses Zitat plapperte Innensenator Werthebach gerne nach in den Folgejahren). In den liberalen Medien war dagegen die Rede von den schwersten Krawallen seit Jahren und dem Scheitern des „militärischen" (Nowakowski in der „taz") Eskalations-Konzeptes Schönbohms. In der radikalen Linken wurde erneut die AAB kritisiert, einige warfen ihr vor, erst große Sprüche zu machen und dann Leute zu verheizen. Die Heftigkeit des Krawalls hatte viele (auch positiv) überrascht.

1.Mai 1999

Vorher: Wichtigstes großes Thema war der NATO-Krieg in Kosovo bzw. Jugoslawien mit deutscher Beteiligung. Daneben ging es um die Verschleppung von Öcalan in die Türkei und die Folgen, z.B. die Verfolgung von KurdInnen in Deutschland und die Ermordung von 4 KurdInnen am israelischen Generalkonsulat in Berlin Anfang des Jahres. Daneben natürlich, wie jedes Jahr, innere Sicherheit und Hauptstadt und Antifa.
Walpurgisnacht: Am Vorabend des 1.Mai rief „reclaim the streets" zum Alexanderplatz, später zogen von dort einige hundert Menschen nach Prenzlauer Berg. In der Eberswalder Str. wurden ca. 350 Leute stundenlang polizeilich eingekesselt. Am nahegelegenen Mauerpark, der wegen der (erneuten) polizeilichen Besetzung des Kollwitzkiezes zum Ausweichort für Walpurgisnacht-Feiern geworden war, kam es zu kleineren Auseinandersetzungen mit den Bullen.
Demo: Die AAB verständigte sich erstmals mit kommunistisch-autonomen Gruppen auf eine gemeinsame Demo, abends (wegen Antifa-Mobilisierung nach Bremen) vom Oranienplatz zum Kottbusser Damm. Das Bündnis der ML-orientierten Gruppen löste sich damit auf, denn die „RIM" mobilisierte weiter zu ihrer üblichen 13-Uhr-Demo mit den üblichen 1500 Leuten. Am Oranienplatz wurde zwei Stunden lang auf den Beginn der Demo gewartet, untermalt von lauter Musik vom nun bereits „traditionellen" Tieflader. Alec Empire mit „Atari Teenage Riot" spielte zum Demo-Tanz auf und verlieh dem Demozug, der gegen 20 Uhr losging, einen Hauch von Love- oder Hate-Parade. Etwa 15.000 Menschen nahmen an der Demo teil, in deren Verlauf die Bullen sich verglichen mit den Vorjahren eher zurückhielten. Am Kottbusser Damm kurz vor Ende der Demo kam es zu Auseinandersetzungen mit einer kleinen Bullen-Einheit, die Tränengas einsetzte, ein paar Schaufensterscheiben gingen zu Bruch. Daraufhin prügelte eine Einheit der Bereitschaftspolizei sich rund zweihundert Meter durch die Demo, Tausende flohen panisch, rund um den Kottbusser Damm begann die Randale.
Fest: Wie im Vorjahr gab es ein Fest am Humannplatz (Prenzlauer Berg) und eines am Mariannenplatz (Kreuzberg), die beide friedlich zu Ende gingen.
Randale: Nach der Auflösung der Demo knallte es in den Kiezen rechts und links des Kottbusser Damms, später verlagerten sich die Auseinandersetzungen in den Bereich Skalitzer Str./Reichenberger Str.; längere Zeit war die Kottbusser Brücke schwer umkämpft.
Nazis: Die zentrale Demo der NPD-Nazis in Bremen war kurz vorher endgültig verboten worden, eine erfolgreiche Ausweichdemo gab es nicht. Dafür gab es in Bremen eine von den Bullen trotz Verbots geduldete antifaschistische Demo.
Bilanz: 5000 Polizisten im Einsatz(?), davon 159 verletzt. 21 Beamte wurden wegen Körperverletzung im Amt angezeigt. Es gab 133 Festnahmen, 28 Haftbefehle, 17 Haftverschonungen, 11 Leute in U-Haft. Die „taz" schreibt, daß die Zahl der verletzten Demonstranten „in die Hunderte" gehen dürfte. 35 kaputte Schaufenster, 13 umgeworfene Bauwagen, 12 beschädigte Polizeifahrzeuge, 41 Mal Schäden an PKW.
Skandale: Ein Polizist zerschlug seinen Holz-Schlagstock auf dem Kopf einer Frau. Obwohl das nicht zum ersten Mal geschah (kam in den 80er-Jahren bereits vor), reagierte der Innensenat diesmal und rüstete in relativ kurzer Zeit die Polizei mit Plastik-Schlagstöcken aus. Von dem Polizisten konnte nur die Einheit festgestellt werden. Die 23.Hundertschaft der Bereitschaftspolizei blieb ihrem Ruf als Prügeltruppe treu und schlug so wild um sich, daß selbst die Polizeiführung sie nicht stoppen konnte. Medienberichte kolportierten später, in der Einsatzzentrale der Polizei sei es

darüber zu heftigem Streit bis kurz vor körperlichen Auseinandersetzungen gekommen; ein Polizeiführer sei persönlich losgefahren, um die Truppe vor Ort zu stoppen, und dafür als „Warmduscher" beschimpft worden.

Nachher: Innensenator Werthebach und Polizeipräsident Saberschinsky vermeldeten wie immer den Erfolg des Einsatzkonzeptes, weniger Gewalt als im Vorjahr und so weiter. Die Medien beklagten wie immer das Ritual „1.Mai". In der Interim wurde ebenfalls wieder mal Ritual und Sinnentleerung beklagt, dazu Alkoholismus (auch eine Demo-Kritik, die seit mindestens 20 Jahren aktuell ist). Der Demo-Leitung wurde vorgeworfen, insbesondere am Ende versagt zu haben, als sie die Demo zu schnell für aufgelöst erklärte und keine konstruktiven Durchsagen machte; stattdessen spielte die Musikgruppe weiter, während die Bullen die Demo aufmischten.

1.Mai 2000

Vorher: Schon eine Weile vor dem 1.Mai heizten Innensenator Werthebach und die Polizeiführung die Stimmung an. Es hieß, die autonome Szene habe noch „nie zuvor so militant" mobilisiert. Schlimmste Gewalt, selbst Tote seien zu befürchten. Das richtete sich nicht nur gegen die revolutionäre 1.Mai-Demo, sondern auch gegen die Antifa-Mobilisierung nach Hellersdorf, wo die NPD zur bundesweiten Nazi-Demo rief, um ihre Erfolge des Jahres 2000 (zwei in Berlin durchgesetzte Demos im Frühjahr) fortzusetzen. Das politische Ziel des Innensenator dabei war schon seit längerem, in der Innenstadt und besonders im Regierungsviertel einen Freibrief zum Verbot aller ungenehmen Demonstrationen zu bekommen. Zum ersten Mal fand der revolutionäre 1.Mai in Berlin unter den Augen der Bundespolitik statt. Die politischen Themen waren ansonsten „die üblichen": Hauptstadt- und Großmachtswahn in Deutschland, Nazis und Rassismus, Anti-AKW-Widerstand...

Walpurgisnacht: Die Walpurgisnacht in Prenzlauer Berg verlief friedlich. Es gab am Kollwitzplatz und im Mauerpark kommerziell organisierte Peste, die mit der Polizei abgesprochen waren. Tausende waren da, alles blieb weitgehend friedlich, die Bullen hielten sich zurück und waren kaum wahrnehmbar.

Demo: Wie im Vorjahr wurde die Demo hauptsächlich von AAB- und kommunistisch-autonomen Gruppen vorbereitet und sollte abends am Oranienplatz beginnen. Als Reaktion auf die immer unpolitischer werdende Demo organisierten 15 vor allem antifaschistische, anarchistische und kommunistische Gruppen einen Unabhängigen Block, der mit einem eigenen Lautsprecherwagen teilnehmen sollte. Die geplante Route in die Friedrichstr. und das Regierungsviertel – ein seit Jahren oft vorgeschlagener Weg zum Machtzentrum – wurde polizeilich verboten, stattdessen eine Route durch Kreuzberg/Neukölln zurück zum Oranienplatz vorgeschrieben. Diese Auflage sowie etliche weitere (vorgeschriebene Stockstärken und Transparent-Maße, Veranstalter muß Inhalt auf Strafbarkeit prüfen, keine Lautsprecherdurchsagen wenn Polizei spricht, Lautsprecher nur nach vorne und hinten, max.85dB, Route nach Mitte verboten...) wurden bis in die allerletzte Instanz gerichtlich bestätigt, lediglich die Aufteilung in Marschblöcke konnte die Polizei nicht durchsetzen. Damit hatte die Polizei mehr Schikanen als je zuvor gegen die Demo erwirkt. Mittags lief wie immer die „RIM" mit knapp 1000 Leuten durch den Kiez. Abends begann die Demo, zu der rund 15.000 Menschen gekommen waren (die Bullen sprachen von 5000, die VeranstalterInnen von 20.000), mit guter Stimmung und zurückhaltender Polizeitaktik. Vorher war der Lautsprecherwagen des Unabhängigen Blocks von der Polizei wegen „Panzerung" und das eigene Leittransparent beschlagnahmt worden. Der Schlagzeuger einer Band, die spielen sollte, wurde wegen Besitz eines „Schlagwerkzeuges" verhaftet. So mußten einige Organisatoren des Unabhängigen Blocks auf dem Sattelschlepper mitfahren. Es gab zweimal Auseinandersetzungen mit Bullen, bei denen die Demo sehr geschlossen blieb und die Polizei sich zurückzog. Als die Demo den Endplatz (Oranienplatz) erreicht hatte, kam es aus nichtigem Anlaß zur Eskalation, es flogen Steine, die Polizei rückte sofort mit mehreren Wasserwerfern und hunderten Bullen gegen die Demo vor.

Fest: Wie im Vorjahr gab es ein Fest am Humannplatz (Prenzlauer Berg) und eines am Mariannenplatz (Kreuzberg), die beide friedlich zu Ende gingen. In der Bergmannstr. in Kreuzberg organisierte die Polizei ein Fest, um Jugendliche vom Randalieren abzuhalten. Es verfehlte sein Ziel völlig und wurde hauptsächlich von Kindern und deren Eltern besucht.

Randale: Nach der Auflösung der Demo erfaßte die Randale bis gegen Mitternacht den Oranienstraßen-Kiez. Die Bullen achteten sehr darauf, die Grenzen nach Mitte dichtzuhalten (den ganzen Tag über hatten sie schon mit mindestens 500 BGSlern den Bereich Friedrichstraße besetzt gehalten). Mehrere große Zivilbullen-Trupps mit Tonfas zeichneten sich durch brutale Einsätze aus, laut Polizei waren es insgesamt 100 Beamte.

Nazis: Die NPD konnte über 1000 Nazis aus ganz Deutschland in Hellersdorf versammeln und wurden von 2300 Polizisten geschützt. Nur 300-500 Antifas kamen durch die massiven Polizeikontrollen durch. Ca. 150 Linke wurden festgenommen (Beliner Kurier spricht von 400), außerdem 10 Nazis. Eine AAB-Gegendemo war wegen „Gewaltbereitschaft" verboten worden, lediglich ein vom Bezirksamt unterstütztes Straßenfest in einiger Entfernung war genehmigt. Ein erfolgreiches Stören der Nazis gelang kaum, seit Jahren hatten diese nicht mehr so einen erfolgreichen 1.Mai.

Bilanz: 6500 Polizisten im Einsatz (davon ca. 100 AHA-Kräfte und mindestens 100 Zivilpolizisten), 2200 aus anderen Bundesländern. 283 Polizisten verletzt, (25 stationär behandelt). 401 Festnahmen am ganzen Tag (157 aus Berlin, 59 von auswärts, 4 ausländisch), davon 91 wegen Straftaten; 29 Haftbefehle, 18 Haftverschonungen, 11 Leute in U-Haft. Rund 200 Verletzte. 20 demolierte BVG-Häuschen.

Skandale: Ein Mann wurde von Zivilbullen festgenommen, auf einen abgelegenen Parkplatz gefahren, wo sie sich vermummten und ihn brutal zusammenschlugen. Er kam danach auch noch in U-Haft. Andere Zivilbullen schlugen „grundlos" mit Tonfas auf zwei Menschen am Straßenrand ein, woraufhin sie von zwei zivilen „Aufklärern" des MEK angezeigt wurden. Ein Polizist aus Leipzig, der in seiner Freizeit in Berlin war, wurde nach dem angeblichen Werfen einer Sektflasche auf einen Wasserwerfer festgenommen.

Nachher: Innensenator Werthebach und die Polizeiführung (neben Polizeipräsident Saberschinsky tat sich der Leiter der Schutzpolizei Piestert besonders hervor) folgten weiter ihrem Kalkül, im Vorfeld alles groß aufzubauschen, um dann hinterher als bravouröse Retter dazustehen, wenn alles nicht so schlimm gekommen war. Innensenator Werthebach kopierte Schönbohms Spruch, es gebe „kein Grundrecht auf Krawall", sah aber nun den 1.Mai nicht mehr als geeignet für das Thema „Demonstrationsrecht" an. Piestert behauptete, der Krawall sei „funkgesteuert" angefangen worden, der Himmel sei „schwarz von Steinen" gewesen, und ähnlichen Quatsch. Die Bundespolitiker aus dem Bereich Innere Sicherheit reihten sich nahtlos ein in das übliche Nach-1.Mai-Gelaber über Demonstrationsrecht (CDU dagegen, SPD dafür), Polizeitaktik und erschreckend-viele-am-Krawall-beteiligte-Jugendliche. Umstritten war der Beginn des Krawalls. Die „taz" veröffentlichte Ausschnitte des Funkprotokolls, vermutlich falsch interpretiert, die eine provokative Festnahme der Polizei am Ende der Demo belegen sollten. ... weiter, weiter!

1.Mai 2001

Vorher: Das erste Mal seit Bestehen der Revolutionären 1. Mai Demonstration hat Innensenater Werthebach diese verboten, weil in den vorigen Jahren von dieser Demonstration Gewalt ausgegangen sei. Die ebenfalls verbotene NPD-Demonstration wurde am 25.4.2001 vom Verwaltungsgericht wieder erlaubt, aber nach Hohenschönhausen abgeschoben. Die Linken liessen Strategien für dezentrale Aktionen verbreiten, was die Polizei gerne aufgriff, um das Gefahrenpotential trotz Demoverbot hoch zu halten. Motto der verbotenen Demo sollte „Preussen bleibt Scheiße!" sein. Auch wieder die Rede von Krawalltouristen und dass endlich Schluß sei mit Randale in Kreuzberg (Werthebach).

Walpurgisnacht: Die Walpurgisnacht in Prenzlauer Berg verlief friedlich. Es gab am Kollwitzplatz und im Mauerpark kommerziell organisierte Peste, die mit der Polizei abgesprochen und organisiert waren. Tausende waren da, alles blieb weitgehend friedlich. Eine „Reclaim the Streets" Aktion, die am Kollwitzplatz starten sollten, verlief sich wegen des dortigen Volksfestes. Im Vorfeld hatte die Polizei jedoch Probleme, Veranstalter für das Fest im Mauerpark zu finden, weil das Image der unkontrollierbaren Feste hängen blieb und Veranstalter mit linken Drohbriefen bedacht wurden. Auch das nicht angemeldete Fest mit Lagerfeuern, Feuerspuckern etc. im Volkspark Friedrichshain mit vielen hundert Leuten verlief friedlich. Nur bei der ebenfalls nicht kommerziellen Feier am Boxhagener Platz in Friedrichshain gab es Krawalle mit Barrikaden und Kessel, nachdem die Polizei einen Betrunkenen festgenommen hat.

Demo: Die 13-Uhr-Demo verlief wie immer folgenlos und friedlich. Später strahlten die RIM-Leute, dass ihre Demo (im Gegensatz zur Revolutionären Demo) das 14. Mal in Folge am Ziel angekommen sei. Angela Marquardt meldete ebenfalls für 13 Uhr eine „Demonstration gegen das Verbot linker Kritik" an, die vom Lausitzer Platz startete. Ca. 5000 Leute nahmen teil und alles verlief friedlich.

Fest: Wie jedes Jahr gab es ein Volksfest am Mariannenplatz, was sehr gut besucht war. Fast genau 18 Uhr löste sich das Fest in Panik auf, als die Polizei mit Wasserwerfern und Greiftruppen auf den Platz kam, um Steinewerfer zu lokalisieren.

Randale: Nachdem es zu kleineren Scharmützeln um den Oranienplatz kam, den die Polizei hermetisch abgeriegelt hatte, wurden die Demonstranten aufgefordert, das Gebiet in Richtung Mariannenplatz zu verlassen, wo das Volksfest noch in vollem Gange war. Die Polizei versuchte, einige Menschen auf dem Weg dahin einzukesseln, woraufhin erstmal massiv Flaschen und Steine flogen. Sehr schnell war die Polizei nun mit Wasserwerfern und Polizeikräften präsent, die gleich anfingen, ohne Vorwarnung auf den Mariannenplatz zu stürmen. Im Gegensatz zu den Vorjahren fanden sich nun viel mehr Unbeteiligte, oft Familien mit Kindern, in der Randale wieder. Bis tief in die Nacht halten die Krawalle an.

Nazis: Die NPD konnte nicht wie geplant am Frankfurter Tor aufmarschieren, sondern musste sich mit dem Randbezirk Hohenschönhausen begnügen. Einige hundert Nazis waren dem Aufruf gefolgt. Die Polizei riegelte die Gegend weiträumig mit einem 25 Quadratkilometer grossen Bannkreis ab, so dass GegendemonstrantInnen nur vereinzelt überhaupt in die Nähe der Nazis kamen. Eine kleine Mahnwache an der Strecke wurde faktisch so stark eingekesselt, dass die Organisatoren sie freiwillig auflösten, um die Menschen aus dem Kessel zu bekommen.

Bilanz: 9000 Polizisten im Einsatz, so viel wie noch nie. 166 Polizisten verletzt. 52 Personen (Polizisten, Demonstranten) wurden stationär behandelt. 40 davon im Kreuzberger Urban-Krankenhaus, davon wiederum waren nur 4 Polizisten. 1112 Platzverweise oder Aufenthaltsverbote. 616 Festnahmen am ganzen Tag, davon 148 wegen mutmasslicher Straftaten. 350 Menschen wurden allein auf dem Mariannenplatz festgenommen. 36 Haftbefehle. Ca. 50000 Plastersteine sollen geworfen worden sein. Kosten des Polizeieinsatzes nach Schätzung der Polizeigewerkschaft: fast 10 Millionen Mark.

Skandale: Die Polizei war mit dem Einsatz sichtbar überfordert, ein Einsatzleiter musste abgelöst werden. Die Aufforderung an die Demonstranten, in Richtung Mariannenplatz zu gehen, war ein schwerer Einsatzfehler. Ca. 350 Menschen wurden ca. 20 Uhr auf dem Mariannenplatz eingekesselt, darunter mindestens 180 rechtswidrig. Bis 2 Uhr nachts wurden sie teilweise festgehalten, ohne Notdurft verrichten oder etwas essen zu können. Ein Innenausschuss soll sich damit befassen.

Nachher: Innensenator Werthebach kündigte gleich an, auch in den kommenden Jahren Demonstrationen am 1. Mai verbieten zu wollen, während die Grünen seinen Rücktritt forderten. Einen Erfolg wollte Werthebach nicht sehen, aber es sei ein Fortschritt gewesen, die Krawalle auf den Mariannenplatz zu beschränken. Das erste Mal wurden 16.000 Fahndungsplakate gedruckt, auf der 85 mutmaßliche RandaliererInnen zu sehen und für deren Ergreifung eine Belohnung von 1000 DM ausgesetzt sind. Mindestens drei Männer haben sich danach der Polizei gestellt, ein Jugendlicher wurde von seinem Vater gemeldet. Die Autonomen reagierten ihrerseits mit Fahndungsplakaten, auf denen mutmaßliche Prügelpolizisten gesucht werden.





In den letzten Jahren hat die Polizei immer wieder brutale Festnahmen gemacht und auch viele Leute einfach so mitgenommen. 2001 folgte außerdem eine bisher einmalige Kampagne: Die Bullen haben ihre Videobänder nach fast 100 Gesichtern, die sie dann auf Plakaten in der ganzen Stadt ausgehängt haben. Gesucht wegen Gewalttaten, 10.000 Mark Belohnung - so der Tenor dieser Kampagne. Damit waren die Bullen sehr erfolgreich. Daher ist zu erwarten, daß sie dieses Spielchen wiederholen werden. Die Kameras werden dabei oft so eingesetzt, daß sie kaum zu erkennen sind: auf Häuserdächern, aus Hubschraubern oder Fahrzeugen usw.

Seid also vorsichtig!

Hier nun einige Tips, die ihr unbedingt beachten solltet. Beobachtet ihr Festnahmen oder habt ihr selbst Ärger, dann könnt ihr euch folgende Adressen wenden:

EA, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, Tel 69 222 22

Rote Hilfe Berlin, Kreuziger Str. 18, 10247 Berlin, Tel/Fax 294 91 699, Mail: berlin@rote-hilfe.de

Was du mitnehmen mußt

- Personalauweis,
- Kleingeld zum Telefonieren sowie eine Telefonkarte,
- Geld für eventuelle Fahrten mit den Öffis,
- Geld für Verpflegung,
- Noch mehr Geld für den Fall, daß ihr mit dem Zug zurück müßt. Beispielsweise wenn die/der Einzige mit Fahrerlaubnis im Knast bleiben muß, ihr euch wieder Erwarten gründlich verliert o.ä.
- Medikamente, die du regelmäßig brauchst – auch im Hinblick auf einen eventuell etwas längeren Aufenthalt auf der Wache,
- Zettel und Stift,
- EA-Telefonnummer, die ihr am besten irgendwo auf die Haut schreibt, wo sie nicht durch Schwitzen oder „starken Abrieb" verschwindet. Das gleiche gilt für die öffentliche Infotelefonnummer.
- Eventuell ein kleines Sanipaket mit Spülflasche wegen CS-Gas, Verbandszeug, und Kopfschmerztabletten.

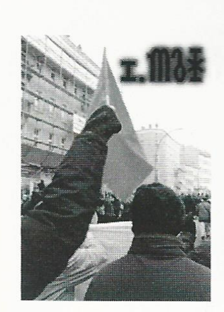
Was auf jeden Fall zu Hause bleibt:

- Kalender
- Adreßbücher
- Telefonlisten
- Jegliches politisches Material, das nichts mit der Demo zu tun hat.
- Wenn du ein Handy hast und es auf die Demo mitnehmen mußt, weil du zum Beispiel MelderIn oder OrdnerIn bist – oder es mit deiner Gruppe für notwendig erachtest, jederzeit telefonieren zu können – MUSST DU AUF JEDEN FALL ALLE EINGESPEICHERTEN RUFNUMMERN LÖSCHEN! Nur die Telefonnummern der öffentlich bekannten Infrastruktur dürfen gespeichert sein. Bedenke auch, daß mit der Wahlwiederholung deinE letzteR GesprächspartnerIn bekannt wird. Wenn du nicht gerade telefonierst, NIMM DEN AKKU RAUS! Nur das gibt Sicherheit vorm Abgehörtwerden und davor, eine Datenspur zu legen (s. Kapitel IV, „Überwachung").
- Drogen aller Art haben auf Demos und allen anderen politischen Aktionen nichts zu suchen.
- Gleiches gilt für Hunde und Fahrräder – außer, es handelt sich um eine Demonstration gegen die Erhöhung der Hundesteuer oder eine Fahrraddemo.

Macht euch eine Checkliste, anhand derer ihr vor der Abfahrt noch mal überprüft, ob alle das Nötige dabei haben und das Überflüssige zu Hause lassen.

Zur weiteren Lektüre empfehlen wir die Broschüre **„Durch die Wüste - Ein Antirepressions-Handbuch für die politische Praxis"**, aus auch die hier abgebildeten Ausschnitte sind. Erhältlich in jedem guten linken Buchladen oder beim Unrast Verlag unter: www.unrast-verlag.de

Am Auftaktort/Auf der Demo



Wenn der Auftaktort erreicht ist, fragt, ob es neue Informationen gibt, die für euch relevant sind. Achtet auf die Durchsagen vom Lauti. Ansonsten: Laßt das Gaffen sein, reiht euch in die Demo ein. Verschaff dir einen Überblick über das Geschehen: Was für Leute gehen um dich herum? Wo sind Sanis, MelderInnen und OrdnerInnen? Was machen die Bullen? Beobachte vor allem dich! Ist die Situation okay für dich? Wenn sie es nicht ist, informiere deine Gruppe darüber und überlegt gemeinsam, wie das zu ändern wäre. Macht lieber Abstriche von euren Vorhaben, als daß eineR von euch stundenlang mit dem Gefühl der Überforderung herumlaufen muß.

Beobachte vor allem dich! Ist die Situation okay für dich?

Wenn eineR von euch die Demonstration verlassen muß, sollte dieseR nie allein gehen müssen. Auch hier helfen Absprachen im Vorfeld. Eine anstrengende oder sogar angstbeladene Situation läßt sich besser aushalten oder überwinden, wenn vorher unter euch klar ist, daß es „keine Schande" ist, sich zurückziehen zu wollen und mensch dann auch nicht allein gelassen wird oder den anderen den Spaß verdirbt.
Einhaken untereinander – also Ketten bilden – ist für die Struktur der Demo wichtig. Es macht den Bullen gegebenenfalls auch deutlich, daß sie nicht so einfach in die Demonstration einbrechen und Einzelne herausziehen können. Zivis oder Provokateure können so schwerer in die Demo eingeschleust werden. Behaltet den Anschluß an die vor euch Gehenden. Damit wird es für die Bullen schwieriger, Teile der Demo abzuspalten.



Wie könnt ihr mit einer Festnahmesituation umgehen?

Wirst du auf einer Demonstration festgenommen, rufe den Leuten um dich herum laut und mehrfach deinen Namen und die Stadt (Adresse) zu, wo du herkommst. Dies ist notwendig zur Verständigung der Rechtshilfe, damit diese sich um dich kümmern kann, oder auch für andere Leute, die rauskriegen wollen, was mit dir weiter passiert. Und es ist allemal besser für dich, wenn die Bullen auf der Wache wissen, daß andere Leute – z.B. auch AnwältInnen – mitbekommen haben, daß du bei ihnen bist.

Bei den Bullen

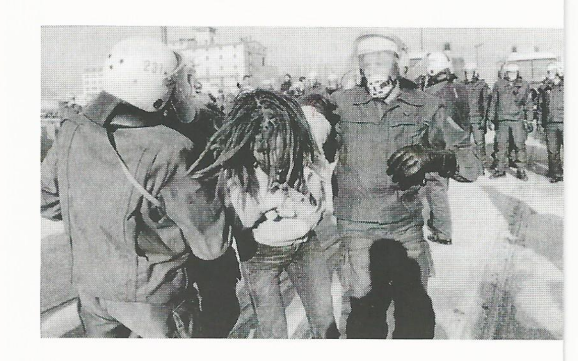
Als FestgenommeneR mußt du **nichts anderes** als die folgenden Daten angeben:

- Vor- und Zuname
- Geburtsdatum
- Geburtsort
- Meldeadresse (erster Wohnsitz)
- und die ungefähre Berufsangabe (SchülerIn, Auszubildende, StudentIn, ArbeiterIn etc.)



Dokumentation der „Gegenseite"

Nahezu jede Demonstration – unabhängig davon, ob Anti-Atom, Antifa oder Studi-Demo – wird abgefilmt und fotografiert. Die Bullen fahren hierfür jede Menge Dokumentationstrupps auf, um sich sogenanntes Beweismaterial zu verschaffen und Zusammenhänge von politisch aktiven Menschen auszuspähen. Dazu wird auch oft das Foto- und Film-Material der „Freien Presse" herangezogen. Auch der Staatsschutz ist an diesem Material interessiert. Maßnahmen, die dazu geeignet sind, die Identifikation deiner Person zu verhindern oder erschweren – ob Hassi, Pappnase oder angeklebter Rauschebart-, sind nach Paragraph 17a Versammlungsgesetz verboten (Vermummungsverbot). Wenn sich Menschen über diesen Paragraphen hinwegsetzen, nehmen die Bullen das gern zum Anlaß, gegen die gesamte Demonstration vorzugehen.



TEST IT ... Berli













30. APRIL: "Raus aus d

Wenn das

1. MAI: **11.00 Uhr:**

13.00 Uhr:

16.00 Uhr:

18.00 Uhr:

RO

AUßERDEM

UND VOM 21. -23. M

n ★ 1.Mai 2002

er Gesellschaft - rein in den Rock" - **KONZERT AUF'M ORANIENPLATZ**

Georg von Rauch wüsste - **DAS QUARTIERSMANAGEMENT FEIERT SICH IM BETHANIEN/MARIANNENPLATZ** - Uarrgh!

NAZIAUFMARSCH VERHINDERN! Achtet auf aktuelle Ankündigungen!

International kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung!" -
DEMO AB ORANIENPLATZ

Kriegstreiber stoppen, Kapitalismus zerschlagen!" -
DEMO AB BOLLE-RUINE/GÖRLITZER BAHNHOF

Macht verrückt was Euch verrückt mach!" -
DEMO AB ORANIENPLATZ
SA-LUXEMBURG-
STRAßENFESTE AUF'M HUMANNPLATZ (PRENZLAUER BERG)
MARIANNENPLATZ (KREUZBERG)

AI WIRD KRÄFTIG AUF DEN BUSH GEKLOPFT!!!

V.i.S.d.P.:D.Kolenda, Märkische Allee 66, 12681 Berlin



Tote tragen keine Karos

Autonome Gruppen antworten auf militante gruppe, autonome miliz und revolutionäre aktion carlo guiliani.



Wir haben uns sehr über die Initiative der Gruppen mg (militante Gruppe), am, racg (revolutionäre aktion carlo giuliani) gefreut, eine - nennen wir es mal - militante Debatte zu eröffnen. Zu häufig versandeten die Ansätze in den letzten Jahren und auf Beiträge einzelner Gruppen wurde so gut wie nie eingegangen. Hier nun eine Antwort und ein Beitrag, der auch andere Gruppen anregen soll, sich zu äußern.

In der bisherigen Debatte vermissen wir vorallem zweilerlei, eine realistische Analyse der Situation und konkrete Vorschläge. Wir halten die Debatte für relativ technisch und damit der Lage nicht angemessen. Aber was in unseren Augen nicht ist, kann ja noch werden. Wir schicken gleich voraus, dass auch wir den Stein der Weisen trotz intensiver Suche noch nicht gefunden haben. Vielleicht kommen wir ihm aber gemeinsam ein Stück näher.

Es gibt in der Debatte bisher wenig ausgearbeitete Positionen, an denen man sich reiben kann. Das meiste klingt glatt und abgeschliffen. Eine klare Richtung scheint es zu geben, es geht voran. Wir bezweifeln, dass die Dinge so einfach sind und sind der Auffassung, dass mit Konsenspapieren und gegenseitigen Lobhudeleien niemandem gedient ist. Beiträge, die so allgemein gehalten sind, dass sie zeitlich auch vor zwanzig oder mehr Jahren hätten geschrieben sein können, führen nur wenig weiter. Die aktuelle Bezüge sind oft sehr unkonkret. (Teilt ihr von der racg nun die Ablehnung der mg, sich auf Bewegungen zu beziehen oder ist euer Vorschlag für einen „Konsens unter Militanten" als Positionierung dafür zu verstehen?)

Neben der beklagten Glätte haben wir natürlich auch Kritik an einzelnen Auffassungen. Sie soll sachlich und solidarisch sein, auch wenn mit Zuhilfenahme einer Goldwaage uns sicherlich nachgewiesen werden könnte, diesem Anspruch nicht immer gerecht zu werden. Es geht uns nicht darum, Positionen platt zu machen, sondern um eine Genauigkeit in der Auseinandersetzung. Die brauchen wir umso mehr, weil in unseren Kreisen jeder Fehler mehr wiegt als in anderen Bereichen linker Politik.

Wir denken, dass militante Initiativen überhaupt nur dann eine Chance haben wahrgenommen zu werden und eine Kontinuität entwickeln, wenn sie an öffentliche Projekte angebunden sind, also quasi als deren militanter Arm agiert wird. Dies hat zwar viel mit Abhängigkeiten zu tun, aber die Entkoppelung führt bestenfalls nur in die totale politische Isolation, schlimmstenfalls - wie bei der AIZ (Antiimperialistischen Zelle) - in eine wirre und abstruse Form der Praxis. Und die Abhängigkeit ist natürlich eine gegenseitige, denn wenn sich die politische Stossrichtung einer Kampagne weg von den eigenen politischen Überzeugungen entfernt, wird man sich sicher nicht daran beteiligen und militant intervenieren. Über Papiere und Erklärungen haben Militante jederzeit die Möglichkeit, politischen Einfluss zu nehmen, genauso wie umgekehrt.

Wir werden deshalb daran festhalten, uns im Wesentlichen auf bestehende Kämpfe und ihre Protagonisten zu beziehen. Dies ist nun mal in allererster Linie die vielgescholtene Szene, ob uns das gefällt oder nicht.

Andere Analysen sehen wir als völlige Verkennung der gegenwärtigen sozialen und politischen Verhältnisse an. Eine Hinwendung zu sogenannten anderen „gesellschaftlichen Sektoren" erscheint uns im Einzelfall durchaus sinnvoll, aber aktuell als Grundlage breiterer militanter Kampagnen völlig unrealistisch.

Ein gutes Beispiel für eine entsprechende Einbettung in den letzten Jahren ist die Verzahnung von Massenprotesten, Straßenwiderstand und gezielten oftmals koordinierten militanten Angriffen im Zusammenhang mit den Castortransporten. Auch wenn ihre politischen Begrenztheit und die Formen von Event-Politik zu kritisieren sind. Vielleicht, so kühne Hoffnungen, könnte sich die Antiglobalisierungsbewegung zu einem stärkeren Bezugspunkt entwickeln, an der Stelle, wo sie eine gesellschaftliche Diskussion über die Legitimität der totalen Vernutzung alles Lebendigen und aller Ressourcen auf dieser Welt entzünden will.

Den Weg - die militanten Zusammenhänge geben über ihre Praxis eine inhaltliche Linie vor, an der sich andere öffentlich arbeitende Gruppen orientieren können - sehen wir beim momentanen Kräfteverhältnis als nicht gangbar an. Auch nicht mit drei, vier oder fünf koordiniert vorgehenden Gruppen unserer Art. Derartige Initiativen drohen schnell zu versanden und damit zu scheitern.
Erst in den letzten Jahren hätte die RZ-Flüchtlingskampagne die Resonanz in der Linken, deren Nichterreichen eine RZ 1992 im Papier „Ende unserer Politik" als Teil ihrer Niederlage festgestellt hatten. So gab es in den letzten Jahren eine Reihe militanter Interventionen im Flüchtlingsbereich. Das soll nicht heissen, dass nicht auch wir es für notwendig halten, die veränderte gesellschaftliche Situation zu begreifen und nach angemessenen Angriffspunkten zu suchen. Dazu gehört unseren Erachtens aber auch, möglichst nur noch neue Fehler zu machen: sich weder in der Suche nach dem revolutionären Subjekt noch in wohlstandschauvinistischer Selbstbezogenheit zu verlieren. Wenn ihr einen guten Vorschlag habt, auf welchem Weg wir den Herrschenden so richtig was vor den Latz knallen können, finden wir das voll klasse und werden uns bestimmt nicht beklagen, dass nicht alle gleichzeitig drauf gekommen sind. Aber so manche Idee finden wir so gar nicht vorne dran.

Die Diskussion über Liquidierung - allein schon ein strategisches Nachdenken - halten wir in diesen Zeiten für völlig verfehlt. Natürlich würde das Ableben eines bekannten Hamburger Senators auch bei uns für mehr als ein Lächeln sorgen, wir können aber darin keine Strategie erkennen, welche die (militante) Linke nach vorn bringt. Auch die RAF hat das längst erkannt und dies vor mittlerweile zehn Jahren in einer Erklärung benannt. Die RZ hat von Anfang klargestellt, dass Liquidierung nicht zu ihrer Praxis gehören. So wie die Verhältnisse zur Zeit sind, tragen Tote nichts aus, führen weder zu grösseren Mobilisierungen, noch stärken sie die Linke. Sie bringen uns einer befreiten Gesellschaft nicht einen Zentimeter näher und deshalb denken wir auch nicht ansatzweise darüber nach, unsere Praxis so zu erweitern.

Durch alle Papiere zieht sich die Frage nach einer Kontinuität nicht nur der Aktionen, sondern auch des die Erklärung unterschreibenden Zusammenhangs. Die aufgeworfenen Fragen sind aber unserer Meinung bisher nur zum Teil benannt. Alle militanten Gruppen mit Ausnahme der RAF hatten die Vorstellung der Vermassung ihrer Aktionsformen. Wir befürchten, dass mit zunehmender Vereinheitlichung der Unterschriften die Konsumierbarkeit und Distanz zu solchen Aktionen zunehmen könnte. Bei einigen könnte das Gefühl entstehen, dass mensch ein ungeheurer Spezialist sein muss, um so etwas praktisch umsetzen zu können, bei anderen die Vorstellung, warum denn selbst aktiv werden, dafür gibt es doch die Organisation xy, welche das schon machen wird. Die Gefahr ist jedenfalls groß, dass die eigene Hemmschwelle nicht überwunden wird. Wir sind auch der Meinung, dass mit der gewünschten erkennbaren Kontinuität die Gefahr einer leichteren Identifizierung durch die Ermittlungsbehörden steigt. Desweiteren sind wir skeptisch, ob unsere Zusammenhänge auf Dauer diesem Druck gewachsen wären.
Diesen Zwiespalt überbrücken seit Jahren viele, indem sie sich Autonome Gruppen nennen. Dieser Idee könnten sich im Grunde noch viel mehr militante Linksradikale anschließen, denn es gibt weder eine Hierarchie der Mittel, noch der verschiedenen Niveaus. Ein Copyright schon gar nicht: Alle sind Autonome Gruppen! Ein unmittelbares Kennen der anderen ist zum Gebrauch des gleichen Namens nicht notwendig. Je mehr Zusammenhänge diesen Namen benutzen, um so grösser auch der Schutz für die anderen. Die Idee Autonome Gruppen heisst auch nicht, dass lediglich Anschlagserklärungen so unterzeichnet werden können. Auch Diskussionspapiere, Demoaufrufe und vielerlei Initiativen mehr sind Teil davon. Dies ist die logische Folge des Prinzips der Hierarchielosigkeit der Aktionsformen, auch wenn wir das nicht durchgängig so sehen. Aber nach wie vor gilt, dass militante Interventionen nur ein Mittel linksradikaler Politikformen unter vielen sind. Dieses Mittel muss auch immer wieder genau diskutiert und eingesetzt werden, wobei diese Genauigkeit sich auch auf den Einsatz des konkreten Mittels bezieht. Manchmal können kaputte Fensterscheiben politisch mehr bewirken als ein Sprengsatz.

Autonome Gruppen sehen wir allerdings auch nicht als ein völlig beliebiges Sammelbecken politischer Aktionen. Das Prinzip der Offenheit allein ist ja noch keine politische Bestimmung. Wir sehen in der Praxis und den Erklärungen Autonomer Gruppen schon ein gewisses politisches Profil und Verständnis, das sich mit den Jahren entwickelt hat (und sich auch weiterentwickeln muß), was auch in der Öffentlichkeit sichtbar geworden ist.

Wir glauben und hoffen nicht, dass es durch die Verwendung von „Markennamen" ein erhöhtes Interesse für unsere Erklärungen gibt. Denn wenn das so wäre, würde es zwar viel über diejenigen sagen, die dieses erhöhte Interesse hätten, aber nichts über die Qualität des Inhaltes. Es wäre lediglich Ausdruck einer Autoritätsfixiertheit, wonach Papiere von xy eben gelesen und diskutieren werden müssen. Wir glauben schlichtweg, dass viele Erklärungen (auch die unsrigen) aus gutem Grund kaum wahrgenommen und diskutiert werden, weil wir oft wenig und kaum Neues zu sagen haben. Es wäre fatal, wenn dieses Wenige aufgrund eines Markennamens erhöht werden würde. Militante Gruppen haben keinen Anspruch, inhaltlich ernster genommen zu werden, als alle anderen. Wenn ein Papier inhaltlich schlecht oder nichtssagend ist, wird es nicht aufgrund einer damit verbundenen Aktion auf einmal gut.
Allerdings sollte die Aktion im Wesentlichen sowieso für sich selbst sprechen. Auch über neue Wege der Vermittlung wäre weiter nachzudenken.

Die Linke in diesem Land ist so schwach wie seit Jahren nicht mehr. Das System steht momentan noch nicht einmal vor einem Legitimationsproblem. Konsum, der Fetisch des Geldes, das Patriarchat, Militarismus und vieles mehr feiern fröhlich ein Comeback oder erfreuen sich verschärfter Beliebtheit. Sie werden von keiner relevanten gesellschaftlichen Gruppe in Frage gestellt. Rassismus ist eine ebenso schlimme Realität wie das Anerkennen von Herrschaft und Ausbeutung als eine Art Naturgesetz. Die Linke - die es so auch nicht gibt - ist auf sich selbst zurückgeworfen.

Hier stellt sich die Frage, was militante Politik überhaupt leisten kann. Die racg zitieren die RZ mit der Äußerung, dass gut ist, was die Bewegung weiterbringt, bzw. die Widersprüche verschärft. So richtig wir das finden, aber Ausgangspunkt dafür muss klar sein, zu kapieren, was diese „Widersprüche" heute überhaupt sind. Dazu sollte auf die Analysen von 1981 schon mal ein Blick von 2002 geworfen werden. Die sozialen Bewegungen, die damals gerade mal im Entstehen begriffen waren gibt es nicht mehr. Die Demaskierung des Systems, die seinerzeit Tausende mobilisierte, lockt in ungeschminkten Verhältnissen keinen Hund mehr hinterm Ofen vor. Auf den formulierten Ansprüchen einer Gesellschaft baut das „mit dem Widersprüche verschärfen" aber auf, soll nicht stumpfeste Verelendungstheorie verbreitet werden. Um den gegenwärtigen Modernisierungsschub soweit zu analysieren, dass Angriffe zu nicht zu ignorierbaren Treffern werden, brauchen wir noch eine Menge Diskussion.

Wenn es um gemeinsame Stossrichtungen gehen soll, ist die öffentliche Ebene unverzichtbar. Militane Aktionen und öffentliche Veranstaltungen ergänzen und verzahnen sich und erhöhen so den Druck auf den Gegner. Natürlich nur punktuell an bestimmten Fragen und Projekten, aber immerhin. Ein Erfolg an einem Punkt bedeutet immer auch, dass zumindest eine Option auf einen revolutionären Prozess besteht. Eine militante Praxis, eingebettet in öffentliche Kampagnen, macht auch den dort arbeitenden AktivistInnen klar, dass es politische Initiativen jenseits des Flugblattverteilens gibt. Die Aktionen bekommen eine Ausstrahlung und lassen die Herzen aller Beteiligter höher schlagen. Die Einbettung sorgt für einen politischen Schutz der militanten Aktion und ihrer ProtagonistInnen. Was politisch nicht eingebettet und damit isoliert ist, läßt sich auch von der Form her von interessierter Seite leichter diskreditieren.

Nicht zuletzt deshalb denken wir, derzeit nur die kleinen Machtfragen stellen zu können. Das ist gar nicht so wenig in einer Zeit, in der die Herrschenden zu verstehen geben, dass Krieg zwar ziemlich scheisse ist, die Natur weiter zerstört wird und die Armen bald noch ärmer oder tot sein werden, ABER dass es keine Alternative dazu gäbe. Wenn nicht einmal mehr eine noch so entfernte technokratische Hoffnung für alle Menschen geboten wird, kann jede kleine Aktion zeigen, dass wir auch anders können. Oder um es mit den Worten zu sagen, die im Revolutionären Zorn Nr. 6 auf besagten Vorschlag eines Netzes autonomer Gruppen folgen: „Es geht uns - platt gesagt - zunächst und vor allem um die Zersetzung des Fundamentes von Herrschaft, nämlich Ohnmacht, also um die Veränderung der Menschen und nicht darum den Staat zu kippen."

Wir sehen reichlich Grautöne zwischen dem Weissen und dem Schwarzen. Die Fragen sind zahlreich, auch ihr habt einige aufgeworfen, obwohl eure nicht unbedingt die unseren sind. Aber solidarisch geführte Diskussionen stärken uns alle. Daher sind auch wir immer an Vernetzungen militanter Gruppen und gemeinsamen strategischem Vorgehen interessiert. Lasst uns konkrete Ziele diskutieren. Aber nur in einer praktischen militanten Debatte werden wir rausbekommen, ob wir uns auch politisch nahe sind, oder nur ähnliche Politikformen praktizieren.

Autonome Gruppen April 02



Militant Manifesto -

So hieß es vor einem halben Jahr:

Der folgende Text ist ein Anfang und soll zur Debatte, Ergänzung, Verbesserung anregen. Er kam zustande, weil uns nach dem Genua-Gipfel erstens die öffentliche Unsichtbarkeit militanter Positionen, die kaum versuchte Vermittlung unserer Aktionen auffiel; zweitens weil in Genau auch von Seiten Militanter einiges passiert ist, mit dem wir gelinde gesagt Probleme haben. Auch wenn es nicht in dem Ausmaß vorgekommen ist wie teilweise behauptet, gab es eben doch das Anzünden kleinerer Autos und den Brand in einer Bankfiliale in einem Wohnhaus. Wir gehen davon aus, daß das nicht (nur) das Werk von Provokateuren ist, sondern einen Hintergrund in verschiedenen Vorstellungen von linksradikaler, militanter Aktion hat. Darüber möchten wir gerne diskutieren, auch um herauszufinden, wovon die unterschiedlichen Herangehensweisen bestimmt sind: von rein politischen Differenzen? von länder-, sprachraum-, kulturspezifischen Besonderheiten? oder wovon noch? Uns interessiert, wie in Polen, Griechenland, Spanien oder England innerhalb der Militanten darüber diskutiert wird und ob es möglich ist, für kommende Gipfel so etwas wie eine gemeinsame Ebene der Militanten zu finden.Unsere Idee ist, den Text entsprechend der Reaktionen weiterzubearbeiten und in mehrere Sprachen zu übersetzen, um eine grenzüberschreitende Wirkung zu erzielen. Vielleicht finden sich ja auch jetzt schon spontan ÜbersetzerInnen? Veröffentlichen tun wir ihn in ein paar linksradikalen Zeitungen und im Internet.

Berlin, April 2002
Knapp ein halbes Jahr ist es her, daß wir unseren Text „militant manifesto" veröffentlicht haben. (interim nr.538). Die Diskussion über Militanz und politische Aktionsformen, die wir uns- vor allem unter dem Eindruck der Geschehnisse in Genua- erhofft hatten, hat aber (zumindest öffentlich) nicht stattgefunden. Zwar hat eine klandestine militante Gruppe unter ausdrücklicher Bezugnahme auf unseren Text diskutiert, aber klandestine Gruppen repräsentieren momentan nur einen sehr kleinen Bruchteil der linksradikalen, autonomen, antifaschistischen Militanten. Die unserer Meinung nach wichtigere Debatte innerhalb der großen, diffusen, oft nicht oder nur lose organisierten militanten Szene insgesamt über ihre Umgangsformen und Möglichkeiten hat kaum stattgefunden, oder nur in internen Zirkeln, von denen wir nichts mitgekriegt haben.
Über die Gründe können wir nur spekulieren;
-wurden die darin geäußerten Thesen von allen geteilt und als selbstverständlich betrachtet?
-Lesen diejenigen, die sich eher „austoben" und nicht in Gruppen organisiert sind so was erst gar nicht und sind damit für uns sowieso nicht erreichbar?
-sind die „AktivistInnen so dermaßen mit praktischer Organisierung des nächsten events/der Nachbereitung des letzten events beschäftigt, das für solch grundlegende Gedanken keine Zeit bleibt???
Oder ist es vielleicht sogar so, das es einen Zusammenhang gibt zwischen dieser Sprachlosigkeit, dieser Diskussionsunwilligkeit über eher grundsätzliche Haltungen zu einem militanten Selbstverständnis und der mitunter verbreiteten „Wir sind die Guten, wir sind unschuldig, der Staat, die Polizei hat aber angefangen" – Haltung????
Auf jeden Fall: Schade! Denn wir finden es nach wie vor richtig, im Wechselspiel von solidarischer Kritik und praktischer Aktion die Option von Militanz, und damit auch politischer Gewalt, für die Linke aufrechtzuerhalten.

Der Text sollte (und soll immer noch) ein work-in progress sein. Er soll mithelfen die Sprachlosigkeit zu überwinden, bzw. „der linken Bewegung mehr politischen Spielraum verschaffen, indem sie sich über sich selbst und ihre Aktionsformen austauscht, sich ihrer eigenen Rolle bewußter wird, auch und gerade in ihrem Verhältnis nach außen - denen gegenüber, die sie für sich gewinnen will", wie wir in unserem ersten Text schrieben.
Die Notwendigkeit besteht weiterhin, daran haben auch die Mobilisierungen nach Brüssel, München und Barcelona nichts geändert- im Gegenteil: hier hat sich neben der Heterogenität der Bewegung auch gezeigt, daß es mit der „Internationale der Militanten" nicht so weit her ist. Wenig Diskussion, wenig Koordination, wenig internationaler Austausch, der dann meistens, so er stattfindet, an sehr Wenigen hängt.
Eine internationale Diskussion unter Linksradikalen. Autonomen, Anarchisten, Kommunisten, Militanten...ist mehr als überfällig, wenn wir den Kampf um die Veränderung dieser unerträglichen Realität nicht nur als einen wohlformulierten Reform- und Forderungskatalog begreifen wollen.
Verschiedene internationale Zusammenhänge bereiten für die nächste Zeit eine internationale Befragung, eine „Consulta" in Europa vor. Die Consulta soll auch Mittel zur Diskussion und Verständigung der diffusen aussrparlamentarischen Anti-Globalisierungsbewegung sein. Wir fänden es wichtig, das auch die militante Option für politische Kämpfe in dieser Diskussion eingebracht wird.

Nochmal zurück in den Vorgarten:
Gerade rund um den 1.Mai, und gerade in diesem Berliner Frühling der Spaltungen, sehen wir die von uns benannten Punkte als unverändert diskussionswürdig an. Wir möchten aber auch noch einmal betonen, daß ein „manifesto" kein ausführliches Programm sein kann und will, sondern versucht, bestimmte Ideen und Fragen zum Thema zu machen. Es will die Diskussion nicht beenden, sondern eröffnen. Es beinhaltet Ungenauigkeiten und Statements, die im gesamten Kontext gelesen werden müssen. Zum Beispiel ist es ganz klar falsch, den Punkt 10, in dem davon gesprochen wird, wer legitimes Ziel sein kann für Aktionen, abzutrennen von den anderen Überlegungen, in denen von Verantwortung, Menschenrechten, Verhältnismäßigkeit die Rede ist. Einige Linke haben leider kein Problem damit, den Feind selbst in nächster politischer Nähe auszumachen und gewaltsam anzugreifen. Diese innerlinken Kämpfe, wie sie aktuell in Berlin an der Diskussion um den 1.Mai bzw. um Anti -Deutsche und Antisemitismus eskalieren, sind ein trauriges Beispiel für die Abwesenheit einer gemeinsamen Diskussion über Umgangs- und Aktionsformen.

Zeigen wir am 1.Mai, beim Bush-Besuch und bei vielen anderen Gelegenheiten praktisch, daß militante, linksradikale Politik Zukunft hat!
e-mail: manifesto@so36.net Netz: http://manifesto.so36.net

ein halbes Jahr danach

Das Manifesto

Notwendige Vorbemerkung

Es gab viele Gründe, diesen Text nicht zu verfassen.

Erfordert nicht die aktuelle Situation ganz andere Texte?

Machen wir uns zum Opfer eigener Mythen und fremder Klischees?

Versuchen wir, das Unverührbare zu mischen?

Gab es das nicht alles schon tausendmal?

Hat es Sinn, es trotzdem zu versuchen?

Die Antwort auf alle diese Fragen kann für uns nur sein:

Ja!

Nach dem „summer of resistance" 2001 und unter dem Medienbombardement eines neuen alten Krieges wollen wir versuchen, freizulegen, was unter dem Schutt der Worte der letzten Monate wertvoll sein könnte. Das Zusammenkommen vieler radikaler Linker vor allem in Genua im Juli 2001 und die heftige Konfrontation mit der herrschenden Gewalt hat viele Diskussionen ausgelöst. Fragen an die radikale Linke, und eigene In-Frage-Stellungen, bekamen viel Raum, meistens leider mehr als die entsprechenden Antworten. Die trotz aller intergalaktischer Kongresse geringe tatsächliche globale Vernetzung wurde deutlich spürbar. Obwohl es in verschiedenen Ländern durchaus ähnliche (selbst-)kritische Auseinandersetzungen über die linksradikalen Politik- und Aktionsformen gab (wie wir teils wissen, teils annehmen), bleiben diese an den Grenzen der Länder und politischen Strömungen meist stehen.

Der Vorschlag des „militant manifesto" ist, miteinander zu diskutieren – über Ländergrenzen und politische Grenzen hinweg. Es geht nicht darum, ein einheitliches politisches Programm zu formulieren. Es geht nicht darum, zu disziplinieren und zu organisieren. Es geht nicht darum, anderen etwas aufzudrücken, sie zu repräsentieren. Es geht darum, der radikalen linken Bewegung mehr politischen Spielraum zu verschaffen, indem sie sich über sich selbst und ihre Aktionsformen austauscht, sich ihrer eigenen Rolle bewußter wird, auch und gerade in ihrem Verhältnis nach außen – denen gegenüber, die sie für sich gewinnen will.

Darum ist der politische Rahmen bewußt sehr weit und unscharf gefaßt.

Der Begriff „militant" wird in verschiedenen Sprachen sehr unterschiedlich verwendet. Er kann für disziplinierte Parteifunktionäre stehen oder für wilde Straßenkämpferinnen, für entschlossene Sozialdemokratinnen oder einfach für Radikale. Versuchen wir, als kämpferische linksradikale Bewegung uns den Begriff anzueignen!

Wenn wir von der militanten, also kämpferischen, Bewegung sprechen, dann umfaßt das viele verschiedene politische Strömungen und Aktionsformen. Gemeinsam ist ihnen, daß sie

- mehr Gewicht auf Handlung und Wirkung legen als auf Theorie-Arbeit,
- die gesellschaftlich vorgegebenen Spielregeln für politische Opposition bewußt brechen,
- die bestehenden Herrschaftssysteme für nicht reformierbar halten.

Aber uns verbindet noch mehr – oder könnte es:

- Offenheit: Wir sind uns des Nebeneinanders vieler Theorien und Ideologien bewußt. Sie sollen voneinander lernen und andere Wege ausprobieren. Wir verplanen keine Zukunft, ehe wir sie nicht haben.
- Hoffnung: Wir setzen darauf, daß das Neue entsteht, wenn Menschen sich bewegen, rebellieren, ihre Potentiale erkennen - einzeln wie auch kollektiv. Dem gehen wir nicht ohne Ideen, aber ohne Einheitsfront entgegen.
- Aufklärung: Wir handeln aus freiem Willen, nicht aus Pflicht gegenüber Organisationen oder Ideologien. Dazu gehört die Reflektion, woher wir kommen, wohin wir gehen, und: ebenso Menschenrechte und Ethik wie die Analyse der Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnisse.



Neben all dem sind wir AnarchistInnen, Autonome, KommunistInnen, Antagonistische Linke, Sozialrevolutionäre, Ökos, Punks, RebellInnen, „Globalisierungsgegner", WagenburglerInnen, Antifas, Entwurzelte, TheoretikerInnen, SyndikalistInnen, Antiautoritäre, Feministinnen, Forschende, Verkrüppelte, Queer, Unversöhnliche...

Wir sind nicht zufrieden mit der Gegenwart. Wir erklären die Zukunft für offen.

1. Unser Ziel: Die Herrschaft von Menschen über Menschen beenden, gleich ob sie ökonomisch, geschlechtlich, ethnisch, religiös ist.
2. Unser Weg: Die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft. Wir sehen darin einen Prozeß, der weder von heute auf morgen stattfinden kann noch lokal isoliert, insbesondere nicht in den eng verflochtenen Metropolen.
3. Wir bekennen uns zur Vielfalt der Programme. Die Erfahrung der gescheiterten „großen Pläne" und Vereinheitlichungen des 20.Jahrhunderts führt uns zu einem globalen Prozeß der Kommunikation, des Versuchens und Voneinander-Lernens, um eine bessere Welt vorstellbar zu machen. Dazu gehören auch Konflikte, denen wir uns stellen müssen und wollen.
4. Wir anerkennen keine disziplinierende Vorherrschaft einer Partei oder vergleichbaren Organisation. Die „reine Lehre" gibt es nicht.
5. Wir wollen die Macht zersetzen. Wir möchten weder an der heutigen Macht teilhaben – wie manche reformerische Projekte, etwa NGOs (Nicht-Regierungs-Organisationen) – noch die Macht für uns erobern – wie die alten hegemonialen Partei-Apparate. Wir mißtrauen allen Funktionären, die auf diese Weise vor allem persönliche Macht erobern. Doch wir betrachten die Menschen, die sich dort engagieren, nicht als GegnerInnen, sondern als BündnispartnerInnen, die wir von unserer Idee überzeugen möchten.
6. Selbstbestimmte Basisorganisationen bzw. –gruppen und deren überregionale Vernetzung betrachten wir als beste Grundlage für befreiende Prozesse bei den Einzelnen und in der Gesellschaft insgesamt.
7. Unsere Aktionsformen lassen wir uns nicht diktieren, auch nicht von BündnispartnerInnen. Aber wir respektieren Kritik und das Bedürfnis anderer, ihre eigenen Aktionsformen verwirklichen zu können.
8. Zu unseren Aktionsformen gehört auch die Anwendung politischer Gewalt. Sie ist für uns ein notwendiges, aber nicht hinreichendes Mittel im politischen Kampf. Solange die revolutionären Kräfte schwach sind, ist politische Gewalt ein symbolisches Mittel der Propaganda und kann keine Machtfrage stellen. Sie ist kein Selbstzweck, sondern taktisches Mittel. Sie ist nicht identisch mit Militanz – unsere Militanz äußert sich auch in vielen anderen Bereichen, in unserem täglichen Leben, in unserer politischen Arbeit, in Medien, Gruppen, Zentren, usw.
9. Politische Gewalt ist nicht indifferent. Sie schließt eine Vielzahl von Möglichkeiten ein, vom aktiven zivilen Ungehorsam bis zu bewaffneten Aktionen. Sie ist stets an ein gesellschaftliches Umfeld, an den Kampf um Begriffe und Deutungen, geknüpft. Welche Form welcher Situation angemessen ist, müssen diejenigen entscheiden, die sich der Situation gegenübersehen.
10. Die Anwendung politischer Gewalt bedeutet daher die Übernahme einer hohen Verantwortung für sich selbst wie für andere. Sie darf nie terroristisch, d.h. gegen Unbeteiligte gerichtet sein. Unbeteiligte sind für uns aber nicht diejenigen, die das Herrschaftssystem gewaltsam verteidigen, als Polizisten, Politiker oder Militärangehörige; ebensowenig diejenigen, die die Herrschaftsstrukturen noch verschärfen wollen, als Faschisten, Rassisten, Sexisten; und letztlich auch nicht die „oberen Zehntausend", die Menschheit und Natur in ihrem Privatbesitz wähnen.
11. Wir übernehmen Verantwortung für unsere eigenen Taten, für Erfolge wie für Fehler und Unzulänglichkeiten. Je mehr wir zusammenkommen und uns miteinander austauschen, desto schwerer wird es sein, unsere Aktionsformen durch Provokationen von außen oder eingeschleuste Agenten zu beeinflussen.
12. Wer politische Gewalt anwendet, muß sich stets fragen lassen können – auch von GegnerInnen! – inwieweit das eigene Handeln moralisch und politisch vertretbar ist. Wir wissen: Begrenzte Auseinandersetzungen heute wie revolutionäre Umwälzungen (irgendwann) morgen sind kein Krippenspiel. Sie gehen einher mit Fehlern und Irrtümern, mit Aggression und Opfern. Das spricht aber niemanden davon frei, die eigenen Handlungen am Respekt für das Leben und an der politischen Moral einer möglichen besseren Welt zu messen.



hallo an alle subversiven,wir sind welche die in den letzten jahren versucht haben steinewerfend und brandstiftend den widerstand gegen die kapitalistische gewaltherrschaft anzuschieben.mit dem erreichten sachschaden sind wir zufrieden,die mediale vermittlung war mal gut ,mal gar nicht und nur selten hatten wir den eindruck,leute zu aktionen mit angestiftet zu haben.

einige von uns haben am 12.7.in der schwedter str. zwei fahrzeuge der sanierungsgesellschaft s.t.e.r.n. angezündet.das richteta sich gegen die vertreibung finanzschwacher bevölkerungsteile aus p-berg,besonders vom helmholtzplatz.andere haben am 20.9.wegen der castortransporte zwei s i e m e n s fahrzeuge in der kastanienallee angezündet.

leider wurden in beiden fällen die erklärungen aus dem interim-briefkasten geklaut.

deshalb gibt es überlegungen,vorübergehend ohne anschiessende erklärung zu agieren.leider gibt es auch keine grosse koordination mit anderen gruppen,was die auswahl möglicher ziele angeht.so kommt es zwar zu einigen aktionen,die aber thematisch und zeitlich zu wenig bezug aufeinander nehmen.aufrufe,die wir super finden,z.b.anti-reichelt in interim 535,bleiben dann folgenlos.völlig anonyme und nicht so eindeutige aktionen bleiben,bei der üblichen pressezensur, unbemerkt.wie z.b.ein am 7.10.in der adalbertstr.in mitte brennender b m w des diplomatischen corps.

wir finden auch, dass das ständige abfackeln von autos nicht der gipfel der volxsportbewegung sein kann.ob es von uns aus hier zu einer steigerung der mittel kommt,hängt auch davon ab,ob wir damit völlig isoliert wären oder nicht.

(aus Interim Nr. 537, 1.11.2001)



(aus Interim Nr. 539, 29.11.2001)

E I N   D E B A T T E N V E R S U C H
der militanten gruppe (mg)

Wir hatten Mitte/Ende Juni 2001 mit drei Erklärungen unsere Angriffe gegen Exponenten der "Stiftungsinitiative der Deutschen Wirtschaft" (Versenden von scharfen Patronen an Lambsdorff, Gentz und Gibowski) und gegen die Mercedes-Benz-Niederlassung beim DaimlerChrysler-Werk in Berlin-Marienfelde als Unterstützung für die legitimen Rechte und Forderungen der ehemaligen ZwangsarbeiterInnen der nazistischen Vernichtungsmaschinerie begründet (vgl. Interim Nr.529, 28.6.01.).
Hierzu gab es neben Artikeln in der bürgerlichen Presselandschaft einige Anmerkungen in den Folgeausgaben der Interim (vgl. Nr. 529 im Vorwort, Nr. 533 in der Anschlagserklärung der "revolutionaeren aktion carlo giuliani" und Nr. 534 in der Anschlagserklärung gegen die IG Farben "in Auflösung").

Der eigentliche Anlaß für diese Zeilen ist allerdings der Artikel in der Interim Nr. 537, der von militanten AktivistInnen verfaßt wurde, die sich u.a. zu Anschlägen gegen die Sanierungsgesellschaft s.t.e.r.n. und gegen Siemens-Firmenfahrzeuge bekannt haben. In diesem Text sind einige Aspekte gestreift und einige Überlegungen angestrengt worden, auf die wir reagieren möchten. Liebe GenossInnen, wir haben drei exemplarische Passagen Eures Textes herausgefiltert, um dann jeweils einige Anmerkungen unsererseits zu liefern:

1.) "(wir hatten) nur selten den eindruck, leute zu aktionen angestiftet zu haben."

Dieser Anspruch der "NachahmerInnenschaft" von durchgeführten Aktionen schwingt bei jeder militante und/oder bewaffnete Gruppe mit. Alle sind bestrebt, daß ihre Thematik und Aktionsformen aufgegriffen werden, und daß sich über diesen Hebel die getroffenen inhaltlichen Positionen verbreiten und die gewählten praktischen Optionen "vermassen". Die Erfahrungsgeschichte militanter und bewaffneter Praxis zeigt allerdings, daß dieser simple Mechanismus von "Aktion-Verankerung-Vermassung" nicht per Akklamation herbeiführbar ist. Der nachvollziehbare Anspruch, daß eigene Themen und praktische Mittel von anderen aufgegriffen werden, kann für eine militante Politik gerade in der Anfangsphase nicht die oberste Priorität haben. Entscheidender ist es zunächst, Ansätze einer konzeptionelle Grundlage und Linie als Gruppe gefunden zu haben, die mensch in seinen Aktionserklärungen publiziert. Ihr müßt Euch selbst fragen lassen, ob Ihr in den Jahren Eurer militanten Aktivitäten erkennbar und ausdrücklich zu den Inhalten und Praxen anderer Gruppen/Organisationen Verbindungslinien hergestellt und diese für die radikale Linke diskutiert habt.

In den vergangenen Jahren sind eine Fülle von Beiträgen oder gar ganzen Broschüren entstanden, die einen Debattenaufruf enthalten und eine "NachahmerInnenschaft" offen oder latent einfordern. Allen ist es offensichtlich nicht gelungen, diesen (pädagogischen) Anspruch selbst zu erfüllen. Es mangelt also nicht an derlei formulierten Ansprüchen und Appellen. Eine gegenseitige Bezugnahme kann nur realisiert werden, wenn wir als militante AktivistInnen künftig die Verbindungslinien zu anderen militanten Gruppen und deren Aktionen herstellen, indem wir ihre Beiträge in die eigene Thematisierung und Aktionsform aufnehmen und diskutieren sowie eine eigene Positionierung erarbeiten. Nur so läßt sich (unter Umständen) ein aufeinander bezogenes militantes Agieren an gemeinsam diskutierten Strängen umsetzen. Und nur so demonstrieren wir ein reales Interesse aneinander.



Neben der fehlenden gegenseitigen Bezugnahme unter militanten Zusammenhängen sind wir mit einem weiteren Problem der mangelnden Resonanz konfrontiert. Wir hängen uns alle mehr oder weniger stark an Themen ran, die innerhalb der radikalen Linken und in Teilen der "übrigen Gesellschaft" eine gewisse Bedeutung haben. Oft bilden wir quasi das radikale Ärmchen dieser Bewegungstendenzen und reagieren geradezu reflexhaft auf "da bewegt sich was". Wir gehen dann davon aus, daß unsere natürlich immer gut gemeinten militanten Flankierungsmaßnahmen von den Basisbewegungen durch Beachtung honoriert werden. Eure Aktionen gegen Umstrukuturierungsmaßnahmen in proletarischen Stadtvierteln (s.t.e.r.n.) als auch gegen die kapitalistische Atomlobby (Siemens) sind Beispiele für ein derartiges Agieren, das uns übrigens nur allzu vertraut ist.

Wir befinden uns hier in einem nur schwer auflösbaren Dilemma, einerseits sollen unsere Inhalte und Aktionen nach Möglichkeit in Basisbewegungen integriert sein, andererseits begeben wir uns in ein mitunter gefährliches Abhängigkeitsverhältnis von Bewegungsmechanismen, die wir kaum beeinflussen können. Dabei muß uns allen bewußt sein, daß Bewegungstendenzen und Basisstrukturen notwendigerweise großen Konjunkturschwankungen unterliegen und nicht der alleinige Indikator für die Legitimität von Aktionen sein können; mehr noch, Bewegungen oder "Szenen" können aufgrund Ihrer inhaltlichen, organisatorischen und personellen Pluralität nicht unser ausschließlicher "Resonanzboden" sein. Wir müssen mit eigenen konzeptionellen Vorstellungen den engen Rahmen der jeweils aktuellen "Szene"-Befindlichkeiten überschreiten und uns mittelfristig gesellschaftlichen Sektoren zuwenden, die wir als radikale Linke zu lange arrogant ignoriert haben.
Damit leugnen wir nicht unsere "Bezugsquelle", die wir in linken Bewegungsformen sehen. Im Gegenteil, unsere Aufgabe ist es, selbst Kraft und Energie in Basisstrukturen zu stecken, um in diesen Positionen von militanter und/oder bewaffneter Politik zu etablieren. Wichtig ist nur, daß wir nicht in einer "Bewegungsfixiertheit" verharren, sondern unser alltägliches soziales Umfeld ins Blickfeld bekommen.

Daß für die Propagierung unserer politischen und ideologischen Ansätze die bürgerliche Presse nur schwer zu funktionalisieren ist, ist wohl nicht sehr überraschend (Zensur, bewußte Verzerrung etc.). Auch hier haben wir keine andere Möglichkeit, als eigene Medien zu entwickeln, die über eine Reichweite über den Tellerrand der radikalen Linken hinaus verfügen. Die Idee einer Internet-Präsenz von militanter und bewaffneter Politik, die von "militant manifesto" (vgl. Interim Nr. 538, 15.11.01) vorgestellt wurde, kann eine Option sein, um über solch ein Medium auf inhaltlicher Basis politisch zusammen zu kommen.

2.) "leider gibt es auch keine koordination mit anderen gruppen, was die auswahl möglicher ziele angeht."

Die fehlende Koordination unter militanten Gruppenstrukturen hängt u.a. stark mit der mangelnden gegenseitigen inhaltlichen Bezugnahme ab. Uns stehen zwei Wege offen, um zu einer koordinierten Abstimmung der inhaltlichen, praktischen und organisatorischen Positionen zu kommen:
a) Wir befinden uns in einem organisatorischen Zusammenhang von zwei oder mehr militanten Gruppen, was einen direkten Austausch unter den AktivistInnen ermöglicht und eine strukturelle gruppenübergreifende Vernetzung darstellt.
b) Unabhängig voneinander agierende militante Gruppen müssen über gemeinsam geführte Debatten in einer dafür geeigneten Zeitschrift zu einem Positionsabgleich und einer -annäherung kommen. Hierbei handelt es sich dann nicht um eine direkte strukturelle Vernetzung, sondern um ein "informelles" Zusammenkommen durch Diskussion und gegenseitige Bezugnahme bei Aktionen. Daß unsere Strukturen in der Lage sind, dauerhaft gruppenübergreifende

Projekte zu sichern, zeigt(e) die "radikal" als publizistisches Forum militanter Politik.

Vor dem Problem einer effektiven Vernetzung steht allerdings die Klärung über den Charakter einer militanten Gruppe. Was sind militante Gruppen, die es zu koordinieren, zu vernetzen gilt?
Militante Gruppen sind in erster Linie - wie oben skizziert - der aktionistische Arm von (legalen) Basisprozessen, quasi ein "Basisanhängsel", das den Part der bewußten (strafrechtlichen) Grenzüberschreitung übernimmt. Militante Strukturen waren zu Zeiten der Stadtguerilla eine Art von organisatorischem Verbindungsstück zwischen Basis und Guerilla. In beiden Fällen wären wir als militante Gruppen in weiten Teilen politisch "unselbständig", immer abhängig von oftmals unkalkulierbaren Basisprozessen oder den programmatischen Veränderungen der Politik der Guerilla.
Unserer Ansicht nach muß es darum gehen, als militante Gruppen zu einem eigenständigen Faktor zu werden, zu einer eigenständigen Widerstandsebene mit einer definierten politischen Ausrichtung in einem komplexen Organisierungsprozeß. Dieser Organisierungsprozeß muß alle Widerstandsebenen (Bewegung, militante Gruppen, Guerilla, revolutionäre Parteistruktur) beinhalten.

Dabei können wir von GenossInnen in anderen (westeuropäischen) Ländern lernen, die bereits in ihrer Widerstandsgeschichte wesentliche Schritte vorwärts (einschließlich ihrer Brüche und Niederlagen) gemacht haben. Hier kann die Politik von Organisationen und Befreiungsbewegungen von Bedeutung sein, die ein umfassendes strukturelles Netzwerk geschaffen haben (vgl. Broschüre "triple oppression & bewaffneter Kampf"). Diese Organisationen haben sich u.a. als revolutionäre Partei formiert (bzw. arbeiten in diese Richtung). Es liegt an uns, die Erfahrungswerte dieser Organisationen zu diskutieren und unsere Phobie bspw. vor Prozessen eines Parteiaufbaus zu hinterfragen.

Um zu einer Koordination unter militanten Gruppen zu kommen, müssen wir unsere Politik inhaltlich-praktisch aufeinander aufbauen. Das geht natürlich nur, wenn sich die Gruppen in eine nachvollziehbare Kontinuität begeben.
D.h., u.a. von der ständig wechselnden Namensgebung Abstand zu nehmen und über eine Namenskontinuität nach und nach eine politische Linie zu formulieren und für andere diskutierbar und unterstützbar zu machen.
Wir kennen natürlich die Gründe, die in der autonomen Linken gegen einen "Markennamen" herangeführt wurden und werden. Diese namentliche Diskontinuität korrespondierte unseres Erachtens mit einer thematischen. Oft wurde und wird bezugslos punktuell militant agiert, ohne politisch-praktisch nachzusetzen und Brücken zu vergangenen Kampfprozessen zu schlagen. Wir kennen das aus unserer eigenen langjährigen militanten Praxis. Deshalb haben wir uns auch entschlossen, unsere militante Politik in einen kontinuierlichen inhaltlichen und praktischen Rahmen zu stellen.
Zudem ist festzustellen, daß die "no name-Variante" für alle Politikfelder der autonomen "Szene", ob klandestin oder nicht, charakteristisch ist (mit wenigen Ausnahmen wie die autonome lupus oder afrika-Gruppe). Diese oft als "Programm" ausgegebene Variante war dann nur der äußere Ausdruck einer strukturell angelegten politischen Diskontinuität und Kurzlebigkeit vieler autonomer Zusammenhänge.

Der potentiell größer werdende Repressionsdruck ist ein nicht leugbarer Effekt einer Namenskontinuität; es ist eine politische Entscheidung einer Gruppe, ob sie sich aufgrund ihrer (Grenz-)Erfahrungen für diesen Schritt entschließt oder nicht. Es geht dabei nicht um vermeintliche Reputationsgewinne, die mensch mit einem "Markennamen" erzielt, sondern um bessere Ausgangsbedingungen, um einen komplexen Aufbauprozeß der revolutionären Linken in der BRD zu befördern.
Liebe GenossInnen, aus dem bisher geschilderten wird Euch nicht entgangen sein, daß wir Eure Entscheidung "vorübergehend ohne anschließende erklärung zu agieren" für politisch fatal halten. Die Vermittlung der politischen Zielsetzung einer militanten Aktion verlangt eine Erklärung - ob mit oder ohne Namenskontinuität. Die Vermittlungsebene per Erklärung komplett wegfallen zu lassen, bedeutet 50% der Aktion nicht umzusetzen. Wenn Vermittlungsprobleme aufgetreten sind, dann müssen doch eher Überlegungen her, wie diese zu beheben sind und nicht, diese einfach aus dem Aktionsvorgang zu streichen.
Klar, daß sich unsere gewählten Aktionsformen nach Möglichkeit immer selbst vermitteln sollen. Hier treffen wir aber auf Grenzen, denn nicht jeder militante Angriff - für sich alleinstehend - kann unmittelbar in einen inhaltlichen Kontext gebracht werden. Und hier kommt die Erläuterung in Form eines Textes ins Spiel. Bei Anti-Castor-Aktionen war dies auch ohne Erklärung zum Teil der Fall. Allerdings haben Erklärungen immer auch die Aufgabe, zumindest innerlinke Diskussionen zu fördern und weitere Gedankengänge zu einer Thematik hinzuzufügen.

3.) "ob es von uns hier zu einer steigerung der mittel kommt, hängt auch davon ab, ob wir damit völlig isoliert wären oder nicht."

Diese Aussage steht doch in einem gewissen Kontrast zu der "vorübergehend ohne anschließende erklärung zu agieren."
Eine Debatte um die "Wahl der Mittel" flackert periodisch innerhalb der radikalen Linken auf, ohne daß konzentriert und langfristig nach gemeinsamen und unterschiedlichen Positionen darüber gerungen worden wäre. Wir nehmen uns hier logischerweise nicht aus, sondern erklären uns diese mangelnde Konzentration in der Diskussion u.a. mit der mangelnden Kontinuität von militanten Gruppenstrukturen. Es ist klar, daß kurzlebige oder sporadisch militant agierende Zusammenhänge keine intensiven gruppeninternen Diskussionen führen können und werden, die dann auch noch nach außen transportiert werden.

Wir denken, daß wir als militante AktivistInnen noch unter dem Eindruck der Auflösungserklärungen von RZ, RAF, Komitee stehen, da zum einen eine organisatorische und logistische Basis weggebrochen ist, und zum anderen militante und bewaffnete Interventionen, die in den 70er und 80er Jahren zum Standard der revolutionären Linken zählten, nicht mehr praktiziert werden. Allerdings denken wir auch, daß einiges an Reflexionsarbeit, die nach den Auflösungen militanter und bewaffneter Strukturen und den "weltgeschichtlichen Veränderungen" des letzten Jahrzehnts erfolgten, geleistet wurde. Wir gehen sogar davon aus, daß die Fülle der Aufarbeitungen militanter und bewaffneter Politik der letzten Jahre von den aktuell militant Agierenden nicht ausreichend für die eigene Politik bearbeitet wurde, geschweige denn die Erfahrungen der revolutionären Kämpfe der 60er und 70er Jahre weltweit.
Wir befinden uns in einer paradoxen Situation, einerseits über die Fähigkeit der umfassenden Reflexion von militanter und bewaffneter Politik zu verfügen, andererseits es aber nicht zu schaffen, diese in aktuelle militante und bewaffnete Kämpfe einzubauen.
Selbst plausible Erklärungen für diese paradoxe Situation sind gefunden worden: die Aufarbeitungen bewegen sich oft auf der Ebene einer individuellen Biographisierung vergangener revolutionärer Prozesse, da die alten Kampfzusammenhänge aus vielerlei Gründen nicht mehr bestehen und neue kontinuierlich arbeitende militante und bewaffnete Zusammenhänge strukturell nicht in der Lage sind, zu kollektiven Fragestellungen bspw. bezüglich militanter und bewaffneter Aktionsformen und deren Beantwortung zu kommen.

Wir haben mit der Verschickung von scharfen Patronen an Exponenten der

"Stiftungsinitiative" auf mehrere Punkte hinweisen wollen: Wir können gesellschaftliche Zustände, die wir aus ganzem Herzen bekämpfen wollen, nicht allein an anonymen Strukturen festmachen, wir müssen die maßgeblichen AkteurInnen identifizierbar und angreifbar machen. Hinter gesellschaftlichen Ausbeutungs- und Unterdrückungsmechanismen stehen reale Personen(-gruppen), die die herrschenden kapitalistischen, rassistischen, patriarchalen und imperialistischen Strukturen als Verantwortliche produzieren, die dann - soweit nicht dagegen effektiv opponiert wird - gesamtgesellschaftlich reproduziert werden.
Bei diesem verantwortlichen Personenkreis handelt es sich nicht um ein abstraktes und ominöses "soziales Kommando des Kapitals" (vgl. Materialien für einen neuen Anti-Imperialismus), hinter dem die AkteurInnen verschwinden, sondern um benennbare EntscheidungsträgerInnen mit verschiedenen Funktionen, die aufgrund ihres politischen Handelns bspw. für die Perfektionierung des rassistischen EU-Grenzregimes stehen.

Unsere Praxismittel sind mit dem "ständigen abfackeln von autos" tatsächlich nicht an ihr Ende gekommen und können es auch nicht sein, wenn wir eine Perspektive eines umfassenden revolutionären Prozesses für uns in Anspruch nehmen.
Die Orientierung an Praxismitteln, die über den Rahmen von militanter Politik hinausgehen, schließen notwendigerweise eine intensive Diskussion über vergangene und aktuell geführte bewaffnete Kämpfe ein. Unser Interesse ist, zu einer "Normalisierung" in unseren Diskussionen und unserer Praxis als radikale Linke in der BRD zu kommen, dazu gehört selbstverständlich ein Verhältnis nicht nur zu den Potentialen und Grenzen von militanten Politikformen, sondern auch zum bewaffneten Kampf zu finden. Es ist eine Diskussion, wie wir in Etappen von dem Angriff auf materielle Objekte zum Angriff auf verantwortliche Subjekte kommen. Dabei liegt im Zusammenhang mit der Aufbereitung der rz-Politik einiges an Material vor (Stichwort: Knieschüsse) und auch im Antifa-Bereich sind Angriffe gegen Personen durchaus akzeptiert.
Diese Überlegungen haben nun wirklich nichts damit zu tun, "ungenau und diffus" (vgl. Interim-Vorwort, Nr. 529) zu sein und sind auch kein "Ausdruck einer nachvollziehbaren Ohnmacht" (ebd.), sondern sind für uns Bausteine einer Diskussion über revolutionäre Politik und deren Umsetzung in den Metropolen.

Die Debatte um eine Erweiterung der Interventionsmittel für RevolutionärInnen ist in jeder Hinsicht gerechtfertigt, denn sie führt unweigerlich zu einer Beschäftigung mit Organisationen, die bewaffnete Politik praktizieren oder praktiziert haben. Sie führt zu einer Beschäftigung mit verschiedenen Organisationsgeschichten, die gleichzeitig auch Geschichten über gesellschaftliche Voraussetzungen und Situationen des bewaffneten Kampfen sind.
Dabei werden wir auf durchdachte Argumente für die (Wieder-)Aufnahme von bewaffneten Aktionsformen stoßen, wie auf Gegenpositionen. Es wird u.a. ganz konkret darum gehen, ob und inwiefern politische Liquidationen von EntscheidungsträgerInnen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft von Zeitströmungen unabhängige Mittel des revolutionären Kampfes sind, oder nur in bestimmten Phasen von Bewegungshochs legitim sind. Es ist eine Form der "debattenmäßigen Selbstentwaffnung", wenn das Verschicken von scharfen Patronen und die immanente Drohung der Liquidation mit dem Hinweis, es entspräche nicht "dem jetzigen Stand der Auseinandersetzung (...), weil sie weder breit getragen würde noch materiell etwas verändern würde in Bezug auf die Forderungen der NS-Opfer" (vgl. Interim, Nr. 534, 20.9.01, S.19) quittiert wird.
Es ist sowohl für uns als auch für Euch nicht möglich, irgendeinen kollektiven Auseinandersetzungsstand zu qualifizieren. Wir könnten jetzt die Vielzahl von Beiträgen, Broschüren und Büchern anführen, die in den letzten Jahren erschienen sind, in denen sich mit der Geschichte und Gegenwart von revolutionärer Politik in der BRD und weltweit befaßt wird. Es kann hier kein einheitlicher "Stand der Auseinandersetzungen" benannt werden, diese Auseinandersetzungen sind beständig im Fluß und ihre "jeweiligen Stände" unterliegen der Interpretation.
Keine punktuelle militante oder bewaffnete Aktion wird grundlegend "materiell etwas verändern", unsere nicht und auch Eure nicht. Wir haben uns alle zu fragen, wie wir zu einem inhaltlichen, praktischen und organisatorischen Faktor werden können, um tatsächlich diese angestrebten "materiellen Veränderungen" des gesellschaftlichen Gefüges zu bewirken.

Nach dem 11. September sehen wir uns zudem mit einer Situation konfrontiert, die in ihren Auswirkungen für den revolutionären Widerstand in den Metropolen noch nicht zu fassen ist: Der im großen Stil im Ausbau begriffene staatliche Repressionsapparat und die Diskreditierung von sozialrevolutionären und antiimperialistischen Kämpfen erfordert es um so mehr, daß wir in unseren Handlungen zu einem hohen Grad an Organisiertheit kommen.

Gefreut haben wir uns über den Brandanschlag gegen die Mercedes-Benz-Niederlassung in Magdeburg der "revolutionaeren aktion carlo giuliani", die wesentliche Teile unserer Argumentation bezüglich der geschichtlichen und gegenwärtigen Rolle des DaimlerChrysler-Konzerns aufgegriffen und selbst militant agiert hat. Sie schrieben: "unsere aktion ist ausdruck unserer wut & trauer, auch wenn sie unserem hass auf die verhältnisse und dieses system, das auf uns schießen läßt, nicht ansatzweise gerecht wird. ab jetzt wird wieder zurück geschlagen (...)."
Diesen Ausdruck, selbst initiativ zu werden und eine militante Politik umzusetzen, können wir nur mit Nachdruck unterstützen.

Ein konkretes Diskussionsangebot:

Wir möchten den GenossInnen des Textes aus der Interim Nr. 537 (und allen, die es wollen und die Zeit dafür aufbringen können) vorschlagen, die Punkte, die wir aus Euren Aussagen gezogen haben weiter zu diskutieren. Es ist für uns ein Versuch, den wir gerne eingehen möchten. Damit wir dem Ansatz entsprechen, aufeinander aufbauend inhaltlich-praktisch zu arbeiten, sollten wir uns einige hilfreiche Diskussionspapiere der letzten Jahre als erweiterte Grundlage nehmen. Wir denken an folgende Papiere:

- Mili's Tanz auf dem Eis, Rote Zora, Dezember 1993
- Selbstportrait einer militanten Gruppe, Interim Nr. 388, 13.9.96
- Runder Tisch der Militanten, Interim Nr.498, 30.3.00
- Clandestino - für die Wiederentdeckung militanter Politk, Interim Nr. 502, 18.5.00
- Broschüre "triple oppression & bewaffneter Kampf"
- Broschüre "Das Ohr auf die Schiene der Geschichte... und des bewaffneten Kampfes in der BRD"
- Broschüre "Der Einstieg in den Ausstieg... Glasfasernetz...Militanzdebatte"
- Broschüre "Als das Komitee ein Osterei legte..."
- Buch "Zwischen-Berichte: Zur Diskussion über die bewaffneten und militanten Linken in der BRD, Italien und der Schweiz", ID-Archiv, 1998

Wir bitten Euch, daß Ihr uns über die Interim eine kurze Nachricht gebt, ob Ihr zum einen überhaupt in einen Dialog mit uns treten wollt, und zum anderen, ob Ihr das Medium Interim dafür geeignet haltet.
Wir betrachten dabei die Eröffnung eines Diskussionsraumes, um die von Euch angestrebte inhaltliche und praktische Koordination zu erzielen, als einen Beitrag für eine künftige militante Offensive.

mit kämpferischen und solidarischen Grüßen,
militante gruppe (mg), 23.11.2001



erklärung zum debattenversuch der militanten gruppe(mg),interim 539 von(am)

weil es inzwischen selten reaktionen zu texten aus diesem speziellen bereich gibt,waren wir erfreut über eure analyse.vielem was ihr sagt,können wir zustimmen.auf einiges wollen wir näher eingehen:
zu dem problem der vermassung militanter angriffe und der grundsätzlichen frage von kampagnenpolitik bietet sich als elendes beispiel die expo an.obwohl linksradikale jahre zeit hatten,sich auf dieses ereignis vorzubereiten,gelang es nicht widerstand zu organisieren und die expo überhaupt als kritikwürdige veranstaltung in die öffentliche meinung zu bringen.auch in der hoffnung ein breites losschlagen auf expoprojekte anzuschieben,wurde im februar 2000 der wagen des landesexpobeauftragten angezündet.dabei hätte uns klar sein müssen,das,wenn schon nicht die nato-massaker an der jugoslawischen bevölkerung zu einer emotionalen reaktion linker zusammenhänge führten,die expo es erst recht nicht schafft.
ihr schreibt:"ihr müßt euch selbst fragen lassen,ob ihr in den jahren eurer militanten aktivitäten erkennbar und ausdrücklich zu den inhalten und praxen anderer gruppen verbindungslinien hergestellt und diese für die radikale linke diskutiert habt." einige von uns haben in der interim 501 auf den"runden tisch der militanten" geantwortet,worauf aber keine öffentliche reaktion folgte.wozu sich noch weiter aus dem fenster lehnen?dachten wir uns.
euren aussagen über den resonanzboden unserer politik müssen wir verschärft zustimmen.von der"autistischen szene"gibt es kaum versuche,teile der"normalbevölkerung"in den kampf gegen das system einzubinden.mobilisierungen richten sich immer nur an den eigenen kern, die straßen in denen für demos plakatiert wird,schrumpfen ständig zusammen,immer mehr frisch gestrichene wände warten auf gesprühte parolen,viele demos sind durch ritualisierte erschlappheit von der beabsichtigten wirkung weit entfernt.es gibt in berlin einen haufen leute,die gegen nazis,castortransporte oder arbeitsterror sind,aber weder die interim noch andere unserer strukturen kennen.diese menschen werden auch nicht im internet nach zugang zu unseren aktivitäten suchen;wir müssen sie anders erreichen.linksradikale müssen auf menschen außerhalb der szene zugehen,nicht umgekehrt!wir sind durchaus für eine präsenz im internet,wie in allen gesellschaftlichen bereichen auch,dürfen das aber nicht überbewerten.die leute die viel vorm computer sitzen,sind nicht unbedingt die gleichen,die nachts zum kaputtmachen losziehn.aus sicherheitsgründen zweifeln wir das internet als geeignetes diskussionsforum klandestiner gruppen an.
die von euch angesprochene gruppenübergreifende vernetzung ist für uns einer der zentralen punkte um die wirkung unserer aktionen zu stärken. wir wissen nicht wie das funktionieren kann.unser spektrum kennt keine generationsübergreifende,gewachsene widerstandskultur,sondern nur kerne die alle paar jahre auseinander fliegen und sich neu zusammensetzen.vielleicht können aber die gruppen,die aktuell die militanten aktionen mittragen,ihre strategischen erwartungen öffentlich machen?
an dieser stelle wollen wir mal kurz das ende der in den 80ern praktizierten politik reflektieren.wir glauben das viele,die in bewegungsstarken zeiten den kampf aufgenommen haben,leider als motivation die hoffnung auf erfolg hatten.das ist zwar nachvollziehbar aber viele hatten sich einfach verbraucht,als die"sozialistischen"staaten zusammenbrachen das drückt sich z.b.in dem text"milis tanz..." von den zoras aus,der im dezember 93 ja grade kein auflösungspapier war.danach haben sie es noch einmal krachen lassen,dann war schluß.wir verstehen nicht warum die leute,die sich aus dem bewaffneten kampf zurückgezogen haben,nicht ihre logistik an andere/jüngere übergeben haben,die bereit waren sich ihrer zu bedienen.wie sonst konnte bei einem wie tarek mousli der angebliche rz-sprengstoff aus dem keller geklaut werden?
seitdem hat der staat weiter aufgerüstet,während sich autonome gruppen meistens mit dem abfackeln von autos zufrieden geben.wie ihr schon gesagt habt flackert eine debatte um die wahl der mittel periodisch auf. vor 10jahren gab es intensive diskussionen über aktions-und organisierungsformen.es folgte die erfolgreiche nolympia-kampagne und die kgk aktionen,die wir(im gegensatz zu vielen anderen)sehr gut fanden.trotzdem fängt militante politik ständig wieder bei null an.mit alten bastelanleitungen läßt sich kein böller mehr bauen,wer im gartencenter nach unkraut-ex sucht,weiß das.ob es überhaupt richtig ist,böller zu bauen und vermutlich wäre das wöchentliche entglasen von banken wirkungsvoller,als wenn wir einmal im jahr was sprengen.zunächst wäre also die verbreitung von technischen kenntnissen(ohne zwang zum expertentum)nötig.das meinten wir mit dem von euch unter 3.)zitierten satz.
übrigens konnten wir die kritik an eurer patronenverschickung auch

nict verstehen. lambsdorff hat zuerst zur waffe gegriffen,statt zu deser tieren hing er noch kurz vor kriegsende so sehr an seinem"führereid",das er sich bereitwillig ein bein abschießen ließ.eure aktion gegen holocaust profiteure war völlig angemessen,wenn das kurz nach der anti-siemens akti on vom 3.10.2000 der"gruppe jezy tabeau"gelaufen wäre,hätten wir auch no ch was dazu gemacht.
wir sind auch dafür,die persönliche verantwortung von herrschaft stärker zu berücksichtigen.der abschuß des brechmittelmörders schill in hamburg z.b.würde sicher nicht nur bei vielen ein gefühl von befreiung sondern auch eine reale politikverhinderung bedeuten.wir bezweifeln aber,das un sere schwachen strukturen der folgenden repression standhalten würden.

wir wissen nicht,ob unsere politik jemals zu den von euch angesprochenen "materiellen veränderungen"führt.vielleicht wird irgend ein afrikaner nicht getötet,weil seine potentiellen mörder zufällig vorher von einem antifa-kommando zusammengeschlagen wurden.vielleicht werden irgendwann die reichen schweine aus"unseren"stadtvierteln flüchten,weil sie angst um ihr eigentum haben.vielleicht machen wir atomenergie zu einem verlust geschäft.um überhaupt zu einem gesellschaftlichen faktor zu werden,müs sen wir attraktive bilder schaffen,wie z.b.genua oder nazi-demo am 1.12. die empörung über unsere"zerstörungswut"und die sichtbare existenz von widerstand, kann unterdrückte zu neuen mitstreiterInnen machen.
davon können zwar leider nicht aufstände wie aktuell in argentinien aus gelöst werden,aber eines unserer ziele ist schließlich einen keil zwisch en bevölkerung und staat zu treiben.zu überlegen wäre auch,ob der best immt irgendwann anstehende besuch des us-henkerpräsidenten bush,nicht zu einem schlechten tag für berlin werden soll,oder ob wir am 1.mai ni cht nur in kreuzberg bullen niedermachen,sondern auch die verwüstung in die prestigeviertel der"neuen mitte"tragen wollen.
zum schluß wollen wir noch etwas zu der firma gegenbauer/bosse sagen. dieser konzern bietet alles was das kapitalistenherz begehrt:brutale wachschutzidioten,putzkolonnen,blockwarte...ob sie immer noch an der be lieferung von flüchtlingsheimen verdienen wissen wir nicht.die bundes wehr solldurch die auslagerung von tätigkeitenan privatfirmen effizien ter werden.gegenbauer/bosse übernimmt dabei die uniformreinigung.gegen bauer persönlich hat sich als ihk-bonze für eine erneute olympiakandi datur eingesetzt.das waren für uns genug gründe am 25.12.01 einen transporter von gegenbauer/bosse am arnimplatz anzuzünden.
als beitrag für eine künftige militante offensive,wie ihr es ausdrückt, würden wir uns technischen tips und strategischen diskussionen niemals verschliessen.
auch über die vor kurzem in sorauer-und oppelnerstr. abgebrannten lu xuswagen haben wir uns gefreut.weiter so!

[illegible]

(aus Interim Nr. 541, 10.1.2002)

anschlagserklaerung:
in der nacht zum 18.03.02(tag der politischen gefangenen)veruebten wir einen brandanschlag auf ein lka-gebaeude und legten einen brandsatz unter ein bgs-fahrzeug.
mit diesen aktionen wollten wir unser mitgefuehl fuer die im kampf gefallenen genoszInnen und den noch immer inhaftierten politischen gefangenen bekunden.
darueber hinaus begruenden wir den militanten angriff folgendermaszen:
am 08.02.02 fand in magdeburg ein trauerzug anlaeszlich des 6.todestages,des von faschisten ermordeten frank boettcher statt. neben den ueblichen provokationen der bullen gegenueber den rund 150 demonstrantInnen,kam es am ende zu feigen uebergriffen.
unter anderem wurden 15 teilnehmerInnen in eine straszenbahn getrieben,niedergeknueppelt und anschlieszend weggehaftet.
der wachsenden brutalitaet der bullen gegenueber linken musz einhalt geboten werden.
nie wird der staat seine"faehigsten"rekruten abschalten,solange sie uns"abschalten".
also musz das volk selbst zu den waffen greifen und sich seiner/ ihrer gerechtigkeit annehmen.
so haben wir,die sich als teil der"neuen revolutionaeren bewegung" verstehen,zwei molotowcocktails auf ein lka-gebaeude in magdeburg geworfen,wobei leider nur einer entflammte.
desweiteren sollte zeitgleich am magdeburger-hauptbahnhof ein bgs-mannschaftswagen mit einem brandsatz abgefackelt werden.
dieser zuendete zwar,doch das feuer erstickte,bevor das fahrzeug entflammen konnte.
dieser angriff auf den gewaltapperat der herrschenden wurde von der presse wiedermal freudig ausgeschlachtet.
dabei sollte springer eigentlich aus der vergangenheit gelernt haben.
naturlich stehen wir voll und ganz hinter dieser aktion,denn sie ist mehr als berechtigt und schon lange ueberfaellig gewesen.
jedoch tadeln wir unsere vorbereitung,ansonsten haetten die schweine bekommen,was sie verdient haben.
trotzalledem werden wir unsere zielsetzung,die verankerung militanter politik in den koepfen der bevoelkerung,weiter verfolgen.
diesbezueglich wollen wir den genoszInnen der mg unseren respekt zur letzten aktion(interim nr.   )ausprechen.
denn sie hat verdeutlicht,wohin uns der gemeinsame weg fuehren kann.
es ist die wut der menschen,der wir ausdruck verleihen!
sicher zur zeit des antiterrorpaktes faellt es dem feind leichter repressionen gegen uns auszuspielen.
doch bahnt der weltweite widerstand sich unaufhaltsam seinen weg.
es werden soviele braende gelegt,dasz sie gar nicht mehr wissen, wo sie zuer§ anfangen sollen zu loeschen.
solidaritaet und revolutionaere gruesze fuer ra,am und alle kaempfenden revolutionaeren gruppen!
fuer eine militante offensive!
kommando"freilassung aller politischen ge



(aus Interim Nr. 542, 24.1.2002)

diskussionsbeitrag der revolutionaeren aktion carlo giuliani

liebe genossinnen & genossen;
im folgenden wollen wir einen beitrag fuer eine hoffentlich konstruktiv werdene diskussion unter den militanten gruppen (&denen die es werden wollen) leisten. wir traten erstmals am 20.8.2001durch unseren angriff auf eine daimler- niederlassung in magdeburg in erscheinung. unsere aktion war ein militanter beitrag zum gad. wir wollten einerseits unserer wut freien lauf lassen & uns andererseits auf die aktionen der "militanten gruppe" & deren forderungen beziehen. denn auch unserer meinung nach kann militantes intervenieren nur erfolgreich sein, wenn sich mehrere komponente ergaenzen. in wechselseitiger beziehung zu einander stehen. kontinuierliche diskussionen führen & gemeinsam agieren. um diesen ueberlegungen eine diskutier- & kritisierbare form zu geben, haben wir das folgende papier ausgearbeitet. es ist ergebnis der diskussionen in unserer gruppe & entstand vor erscheinen des diskussionspapier der mg (interim 539). obwohl sich viele aspekte ueberschneiden, haben wir uns doch dazu entschieden unseren text unveraendert zu veroeffentlichen.

"wir, das heisst all diejenigen, die von diesem staat nicht mehr vereinnahmbar sind, muessen begreifen lernen, dass wir angesichts eines bis an die zaehne bewaffneten staat in der durchsetzung unserer beduerfnisse & interessen auf bewaffnete revolutionaere gruppen nicht verzichten koennen. wir muessen uns heute darueber im klaren sein, dass wir an einer gewaltsamen auseinandersetzung mit diesem staat nicht vorbeikommen. das muss als politische notwendigkeit- und allerdings nicht als fetisch- begriffen werden." (genossen vom 2.juni)
wir sind eine militante gruppe aus den neuen bundeslaendern. die seit mehreren jahren in unserer region militante politik betreibt. unsere gruppe entstand einerseits aus dem subjektiven beduerfnis heraus. dass wir uns wehren woll(t)en gegen diese verhaeltnisse, in denen wir gezwungen sind zu leben. gegen all die schweine. die uns das leben schwer machen. andererseits wissen wir auch. dass sich herrschaft (in welcher form auch immer) nicht von allein aufloest. sondern von uns menschen zerschlagen werden muss. aus diesem grund erkennen wir die notwendigkeit kaempfender strukturen. und da diese erkenntnis nichts neues ist. sondern vielmehr schon immer bestandteil revolutionaerer politik war & ist. bleibt es unsere aufgabe die geschichte & erfahrungen von gruppen wie raf. 2.juni. rz. kgk. autonome zellen usw. aufzuarbeiten. weiterzuentwickeln & fuer eine zukuenftige praxis nutzbar zu machen.
das ist auch ziel dieses textes. wir wollen eine diskussion anstossen. die genau darauf abzielt. nur durch eine solche diskussion schaffen wir es gemeinsam aus der autonomen kleingruppenmilitanz auszubrechen. der linken wieder einen (scharfen!!!) zahn zu verschaffen & langfristig eine alltags-guerilla zu entwickeln.
"was wir wollen ist die gegenmacht in kleinen kernen organisieren, die autonom in den verschiedenen gesellschaftlichen bereichen arbeiten, kaempfen, intervenieren, schuetzen, die teil der politischen massenarbeit sind." (revolutionaerer zorn 1 / mai 75)

warum wir perspektivisch fur einen gemeinsamen namen & gemeinsame stossrichtung(en) sind
in den letzten jahren waren die vereinzelten aktionen militanter gruppen. wenn ueberhaupt nur regional & zumeist szeneintern wahrnehmbar. nur aktionen. die sich aufeinander bezogen & im kontext einer bewegung standen (zb. zu den castor-transporten), fanden mehr beachtung.
grundlegend fuer ein erfolgreiches intervenieren (mit laengerfristiger perspektive) ist unserer meinung nach jedoch auch ein einheitlicher bzw. gleichbleibener name. auch wir haben in der vergangenheit aus sicherheitsgruenden mit wechselnen aktionsnamen agiert. mit der zeit stiessen wir damit jedoch an grenzen. die uns hemmen. wiedererkennung & identifizierung mit der politik unserer gruppe war so nicht zu erreichen.
ebenso erhoeht ein gemeinsames vorgehen unter den militanten gruppen die (aussen-)wirkung & den druck auf die schweine enorm & nur dadurch entwickeln wir gegenmacht mit anziehungs- & durchsetzungskraft. aus diesen gruenden sollten wir (militanten gruppen) durch kontinuierliche diskussionen längerfristig gemeinsame stossrichtung(en) & einen gemeinsamen namen, sprich eine organisierung anstreben.
natürlich kommt dabei nur eine organisierung nach autonome zellen-/ rz- prinzip in frage. zum einen. weil wir weder die bestehenden gruppen. noch die neu entstehenden gruppen kennen & kennen wollen. zum anderen ist dies auch die sicherste form der organisierung.
"das meint auch die parole: schafft viele revolutionaere zellen! sie ist politisch richtig, weil sie auf der autonomie, der eigeninitiative & jeweiligen verankerung der eigenen zelle aufbaut & sie ist sicherheitspolitisch richtig , weil allein eine organisation, die auf selbststaendig operierenden gruppen aufbaut, in einem totalitaeren ueberwachungsstaat die chance hat, nicht aufgerollt & zerschlagen zu werden" (revolutionaerer zorn 4 / januar 78)

wie stellen wir uns dieses konzept in der praxis vor?

- die einzelnen gruppen agieren (weiterhin) autonom in ihren staedten/ regionen & bestimmen ihre politik primaer nach den erfordernissen vor ort. die verankerung vor ort spielt also die entscheidene rolle. die bezugspunkte darueberhinaus sind die gemeinsamen stossrichtungen , die kontinuietaet & staerke entsteht durch den gemeinsamen namen & gegenseitige bezugnahme.
- die gemeinsamen stossrichtungen bzw. die koordinierung von aktionen. sowie die angleichung von positionen sind nur durch kontinuierliche diskussion (zb. interim. oder vielleich mal wieder radi!!!) zu erreichen. in dieser koennten sich dann verschiedenen tendenzen herauskristalisieren denen sich dann die verschiedenen gruppen/ zellen anschliessen koennten.

voraussetzung fuer dieses konzept sind jedoch gemeinsame politische grundlagen. die alle tragen koennen. diese politischen grundlagen sehen wir ansatzweise im "militant manifesto"(interim 538) formuliert. es ist eine moeglichkeit orientierungspunkte & dadurch einen vereinigungspol zu schaffen. wir koennen die dort genannten punkte tragen & natuerlich ist es auch aufgabe der militanten gruppen eine diskussion zur neubestimmung & -formierung revolutionaerer politik mitzugestalten & voranzutreiben.

im folgenen wollen wir dieses manifest noch mal ins gedaechtnis rufen:

1. *unser ziel: die herrschaft von menschen ueber menschen beenden, gleich ob sie oekonomisch, geschlechtliche, ethisch, relegioes ist.*
2. *unser weg: die revolutionaere umgestaltung der gesellschaft. wir sehen darin einen prosses, der weder von heut auf morgen stattfinden kann, noch lokal isoliert, insbesondere nicht in den eng verflochtenen metropolen.*
3. *wir bekennen uns zu der vielfalt der programme. die erfahrung der gescheiterten "grossen plaene" & vereinheitlichungen des 20. jahrhunderts fuehrt uns zu einem globalen prozess der kommunikation, des versuchens & voneinander- lernen, um eine bessere welt vorstellbar zu machen. dazu gehoeren auch konflikte, denen wir uns stellen muessen & wollen.*
4. *wir anerkennen keine disziplinierende vorherrschaft einer partei oder vergleichbaren organisation. die reine lehre gibt es nicht.*
5. *wir wollen die macht zersetzen. wir moechten weder an der heutigen macht teilhaben, wie manche reformistische projekte, wie ngo's, noch die macht fuer uns erobern- wie die alten hegemonialen partei- apparate. wir misstrauen allen funktionaeren, die auf diese weise vor allem persoenliche macht erobern wollen. doch wir betrachten die menschen, die sich dort engagieren, nicht als gegnerInnen, sondern als buendnispartnerInnen, die wir von unserer idee ueberzeugen moechten.*
6. *selbstbestimmte basisorganisationen bzw. -gruppen & deren ueberregionale vernetzung betrachten wir als beste grundlage fuer befreiende prossesse bei den einzelnen und der gesellschaft insgesamt.*
7. *unsere aktionsformen lassen wir uns nicht diktieren, auch nicht von buendnispartnerInnen. aber wir respektieren kritik & das beduerfnis anderer, ihre eigenen aktionsformen verwirlichen zu koennen.*
8. *zu unseren aktionsformen gehoert auch die anwendung politischer gewalt. sie ist fuer uns ein notwendiges, aber nicht hinreichendes mittel im politischen kampf. solange die revolutionaeren kraefte schwach sind, ist politische gewalt ein symbolisches* (wieso nur symbolisch???) *mittel der propaganda & kann keine machtfrage stellen. sie ist kein selbstzweck, sondern taktisches mittel. sie ist nicht identisch mit militanz- unsere militanz aeussert sich auch in vielen anderen bereichen, in unserem taeglichen leben, in unserer politischen arbeit, in medien, gruppen, zentren usw.*
9. *politische gewalt ist nicht indifferent. sie schliesst eine vielzahl von moeglichkeiten ein, vom aktiven zivilen ungehorsam bis zu bewaffneten aktionen.sie ist stets an ein gesellschaftliches umfeld, an den kampf um begriffe & deutungen geknuepft. welche form welcher situation angemessen ist, muessen diejenigen entscheiden, die sich der situation gegenuebersehen.*
10. *die anwendung politischer gewalt bedeutet daher die uebernahme einer hohen verantwortung fuer sich selbst, wie fuer andere. sie darf nie terroristisch, d.h. gegen unbeteiligte gerichtet sein. unbeteiligte sind fuer uns aber nicht diejenigen, die das herrschaftssystem mit gewalt verteidigen, als polizisten, politiker oder militaerangehoerige; ebensowenig diejenigen, die die herrschaftsstrukturen noch verschaerfen wollen, als faschisten, rassisten, sexisten; und letzlich auch nicht die "oberen zehntausend", die menschheit & natur in ihrem besitz waehnen.*
11. *wir uebernehmen verantwortung fuer unsere eigenen taten, fuer erfolge wie fuer fehler und unzulaenglichkeiten. je mehr wir zusammenkommen & uns miteinander austauschen, desto schwerer wird es sein, unsere aktionsformen durch provokationen von aussen oder eingeschleuste agenten zu beeinflussen.*
12. *wer politische gewalt anwendet, muss sich stets fragen lassen koennen- auch von gegnerInnen- inwieweit das eigene handeln moralisch & politisch vertretbar ist. wir wissen: begrenzte auseinandersetzungen heute wie revolutionaere umwaelzungen (igendwann) morgen sind kein krippenspiel. sie gehen einher mit fehlern & irrtuemern, mit agressionen & opfern. das spricht jedoch niemanden davon frei, die eigenen handlungen am respekt fuer das leben & an der politischen moral einer moeglichen besseren welt zu messen.*

wir meinen, dass dieses manifest eine ungeheure chance ist, die zersplitterung der radikalen linken zu ueberwinden. es kann sich zu einen orienierungspunkt entwickeln, an dem sich gruppen aus allen bereichen organisieren koennten. denn nur gemeinsam ist eine revolutionaere perspektive vorstellbar.

"die aufsplitterung der linken in aberdutzende gruppen hat es den herrschenden verdammt leicht gemacht, sie zu isolieren. die gefaehrlichkeit des gemeinsamen aufbegehrens der strasse zu paralysieren. ...

... wir kommen alle nicht aneinander vorbei. warum sollten wir auch? wenn wir weiterkommen wollen, werden wir uns gezwungen sehen, endlich einmal wieder zu dem punkt zu finden, wo widerstand nicht mehr von widerstand zu trennen ist, wo genossen es nicht noetig haben, verschiedene formen von widerstand auseinanderzudividieren." (genossen vom 2.juni)

aufgabe der militanten gruppen ist es daher auch, diesen vereinigungsprozess zu foerdern. die eigenen erfahrungen & positionen einfliessen zu lassen & sich in die (hoffentlich!!!) neuentstehende bewegung zu integrieren.

im folgenen noch zwei zitate aus dem revolutionaeren zorn 6 (januar 81). die wir als konsens unter den militanten gruppen vorschlagen:

1."wir stimmen mit der bewegung 2.juni darin ueberein, dass wir eine populaere guerilla wollen. eine guerilla, deren aktionen verstanden werden. die die sympathie des volkes geniesst. ohne dabei opportunistisch zu werden. prinzip unserer aktionen ist deshalb, dass sie ausgehen von gesellschaftlichen auseinandersetzungen, an denen wir beteiligt sind, dass sie an den dort gefuehrten politischen auseinandersetzungen anknuepft. dass sie unter der fragestellung "bringen sie die bewegung weiter" bzw. "verschaerfen sie die widersprueche" eindeutig bestimmbar sein muessen. ...

...auch deshalb ist es fuer uns wichtig, entsprechend unserer persoenlichen moeglichkeiten in legalen gruppen mitzuarbeiten. gerade dadurch erhalten wir die rueckkoppelung unserer aktionen. koennen fehler in unserer einschaetzung korrigieren & unsere politik nach aussen vertreten."

2."unser ziel ist & war die verbreitung des bewaffneten widerstand. war & ist die unterstuetzung eines netzes autonomer gruppen. die als bewaffnete tendenz innerhalb der bewegung in ihren staedten & regionen aus sich heraus aktionsfaehig sind. die dort mit den methoden der subversivitaet widersprueche forcieren & auf den unteren gliederungen des machtgefueges intervenieren. die also das handlungsarsenal der legalen linken um ihre moeglichkeit der sabotage. der bestrafung. der gegenwehr. der eroberung von lebensmoeglichkeiten erweitert."

so. das soll es von uns vorerst gewesen sein. bleibt nur zu sagen, dass die hier dargelegten positionen nur einen bruchteil unserer ueberlegungen & ideen widerspiegelt. soweit daran interesse besteht, wollen wir unsere konzeptionellen & strategischen vorstellungen, sowie deren hintergruende im weiteren verlauf der (hoffentlich!) gefuehrten debatte zur diskussion stellen.

diskutiert dieses papier in eurer gruppe. kritisiert & zerfetzt es. bringt eure eigenen ideen aufs papier & stellt sie zur diskussion!!!

fuer eine militante offensive! den revolutionaeren widerstand organisieren!!!

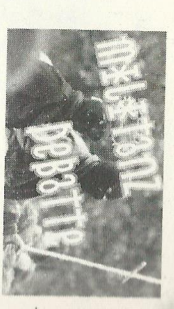
revolutionaere aktion carlo giuliani

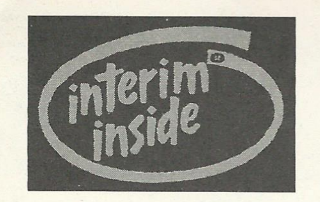
p.s.: an die genossen von m.g.;

wir haben uns tierisch ueber eure initiative zur gemeinsamen diskussion gefreut. weil auch wir der meinung sind. dass diese laengst ueberfaellig war & ist. eure positionen koennen wir fast zu 100% teilen. magenschmerzen bekamen wir nur bei eurer anspielung auf partei- apparate.

kritik haben wir daran. dass ihr kaum konkrete & kritisierbare vorschlaege gemacht habt. wir wuerden uns freuen. mit euch ueber die frage "wie ist ein revolutionaerer prosses vorstellbar & welche rolle spielt militante & bewaffnete politik in diesem?" diskutieren zu koennen. sorry, dass es so lange gedauert hat.

mut. kraft & liebe genossen!!!





Die Zwischenlösung

14 Jahre »Interim« - zur Historie eines der

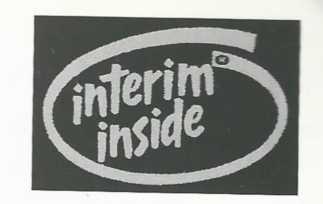
Die Zwischenlösung „Interim" existiert nun volle 14 Jahre - am 1. Mai 1988 erschien die erste Ausgabe. Wahrschein lich gerade wegen ihres provisorischen Charakters hat sie sich als eine der dauerhaftesten Institutionen der autonomen Linken herausgestellt. Inzwischen setzte sich dieses Konzept weltweit durch: In Afghanistan regiert eine Interimsregierung, die „Interims-Trainer Götz und Thom bringen Hertha BSC unter Dampf" und selbst der Chef der Berliner Polizei wird in der Presse als „Interimspräsident" bezeichnet.

Dabei hatten die MacherInnen der „Interim" damals viel bescheidenere Pläne: Endlich ein funktionierendes, wöchentlich erscheinendes Diskussionsforum für die Autonomen in Berlin zu schaffen. Sie plazierten die „Interim" in der autonomen Presselandschaft zwischen „unzertrennlich" und „radikal". Die seit Mitte der 80er Jahre erscheinende „unzertrennlich" war zwar als bundesweites autonomes Diskussionsforum angedacht. Da aber alle Artikel in den Redaktionsgruppen besprochen und abgesegnet wurden, erschien sie nur jedes halbes Jahr - viel zu langsam für die damals schon schnellebige Zeit. Und die „radikal" war zu diesem Zeitpunkt schon in den Untergrund abgedrängt, daher auch viel zu langsam, um aktuell in Diskussionen eingreifen zu können. Dagegen war das Konzept der „Interim" fast genial einfach: ein Briefkasten, ein paar Scheren und Klebestifte sowie eine Druckmöglichkeit. Dazu, mensch glaubt es heute kaum noch, sozusagen als „Pfeffer" die Medientheorien gewisser Herren aus Frankreich wie Michel Foucault und Pierre Bourdieu - „die Menschen selber sprechen lassen".

Auch andere Probleme wurden pragmatisch gelöst: „Um uns den Streß der 'richtigen Linie' zu ersparen und einen Haufen redaktioneller Arbeit loszuwerden, haben wir uns entschieden, alle Artikel abzudrucken, die uns zugeschickt werden, solange sie nicht sexistisch, faschistisch oder rassistisch sind", heißt es im Vorwort der Nummer 1. Schnell zeigten sich die Stärken und Schwächen dieses Konzeptes. Sobald etwas auf der Straße los war, oder niveauvolle Diskussionen in den politischen Gruppen und an den WG-Tischen stattfanden, drückten diese sich auch in der Zeitung aus. Das Heft war spannend und anregend. Aber auch das Gegenteil kam ebenso ungefiltert zum Vorschein: das erbärmliche Niveau gewisser Debatten, oder der Wunsch vieler Schreiber, mal wieder „ein Schwein" durchs Dorf zu jagen.
Aber mit dem Konzept der „Interim" hatte mensch irgendwie den Nagel auf den Kopf getroffen. Schnell wuchs die Auflage schneller als die Druckmöglichkeiten, so daß im Januar 1990 ein großes STOP-Schild auf dem Titel prangte. „Bist du sicher, dass du dieses Heft wirklich kaufen willst? Du denkst vielleicht, es kostet nur zwei Mark, da nimmst du es mal mit und schaust zuhause nach, ob was drin steht, was dich interessiert. Warum machst du das lieber nicht vorher? Hier und Jetzt?" Die MacherInnen konnten einfach nicht ständig die Auflage erhöhen. Gerüchten zufolge näherte diese sich damals der 2.000 Exemplargrenze. Die „Interim" hatte sich innerhalb von zwei Jahren zum Diskussionsforum und Mitteilungsorgan der undogmatischen Autonomen entwickelt. Zuhilf kam dabei, daß in dieser Zeit ein autonomes Großereignis das andere jagte. Die Mobilisierung gegen den IWF-Kongress in Berlin, der Uni-Streik im Frühjahr 1989, die Kämpfe gegen die Yuppiesierung von Kreuzberg und der sich abzeichnende Zusammenbruch der weltweiten Koordinaten, in denen sich das Leben im damaligen Westberlin bewegte. Bei letzterem kann die Interim stolz darauf verweisen, daß sie schon in Nummer 2 Ostberliner unabhänigen Initiativen Platz in ihrer Zeitung bot. Auch floß ein Teil der damaligen Überschüsse der Zeitung (solche Zeiten gab es auch!) nach Ostberlin und in die damalige DDR.

Natürlich rief der Erfolg des Heftes auch „die Bösen" auf den Plan. Denn „Volxsport" fanden sie gar nicht gut. Vor allem im Herbst 1990 standen einige der Herren und Damen in Grau oft tagelang irgendwo rum - allerdings ohne Erfolg. Zu einem

als Dauerlösung



ältesten linksradikalen Projekte der Stadt

Repressionsschlag reichten ihre Erkenntnisse nicht aus, aber er zwang alle Beteiligten, wesentlich vorsichtiger zu sein. Auch hatte die autonome Szene in diesem Herbst mit der Wiedervereinigung und der Räumung der Mainzer Straße zwei wichtige Niederlagen eingesteckt - die zwar immer erstmal wortgewaltig überspielt wurden, aber aus der heutigen Sicht haben sie an vielen Menschen genagt. Trotzdem lebte das Heft munter weiter vor sich hin.

Jahrelang ging es so weiter, offensichtlich war dann der Wechsel hin zu antirassistischen und antifaschistischen Themen. Ihre Funktion als extralegales Blatt erfüllte die „Interim" bestens, als sich in ihr fast jede Woche Beiträge von den verschiedenen Gruppen der RZ über ihre Auflösungsdebatte zu finden sind.

Obwohl die Zeitung von unterschiedlichen Gruppen gemacht wurde, ähnelte ein Heft dem anderen. Ganz selten erschienen Ausgaben mit einem Schwerpunktthema, obwohl dies „eigentlich" von allen gewünscht war und ist. Ganz zaghaft entwickeln sich Diskussionen um Qualitätsverbesserungen, wobei schnell klar wird, entweder eine extralegale Struktur mit ihren Qualitätsmängeln in Layout, Grad der Berichterstattung usw. oder eine gewisse Form des öffentlichen Auftretens. Höhepunkte dieser Diskussionen war eine Ausgabe (Nr. 399) zur Stadtentwicklung, die sogar von vielen Fachleuten gelobt wurde. Und gleich in der nächsten Ausgabe der Versuch, dem Heft doch einen Magazin-Charakter zu geben. Viele Texte wurden zu Meldungen zusammengefaßt, Themenschwerpunkte bewußt gesetzt. Geplant war, aus dem Ghetto auszubrechen. Ob dies der Grund war, ist unbekannt, aber genau zu diesem Zeitpunkt im Herbst 1996 setzte eine aufwendige Observation des Berliner VS ein. Nach Monaten gelang es ihm, vermeintliche Vertriebsstrukturen und angebliche Druckorte festzustellen. In den ganzen Jahren zuvor war dies dem Berliner Staatsschutz trotz mehrmaliger Anläufe nicht gelungen.

Zu Beginn des Sommers 1997 schlugen Polizei und Staatsanwaltschaft dann zu. Letztlich wurden alle Verfahren eingestellt, sogar der beschlagnahmte Teil der Auflage mußte nach einem halben Jahr wieder zurückgegeben werden. Trotzdem saß der Schlag insoweit, daß seit dem wieder alle Kräfte in die Aufrechterhaltung der Struktur gehen. Seitdem ist die „Interim" die einzige vierzehntägliche linksradikale Wochenzeitung weltweit, für mehr reichen die Ressourcen nicht.

Die „Interim" hat nach ihrer Gründung schnell einen bestimmten Standard erreicht, aber darüber hinaus kommt sie mit diesem Konzept und dieser Struktur nicht. Ein bestimmtes Niveau kann sie leisten, aber mehr auch nicht. Trotzdem sind Qualitätsverbesserungen möglich, was das Layout von einzelnen Ausgaben offensichtlich beweist. In den letzten Jahren haben sich auch andere Projekte entwickelt, die eine der wesentlichen Stärken der „Interim", der Schnelligkeit, das Wasser abgraben: Auf der Bewegungsseite „indymedia", und auf der Diskussionsseite die „Jungle World".

Heute ist das Verhältnis von vielen zur „Interim" eine Art Hassliebe. Fast alle schimpfen über die „Interim", aber sobald jemand sagt, „Gut, das war's! Ende!" war es so dann auch wieder nicht gemeint. Auch fast jeder der Beteiligten kennt diese Widersprüche: Bei einzelnen Ausgaben wird mensch rot vor Scham, daß mensch mit so einem Projekt je etwas zu tun gehabt hätten könnte, bei anderen platzt mensch fast vor Stolz, was diese Struktur eben trotz alledem auf die Reihe kriegt.

Und letztlich ist die Weisheit so schlicht wie wahr: Wie gut oder wie schlecht dieses Blatt ist, hängt von Euch ab!

ein paar Uralt-Interims


Come to where the flavor is.
FILTER CIGARETTES
RIOT
1. MAI 2002 BERLIN